



18. Mai 1925

CONRAD SCHMIDT · NACH DER LASSALLE-JAHRHUNDERTFEIER

JETZT hat unsere Partei auch die 100. Wiederkehr des Geburtstages Lassalles festlich begangen: 7 Jahre nach Marx', 5 nach Engels' Zentenarfeier. Dem unmittelbar nach dem Tod des großen Agitators begonnenen, mit leidenschaftlicher Verbitterung geführten Bruderkampf der Lassalleaner und Eisenacher setzte Mitte der siebziger Jahre die Vereinigung der Partei unter dem wesentlich lassalleanisch gefärbten Gothaer Programm ein Ende. Erst in den letzten Zeiten des Sozialistengesetzes drangen die Marx-Engelsschen Grundgedanken in die breiten Massen: jene Auffassung, die nicht mehr auf eine naturrechtlich-ethische Begründung des Sozialismus, wie noch im Gothaer Programm, zurückgeht, sondern dessen Kommen durch Notwendigkeiten der ökonomisch-sozialen Entwicklung selbst für bedingt erklärt.

Eine Umwälzung der Denkart, deren Sieg in dem völlig auf Marx'schem Boden stehenden Erfurter Programm vom Jahr 1891 ihren historischen Ausdruck fand. Alles, was zu dem Geist dieser neuen, anscheinend so unerschütterlich in sich geschlossenen Auffassung vom Wesen und Bildungsgang des Sozialismus nicht stimmen wollte, erschien zunächst als Rückfall auf einen überwundenen Standpunkt, als Ketzerei, die sich nur aus Unverständnis oder irgendwelchen kompromißlerischen Gelüsten erklären lasse. Dem großartigen, aus bohrender Kritik erzeugten Marx'schen Ideenbau drohte die Gefahr in einen Dogmatismus umzuschlagen, der vor Schwierigkeiten und Widersprüchen, in die die Theorie sich gegenüber den Tatsachen verwickelt, die Augen schloß. Es war der Revisionismus, der, dem von Marx vertretenen Kritizismus getreu und unter voller Würdigung der Leistung Marxens, den Kampf gegen gewisse Marx'sche oder als marxistisch geltende Formulierungen eröffnete und der Gefahr dogmatischer Verengung mit wachsendem Erfolg entgegentrat. Vollends der Weltkrieg, der sich doch unmöglich restlos als bloßes Erzeugnis des Kapitalismus deuten ließ, und die ganz neuen staatsbürgerlichen Aufgaben, vor die sich die deutsche Arbeiterpartei nach dem Krieg in einem demokratisch republikanischen Staatswesen gestellt sah, Phänomene, mit denen Marxens ganz allgemeine Betrachtung der kapitalistischen Entwicklungstendenzen selbstverständlich nicht rechnen konnte, haben in der Partei die Neigung zur starren Schablonisierung der Entwicklungsidee vollends beseitigt.

Dies Mißtrauen gegen alles, was nach dogmatisch vorgefaßter Bindung schmeckte, dies Relativitätsbewußtsein drückt auch den Gedenkartikeln zur Lassallefeier ein charakteristisches Gepräge auf. Die Erinnerung daran, wie scharf Marx und Engels selber ihren Gegensatz zu Lassalle empfanden, wie sie von ihrem Standpunkt aus nicht selten dazu neigten Lassalle für einen Schädling der proletarischen Bewegung zu halten, spielt keine Rolle mehr in der Partei. Man vertuscht nicht, wieviel von dem Gesamtwerk Lassalles heute tot und abgestorben anmutet, aber hält den Sinn fest auf die großen Leistungen seiner glutvollen Persönlichkeit gerichtet, auf das, was er für die Partei bedeutet hat und heute noch bedeutet.

Die Gedenkartikel, die unsere Parteipresse zur Lassallefeier brachte, bieten hierfür mannigfache und charakteristische Belege. Einer der interessantesten Aufsätze war der Karl Renners, des österreichischen Genossen und frühern Staatskanzlers, der in der Gesellschaft erschien. Die Differenzen, die in Lassalles und Marxens grundsätzlicher Auffassung von der Rolle und dem Wesen des Staates zutage treten, sind oft erörtert worden. Ja, man hat wunderlicherweise hier und da aus dem Enthusiasmus, mit dem Lassalle von der »Idee des Staates« sprach, auf eine Art von schwarzweißem Preußenpatriotismus in der Seele dieses Revolutionärs und Republikaners zurückschließen wollen, Lassalles "Nationalismus" als einen Gegensatz gegen den Marxschen "Internationalismus" ausgespielt. Davon ist bei Renner selbstverständlich keine Rede. Wohl aber meint er, daß Lassalle für die nationalpolitischen Schwierigkeiten und Erfordernisse in Europa einen schärfern Blick bewiesen habe als Marx, der, das Auge unverrückt auf die Entwicklung zum Sozialismus geheftet, die Bedeutung dieses Problemkreises nicht in gleicher Weise gewürdigt hätte. Lassalle hat als Politiker, wenn man auf die letzten 6 Jahrzehnte zurückschaut, recht behalten. »Seine Auffassungen haben sich in dem ungeheuren Weltenbrände als prophetisch erwiesen.«

Besonderes Interesse hat heute Lassalles Schrift Der Italienische Krieg und die Aufgabe Preußens vom Jahr 1859. »Wie ist denn also«, fragte Lassalle damals, »endlich in das gelobte Land der deutschen Einheit zu gelangen?«. Und er antwortet darauf: »Österreich muß zerfetzt, zerstückt, vernichtet, zermalmt, seine Asche muß in alle 4 Winde gestreut werden.« »Wir sprechen hier«, fährt er fort, »durchaus nicht in einem spezifisch preußischen, wir sprechen in dem rein deutschesten Bewußtsein von der Welt. Wir würden ebenso sprechen, wenn wir Österreicher wären... Die selbständige Weltstellung, welche Österreich gestützt auf seine außerdeutschen Besitzungen einnimmt: das ist die notwendige, die durch kein Palliativmittel zu beseitigende Ursache des deutschen Dualismus und der Unmöglichkeit der deutschen Einheit. Mit der Zerstückelung von Österreich fällt das besondere Preußen von selbst, wie der Satz mit seinem Gegensatz verschwindet. Österreich vernichtet: und Preußen und Deutschland decken sich. An dem Tage, wo Österreich seine außerdeutschen Provinzen, Italien wie Ungarn, entrissen werden, an dem Tage, wo Österreich auf seine zum Bund gehörigen 12 900 000 Einwohner (und hierin ist schon Böhmen inbegriffen) reduziert und hierdurch in eine Stellung hinuntergedrückt wird, in der es mit Preußen weder durch Bevölkerung, Intelligenz, Ansehen usw. konkurrieren kann, an dem Tage, wo Österreich einfach in eine deutsche Provinz verwandelt wird: an diesem Tage sind nicht nur 12 900 000 Einwohner, die sich dann erst als

Deutsche fühlen können, Deutschland wiedergegeben, an diesem Tage ist der Dualismus aufgehoben, und die deutsche Einheit erst durch die reale Machtstellung der Staaten realiter möglich gemacht und damit unvermeidlich geworden . . . Das gute Einverständnis zwischen den beiden großen Kulturvölkern, Deutschen und Franzosen: das ist der Punkt, von welchem alle politische Freiheit, aller zivilisatorische Fortschritt in Europa, alle Vermehrung und Verwirklichung der geistigen Ideenmasse, kurz alle demokratische Entwicklung und somit alle Kulturentwicklung überhaupt unwiderprüflich abhängt . . . Der endlich gebändigte blutdürstige Tiger des Nationalhasses zwischen diesen beiden Völkern wieder aus seiner Höhle geweckt: und auf vielleicht 3 Dezennien hinaus ist jeder Kulturschritt geknickt, jede politische Fortbildung gehemmt, jede Verwirrung der Geister ermöglicht, jeder finstern und macchiavellistischen Kabinettpolitik wieder Tür und Tor geöffnet und die Barbarei gegenseitiger Eroberungs- und Vernichtungswut an Stelle der innern Entwicklung auf die Fahne der Völker geschrieben.«

»In welcher entsetzenvollen Gestalt«, ruft Renner aus, »sind diese Lassalleschen Thesen zur Wahrheit geworden, und wie wahr sind sie wieder! Die monarchische Erhaltung Österreichs /1866/ und der Krieg gegen Frankreich /1870/: sie haben zum Unheil der deutschen Nation ausgeschlagen . . . Die deutsche Arbeiterklasse . . . hat den ganzen Tatsachenkomplex einfach unterschätzt . . . Wie heilsam wäre mehr Lassalle gewesen! Wie unheilvoll insbesondere die Verkennung, die Außerachtlassung des österreichischen Problems überhaupt! Welche Katastrophe erduldet die deutsche Arbeiterklasse deshalb, weil sie dem augenblicklichen Staatensystem Europas und seinen offenen Fragen zu wenig Beachtung, ihrem Umbau zu wenig Kraft zugewendet hat!« Sollen die Arbeiter nach dem Weltkrieg in den verstümmelten Republiken Österreich und Deutschland auf ihre Vereinigung warten, bis dereinst der Tag des Weltsozialismus anbricht, wo heute schon wieder blinder Chauvinismus zum Revanchekrieg gegen Frankreich hetzt?

Und dieser an Lassalles großdeutschen Standpunkt anknüpfende beredete Hinweis darauf, daß sich die Politik der sozialistischen Arbeiterschaft nicht nur auf das Gebiet des Klassenkampfes beschränken darf sondern allgemeine politische und gesellschaftliche Ziele von kulturell bedeutungsvollem Gehalt in ihr Programm und ihre tätige Propaganda mitaufzunehmen hat, ergänzt sich dann durch die Erinnerung an den auch heute noch wichtigen Sinn der Lassalleschen, im Arbeiterprogramm entwickelten Staatsidee. Mag die Marxsche Auffassungsweise, die den historischen Staat als Organ und Machtmittelinstrument der jeweils herrschenden Klassen betrachtet, in ihrem wesentlichen Gehalt noch so sehr geschichtlich recht behalten, mag man in anderen Schriften Lassalles seine Anlehnung an Hegels kraß ideologische Verherrlichung der historischen Staaten als Träger des »objektiven Geistes« und der »Vernunftidee« und ebenso auch sein Eintreten für die Überschwenglichkeiten, mit denen Fichte den historischen »Beruf« der Deutschen feiert, noch so bedenklich, ja abstoßend finden: da, wo Lassalle als Sozialist und Agitator vor Arbeitern vom Staat redet, im Arbeiterprogramm (und nur diese Ausführungen besitzen Interesse für die Partei), hat alles Hand und Fuß. Da offenbar auf jede absehbare Zeit die Gesellschaft nur im Rahmen des Staates existieren kann, der Staat mit seiner Zwangsgewalt das unentbehrliche Organ bleibt, durch das erst die Gesellschaft ihren Mitgliedern Gesetze vorschreiben und deren Durchführung erzwingen kann, spricht Lassalle

mit seiner These: daß die aufstrebende Arbeiterklasse mit ihren erhabenen humanitären Forderungen notwendigerweise zugleich als Vertreterin einer neuen und höhern Staatsidee auftritt, daß sie den Staat, dessen Gewalt bisher stets von Minoritäten in eigensüchtigem Interesse ausgenutzt wurde, nun in den Dienst des Volkes stellen will, nur etwas Evidentes aus.

Lassalles Idee der Staatshilfe, so hinfällig seine Forderung von Produktivassoziationen mit Staatskredit auch ist, liegt letzthin der ganzen modernen, dem Staat abgerungenen Arbeiterschutzgesetzgebung zugrunde. Je mehr die sozialistische Arbeiterbewegung fortschreitet, um so mehr ist sie auch gezwungen sich für ihre Ziele des Staates zu bedienen. Nicht auf seine Abschaffung, auf seine Anpassung, seine Fort- und Umbildung richtet sich die Tendenz der sozialistischen Bewegung. Die Marxsche Lehre von einer schließlichen Überwindung der Staatsform selbst, in deren Namen gegen die Lassallesche Staatsauffassung zu Feld gezogen wurde, ist doch rein akademischer Art, rechnet mit Zeiträumen, die für den praktischen Politiker überhaupt nicht in Frage kommen. Zieht man das in Betracht, und vergewärtigt man sich überdies, welche außerordentliche Bedeutung Marx selbst im Kapital, bei der Darstellung des Kampfes um den Normalarbeitstag, dem Einspringen der staatlichen Gesetzgebung zum Schutz der Arbeiter, dem von der englischen Gesetzgebung dekretierten Zehnstudentag beimißt, so löst sich der Anschein eines prinzipiellen Gegensatzes in nichts auf.

Und ähnlich dürfte es bei anderen Gegensätzen liegen. So entschieden Marx bei seiner kritischen Grundeinstellung alle metaphysisch spekulativen Begründungen ablehnte, auf die die deutsche idealistische Philosophie die Ethik fundieren wollte, während Lassalle auch in dieser Hinsicht der Schüler Fichtes und Hegels blieb, es wäre ganz verkehrt aus diesem Grund Lassalle als den Vertreter eines "idealistischen" Sozialismus dem ökonomischen "Realismus" der Marxschen Auffassungsweise prinzipiell gegenüberstellen zu wollen. Die Wucht und Kraft des ethischen Empfindens, die Begeisterung für hohe Menschenziele war sicherlich in Marx nicht weniger stark und glühend als in Lassalle. Immer wieder schlägt auch bei Marx die Flamme einer solchen innern Empfindung durch. Der Sozialismus erscheint ihm, ganz so wie Lassalle, nicht bloß als Lösung der Magenfrage für die Massen sondern darüber hinaus als Entbindung aller hohen Menschenkräfte, als ein Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das der Freiheit. Und andererseits hat Lassalle in den weiten, so dehnbaren Rahmen seiner hegeli-sierenden Geschichtsphilosophie Marxens Auffassung von der modernen bürgerlichen Gesellschaft, von den Klassenkämpfen, die aus ihr organisch wachsen und zu einer sozialistischen Umbildung drängen, klardenkend aufgenommen, bewegt sich hier durchgängig in Marxschen Bahnen.

Daß manche Gedanken, auf die Lassalle in seiner Propaganda besondern Wert gelegt hat, mit der Zeit verblichen sind: dieses Schicksal hat er mit Marx gemein. Das Eherne Lohngesetz, jene von Lassalle aus der Rüst-kammer der klassischen bürgerlichen Nationalökonomie hervorgeholte Dok-trin, nach der jede Erhöhung des durchschnittlichen Arbeitslohns über das bloße Existenzminimum durch ein beschleunigtes Tempo der Volksvermehrung und daraus folgende Überfüllung des Arbeitsmarkts alsbald wieder verloren gehen muß, war in seinen Händen ein geniales Propagandamittel, um die Arbeiter aus ihrer Dumpfheit aufzurütteln, in ihre Köpfe das Be-

wußtsein ihres Klassengegensatzes gegenüber der ganzen kapitalistischen Wirtschaftsordnung einzuhämmern. Auf ihre agitatorische Wirkung hin betrachtet, steht diese Lehre in einer Art von Parallelismus zu der noch düstern von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest entwickelten Prognose, daß Hand in Hand mit der Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb des Kapitalismus die Handelskrisen und damit die Arbeitslosigkeit zu immer gewaltigeren Dimensionen anschwellen, die Lage der Arbeiter fortschreitend elender werden müsse. So revolutionierend jene Lassallesche wie diese Marx-Engelssche Auffassung die Geister aufpeitschen mußte und für den Gedanken warb, daß das Ziel der Arbeiterklasse unmöglich bloß die Durchsetzung dieser und jener Einzelforderung sein könne sondern eine völlige Umbildung des ökonomischen Gesamtprozesses im sozialistischen Sinn verlange, mußte der pessimistische Gegenwartsfatalismus solcher Auffassungen mit dem Geist und den Tendenzen einer mehr und mehr erstarkenden Arbeiterbewegung weiterhin notwendig in Widerspruch geraten. Was sollten die Gewerkschaften in ihrem Gegenwartskampf mit einer Theorie anfangen, die ihnen vordozierte, alle gewerkschaftlich erreichbaren Erfolge müßten auf Grund jenes im Wesen des Kapitalismus angeblich naturnotwendig begründeten Lohngesetzes auf die Dauer unwirksam bleiben, oder mit einer Theorie, die ein immer gewaltigeres Anschwellen der Arbeitslosigkeit voraussagt, gegen die alle gewerkschaftlichen Bemühungen dann notwendig zur Ohnmacht verdammt sein würden? So wurde vom Lassalleschen Erbe das Eherne Lohngesetz und von dem Marxschen später ebenso jene ökonomische Katastrophentheorie beiseitegestellt und ausgeschaltet, zumal die weitere Entwicklung des Kapitalismus Erscheinungen zeitigte, die sich mit jenen theoretischen Konstruktionen gar nicht in Einklang bringen ließen.

Daß nach dem Abzug alles Überlebten das geistige Erbe, das die Partei von Marx empfangen hat, unendlich reicher ist als das ihr von Lassalle her überkommene, wird von keinem Kundigen geleugnet werden. Marx war ein Säkularmensch. So wie sich heute ohne Auseinandersetzung mit den Kantischen Ideen überhaupt nicht philosophieren läßt, ebensowenig ist irgendeine fruchtbare Fortentwicklung der Soziologie, der theoretischen Erkenntnis der kapitalistischen Volkswirtschaft und ihrer Entwicklungstendenzen ohne Auseinandersetzung mit der gewaltigen Marxschen Gedankenwelt denkbar. Aber die Dankbarkeit, mit der am 100. Geburtstag Lassalles die Partei sein Andenken gefeiert hat, ist darum nicht weniger tief begründet. Lassalle war der Schöpfer der ersten sozialistischen Parteibewegung in Deutschland; er hat mit weitem Blick, unentmutigt durch widrige Erfahrungen und voll Vertrauen auf den gesunden Sinn des Volkes, die Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auf das Parteipanier geschrieben. Er ist noch heute dank seiner feurigen Beredsamkeit und der wunderbaren Plastik seines Gedankenaufbaus im Antwortschreiben, in seinem Vortrag über Verfassungswesen und seinem Arbeiterprogramm der berufene Lehrer der Arbeiterjugend, der wie kein anderer eine lebendige Resonanz der sozialistischen Grundideen in ihrem Herzen und in ihrem Verstand wecken kann. »Die politisch wissenschaftliche Broschüre großen Stils«, heißt es in Paul Kampffmeyers Lassalleschrift mit gutem Recht, »ist in erster Reihe von Lassalle geschaffen worden, er brach damit der populärwissenschaftlichen Literatur der deutschen Sozialdemokratie die Bahn.«

LUDWIG QUESSEL · RHEIN UND WEICHSEL



REICHSKANZLER Luther hielt am 29. April vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag eine außenpolitische Rede, die sich mit der Räumungs- und der Sicherheitsfrage beschäftigte. Dieser Rede kommt eine erhebliche Bedeutung zu, da in ihr diejenigen Dinge behandelt werden, die für die Gestaltung der deutschen Außenpolitik entscheidend sind, von der wiederum die Stellung Deutschlands auf dem Kontinent und damit die deutsche Zukunft überhaupt abhängt.

Was zunächst die Räumungsfrage betrifft, so sei daran erinnert, daß die Rechtslage in dieser Frage sich aus dem Versailler Vertrag ergibt. Nach Artikel 428 des Friedensvertrags werden als Sicherheit für die Ausführung der Friedensbedingungen durch Deutschland die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe durch die Truppen der alliierten Mächte während eines Zeitraums von 15 Jahren besetzt gehalten. Das besetzte Gebiet ist in 3 Zonen geteilt; die nördliche Zone (Köln) wird nach 5 Jahren, die mittlere (Koblenz) nach 10 Jahren, die südliche (Mainz) nach 15 Jahren geräumt. Die Räumung zu den angegebenen Zeitpunkten wird jedoch in Artikel 429 von einer Bedingung abhängig gemacht; Werden nämlich die Sicherheiten, die Deutschland gegen einen Angriffskrieg bietet, von den alliierten Mächten »nicht als ausreichend betrachtet«, so kann die Räumung »in dem Maße aufgeschoben werden, wie dies zur Erreichung der genannten Bürgschaften für notwendig erachtet wird«. Als Sicherheiten vor einem deutschen Angriffskrieg gegen eine alliierte und assoziierte Macht gelten zunächst die Entwaffnungsbestimmungen. Diese hat Deutschland nach der Note der alliierten Regierungen vom 5. Januar 1925 nicht erfüllt. Als Verfehlungen Deutschlands gegen die Sicherheitsbestimmungen des Versailler Vertrags werden darin diese angegeben: 1. umfangreiche Ausbildung von Zeitfreiwilligen in der Reichswehr, 2. unzureichende Umstellung der Rüstungsfabriken auf Friedensarbeit, 3. Anhäufung von Ausrüstungsbeständen und Kriegsmaterial weit über das erlaubte Maß hinaus, 4. Organisation der Schutzpolizei zu militärischen Zwecken, wodurch sie zum Rang einer 2. deutschen Armee erhoben werde, 5. Unterlassung vieler gesetzgeberischer und administrativer Maßnahmen zur Verwirklichung der Bestimmungen des Vertrags über die Beschränkung der Land-, See- und Luftstreitkräfte.

In seiner Rede vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag hat der Reichskanzler darüber Klage geführt, daß sein Kabinett schon seit mehr als 3½ Monaten vergeblich auf eine substanziierte Begründung der 5 Anklagepunkte warte, mit denen die weitere Besetzung der Kölner Zone motiviert wird. In der Tat ist ein genauer Nachweis der Verfehlungen, die Deutschland vorgeworfen werden, der Reichsregierung noch nicht zugegangen. Immerhin ist man auf Grund der zahlreichen Aufsätze, die britische Militärsachverständige, insbesondere General Morgan und Oberst Repington, in englischen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht haben, hinreichend über die Vorwürfe orientiert, die von den Alliierten gegen die deutsche Militärverwaltung erhoben werden. Die Anklagen des Generals Morgan, der viele Jahre der Interalliierten Kontrollkommission angehörte, gipfeln in dem Vorwurf, daß Deutschland nicht 1 Armee sondern 2 Armeen besitze. Neben der Reichswehr habe sich nämlich Deutschland für den Angriffskrieg noch eine weitere Armee in der Schutzpolizei geschaffen, die vollkommen militärisch organi-

siert sei und von früheren kaiserlichen Offizieren befehligt und ausgebildet werde. Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres betrage also nicht, wie das Kabinett Luther behauptet, 100 000 Mann, sondern zuzüglich der 150 000 Schutzpolizeisoldaten mindestens 250 000 Mann.

Wie steht es nun mit der Kriegsstärke der deutschen Armee? Darauf antworten die britischen Militärsachverständigen, daß diese wesentlich durch die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere sowie durch die Ausbildung der Reserven bedingt sei. Was diese letzte Frage anlange, so lägen hier die Verfehlungen Deutschlands besonders schwer. Durch massenhafte Einstellung von Zeitfreiwilligen in die Reichswehr und häufigen Personalwechsel in der Schutzpolizei seien die Beschränkungen des Versailler Vertrags über die Ausbildung von Reserven tatsächlich illusorisch gemacht worden. Man könne daher annehmen, daß die Zahl der ausgebildeten Mannschaften, die im Kriegsfall unter die Fahne berufen werden könnten, ein vielfaches der Friedenspräsenzstärke der beiden deutschen Armeen betrage. Ganz besonders beunruhigend aber sei das Moment, daß die Anzahl der Offiziere und Unteroffiziere in den beiden Armeen so groß sei, daß sie im Kriegsfall zur Aufstellung eines Millionenheeres ausreiche. Die Zahl der höher qualifizierten Kräfte im Offizierskorps der Reichswehr und Schutzpolizei sei, wie sich aus dem Haushalt des Reichswehrministeriums ergebe, nicht geringer als die des kaiserlichen Generalstabs zur Zeit, als sich der Weltkrieg auf seinem Höhepunkt befand. Sowohl in der Zahl der ausgebildeten Mannschaften als auch in der Stärke des Offizierkorps bilde das deutsche Rüstungssystem einen angesichts der veränderten Verhältnisse fast vollwertigen Ersatz für das kaiserliche Heer der Vorkriegszeit. Was weiter die Ausrüstung der beiden deutschen Armeen angehe, so sei bei den Alliierten der Verdacht lebendig, daß große Vorräte von Kriegsmaterial in fertigem und halbfertigem Zustand von den deutschen Militärbehörden verborgen gehalten werden, und daß zahlreiche Fabriken im Besitz aller technischen Hilfsmittel geblieben seien, um die Massenfabrikation von Kriegsmaterial jederzeit aufnehmen zu können. Der Verdacht, daß große geheime Waffenlager existieren, werde bestärkt durch die riesenhaften Ausgaben für die Reichswehr und die Schutzpolizei, die zusammen wahrscheinlich höher seien als die derzeitigen französischen Rüstungsausgaben. General von Seeckt habe zwar eine völlige Umgestaltung der deutschen Heeresorganisation durchgeführt, aber von einer Abrüstung im Sinn des Versailler Vertrags könne absolut keine Rede sein. Das von Seeckt geschaffene Rüstungssystem sei dem englischen angenähert und stehe diesem nicht nach. Die Erfahrung des Weltkriegs habe bestätigt, daß ein Söldnerheer von weit geringerer Stärke als das deutsche die Möglichkeit biete im Kriegsfall mit 2 Millionen Mann in Aktion zu treten. Die Abrüstung Deutschlands sei also Täuschung, seine Wehrlosigkeit Schein.

Es braucht in Deutschland nicht wunderzunehmen, daß die heftigen Anklagen der britischen Militärsachverständigen in Frankreich eine furchtbare Erregung hervorgerufen haben. Pazifisten und Poincaristen sind sich einig darin, daß das Kontrollsystem versagt, zum mindesten aber nicht das erreicht habe, was es sollte: nämlich die Sicherstellung Frankreichs vor einem deutschen Angriffskrieg. Eine Verstärkung hat dieser Eindruck noch durch Meldungen aus Warschau erfahren, wonach auf den von Krupp reorganisierten Putilowwerken bei Petersburg auch Großkampfwaffen für Deutschland hergestellt würden, die bei Kriegsausbruch unter dem Schutz der deut-

schen und russischen Flotte schnell nach Stettin und Königsberg geschafft werden könnten. Um der Panik, die die Alarmrufe der britischen Militärsachverständigen in Frankreich hervorgerufen haben, zu begegnen und trotzdem die Räumung der Kölner Zone durchzusetzen, hat das Kabinett Luther Frankreich einen Sicherheitspakt angeboten, von dem man sagt, daß er einer Anregung Lord d'Abernons entsprungen sei, und daß sich England ihm anzuschließen gedenke. Aber dieser Sicherheitspakt hat die Unruhe in Frankreich nicht nur nicht vermindert sondern im Gegenteil noch vermehrt. Zunächst erinnert man sich in Frankreich, daß ein solcher Sicherheitspakt schon einmal die Öffentlichkeit beschäftigt hat. Es war das Kabinett Cuno, das nach französischer Auffassung 1922 mit seinem Vorschlag der *tréuga dei* am Rhein nur hervortrat, um den Ruhrkrieg diplomatisch vorzubereiten. Deswegen begegnet man in Frankreich auch dem neuen, dem Luther-Stresemannschen Sicherheitspakt mit großem Mißtrauen, man sieht in ihm die diplomatische Vorbereitung einer deutschen militärischen Aktion gegen Polen. Der Wortlaut des deutschen Sicherheitsvorschlags ist bisher nicht bekannt geworden. Als sein Kennzeichen wird sowohl von Paris als auch von London aus die Beschränkung der Friedenssicherung auf den Rhein angegeben. Die Weichsel soll ungesichert bleiben. Stresemann selbst hat auf die Angriffe deutscher Nationalisten hin zugegeben, daß seine Sicherheitsvorschläge zwar die Anerkennung der territorialen Neuordnung am Rhein in sich schließen, Deutschland aber freie Hand an der Weichsel lassen. Was diese Einschränkung der Friedenssicherung für Europa bedeutet, muß sich auch das deutsche Volk im ureigensten Interesse völlig klarmachen. Es darf nicht vergessen, daß zwischen Rhein und Weichsel eine Schicksalsgemeinschaft besteht. Das Aufflammen des Krieges in dem einen Gebiet entfacht den Brand auch in dem andern. So wenig wie es 1914 Bethmann Hollweg gelang den österreichisch-serbischen Konflikt zu isolieren, so wenig könnte es Luther 1925 oder später gelingen den Krieg auf die Weichsel zu beschränken. Sobald die Wolken der Giftgase, ausgespien von Hunderttausenden von Gasgranaten, über die Weichsel ziehen, wird auch der Horizont am Rhein bald in schwefelgelbem Schein aufleuchten. Mit tiefem Sinn hat Lloyd George den Osten Europas frohlockend als einen Mischmasch von Rassen, Religionen und Traditionen beschrieben, den es außerhalb der Hölle nicht wieder gibt. In der Tat: Unterirdische Laufgräben verbinden Ost und West, Weichsel und Rhein. Entweder schafft deutsche politische Weisheit Sicherheit an Rhein und Weichsel zugleich, oder aber Deutschland gibt sich zum Degen Englands her, dessen Balance of power-Doktrin Europa kein anderes Recht als Faustrecht zubilligen kann. Wer sein Vaterland liebt, darf heute nicht vergessen, daß die Entfesselung der Hölle an der Weichsel auch das Land am Rhein zu einer neuen Hölle macht.

Vor uns liegt heute das schicksalsschwere Dokument Stresemanns, seine Erklärung, daß das Kabinett Luther nicht daran denke Polen seine westlichen Grenzen zu garantieren. Diese Erklärung, abgegeben zu einer Zeit, in der die politische Atmosphäre vom Bosphorus bis zur Ostsee mit Sprenggasen gefüllt ist, so daß ein Funke genügt eine Explosion hervorzurufen, ist ein Ereignis von größter Tragweite. Die westlichen Grenzen Polens sind ein Bestandteil der territorialen Neuordnung Europas, die der Versailler Vertrag geschaffen hat, und die überdies ein Trutzbündnis zwischen Polen und Frankreich vor deutschem Angriff schützt. Wie verhält sich das Kabinett

Luther zu diesen Tatsachen? Der Reichskanzler antwortet darauf in seiner Rede vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag, daß Deutschland keinen Krieg führen wolle und, wie jeder wirkliche Sachverständige wisse, keinen Krieg führen könne. Dazu ist zu sagen, daß die militärischen Sachverständigen außerhalb Deutschlands lieber den Tadel Luthers über sich ergehen lassen werden, daß sie von militärischen Dingen nichts verstünden, als daß sie zugeben wollten, daß Deutschland keinen Krieg führen könne. Wenn Deutschland derartig entwaffnet sei, daß es für einen Krieg überhaupt nicht mehr in Betracht komme, wozu dann die vom Kabinett Luther angebotene *treuga dei* am Rhein? Um die territoriale Neuordnung des Versailler Vertrags vor dem Umsturz durch Frankreich zu schützen, antwortet uns dem Sinn nach Reichskanzler Luther hierauf. Alle Parteien Frankreichs aber erklären, daß die Frankreich unterschobene Absicht die Grenzen des Versailler Vertrags im Westen umzuwerfen ein deutsches Hirngespinnst sei. Die Entrüstung der nationalistischen Kreise Deutschlands über Stresemann wegen des westlichen Garantieangebots gilt für Frankreich als ein Beweis mehr, daß in Deutschland die pazifistische Rede nur ein Mittel sei militärische Absichten zu verbergen. Angesichts der russischen Rüstungen gegen Polen herrscht im Westen Europas unzweifelhaft die Meinung vor, daß der Eifer, mit dem das Kabinett Luther bestrebt ist sich freie Hand an der Weichsel zu sichern, als die von England inspirierte diplomatische Vorbereitung zu einem deutschen Revanchekrieg im Osten aufgefaßt werden dürfe.

Mögen nun aber die Absichten der nationalistischen Kreise Deutschlands wie immer pazifistisch oder kriegerisch sein: den Ausschlag für Krieg oder Frieden an der Weichsel gibt schließlich England. Gerade so wie 1914 einzig England es war, von dem die Entscheidung über Krieg und Frieden abhing, genau so wird es auch jetzt und in naher Zukunft sein. In Frankreich weiß man genau, und es ist dieses in französischen Zeitungen und Zeitschriften mit voller Deutlichkeit ausgeführt worden: In den Endtagen des Julis 1914 war es Großbritannien, das den Krieg in Europa entfesselte. Hätte die britische Regierung damals der deutschen klipp und klar erklärt, daß sie im Kriegsfall auf die Seite Frankreichs träte, so hätte keine deutsche Regierung es gewagt Frankreich den Krieg zu erklären. Nur der Tatsache, daß England seine Stellungnahme im dunkeln ließ, ist es (davon ist man in Frankreich jetzt fest überzeugt) geschuldet, daß der Krieg überhaupt ausbrach. In dieser Haltung der britischen Regierung ist die wahre Kriegsschuld zu suchen. Ruft man sich diese schicksalsschwere Tatsache in die Erinnerung zurück, so wird es einem klar, daß es auch jetzt von England abhängt, ob Krieg oder Friede in Europa sein soll. Ohne Zustimmung der britischen Regierung wird kein deutsches Kabinett militärische Aktionen im Osten unternehmen. In dieser Beziehung kann sich auch der mißtrauischste deutsche Pazifist ruhig schlafen legen. Wenn England will, daß es keinen Krieg an der Weichsel gibt, wird es ihn nicht geben. Ein sehr beunruhigendes Symptom aber ist, daß in England die öffentliche Meinung sich bereits einig zu sein scheint, daß der nächste europäische Krieg an der Weichsel ausbrechen muß. Kein Zweifel, London ist unzufrieden mit der westlichen Grenze Polens. Die englische Presse fordert, daß Deutschland Westpreußen und das abgetretene Gebiet Oberschlesiens zurückhält. Die Kunst der britischen Politik den Völkern, die es als seine Degen auszunutzen gedenkt, Gebiete anderer Völker zu versprechen feiert abermals Triumphe. England

will schon wieder der Gerechtigkeit zum Sieg verhelfen. Zur Würdigung englischer Gerechtigkeit muß man allerdings an den Gerechtigkeitsakt denken, der die britischen Kolonialstaaten Südafrika und Australien bestimmte Deutschland von der schweren Last seiner Kolonien zu befreien. Unheil, Not und Tod stehen dem Volk bevor, das England durch Gerechtigkeit beglücken will. Wie gerecht handelte London nicht, als es zuerst die Russen und dann die Griechen für Byzanz in den Krieg schickte! Den Schwärmern für englische Gerechtigkeit sei gesagt, daß diese überall breite Blutströme fließen läßt, wo immer sich ihr willig die Ohren öffnen.

Es ist nicht schwer darzulegen, was England zu seinen neuen Gerechtigkeitsausbrüchen bestimmt. Tatsache ist, daß London seine anonyme Oberherrschaft über Europa als gefährdet ansieht. Die Balance of power ist gestört. Die Wage hat sich auf dem europäischen Kontinent zugunsten Frankreichs gesenkt. Die Gefahr, daß unter der Führung der französischen Demokratie das Faustrecht der Völker in Europa beseitigt werden, daß ein europäischer Staatenbund sich bilden könnte, der im Leben der Kontinentalvölker Vereinigung an die Stelle der Zwietracht, Recht an die Stelle der Gewalt setzt, scheint für England groß. Alles das muß durch englische Gerechtigkeit verhindert werden. Kein Zweifel ist mehr daran möglich, daß England bestrebt ist die bestehende Grenzziehung im Osten zu beseitigen, wenn möglich durch diplomatische Mittel, andernfalls durch Krieg. In London ist bereits die Formel aufgestellt worden, daß von einer neuen Grenzziehung im Osten, die Polen zwingt den polnischen Korridor (die ehemalige Provinz Westpreußen) und das abgetretene Gebiet Oberschlesiens an Deutschland zurückzugeben die »dauernde Sicherheit Englands« abhängt. Es ist klar, daß dies englische Ziel, durch das Deutschland beglückt werden soll, nur durch einen neuen blutigen Krieg erreicht werden kann, der, von England abgesehen, ganz Europa in neues Elend stürzen wird. Durch einen Krieg, in den England nicht verwickelt werden kann. Aus vielerlei Gründen will England bei dem nächsten europäischen Brand Zuschauer bleiben. Es will Deutschland die Ehre überlassen den Gaskrieg auszuprobieren. Austen Chamberlain hat in seinem Memorandum, das am 11. Mai Gegenstand einer Besprechung im Unterhaus war, offen zum Ausdruck gebracht: es sei »sicher, daß Deutschland durch militärische Ausnutzung chemischer Möglichkeiten früher oder später wieder ein mächtiger militärischer Faktor würde«. Die Gewinnung von Giftgasen zu Kriegszwecken hat ein zu starkes Unsicherheits- und Gefahrenmoment in die Kriegsführung gebracht, als daß England Neigung verspüren könnte am nächsten europäischen Krieg teilzunehmen. London will deshalb zunächst einmal zusehen, wie der Gaskrieg geführt werden muß. Die Kontinentalvölker, die jeder Angelsachse als minderwertig ansieht, sollen erst einmal die Versuchskaninchen für die Giftgase abgeben, ehe London aus seiner hoheitsvollen Reserve austritt. England denkt daher auch gar nicht daran als Alliierter an der Seite Deutschlands und Rußlands gegen Polen zu fechten. Wohl aber wird es bereit sein Deutschland gegen bare Bezahlung oder Verpfändung seiner Staatswälder und Domänen Kriegsmaterial und Großkampfwaffen zu liefern. Wenn dabei Rhein, Ruhr und Weichsel der Zerstörung anheimfallen, so wird das ganz gewiß nicht zum Schaden der englischen Industrie ausschlagen. Wie England während des nächsten Krieges am Krieg selbst durch Lieferung von Kriegsmaterial verdienen will, so will es nach dem Krieg das

dann auf agrarische Produkte und Kleingewerbe beschränkte Kontinentaleuropa mit Fabrikaten versorgen. Nach den Erfahrungen in Rußland nimmt London an, daß das, was der nächste Krieg von der großen Industrie Europas noch übrig läßt, der darauf folgende Bürgerkrieg völlig zerstören wird. Außerdem wird zur höhern Ehre der Balance of power-Doktrin die englische Gerechtigkeit an der Weichsel natürlich ebenso siegen wie sie 1918 in den deutschen Kolonien ihre höchsten Triumphe gefeiert hat.

Ohne Einbeziehung der Weichsel in einen Sicherheitspakt ist, wie die Dinge heute in Europa liegen, das heißt, bevor Deutschland und Frankreich sich innerlich zu wahrer Verständigung und wirtschaftlich-kultureller Zusammenarbeit entschlossen und umgestellt haben, eine ausreichende Friedenssicherung in Europa nicht zu erreichen. Daß die Dinge an der Weichsel dauernd bleiben sollen, wie sie jetzt sind, soll damit natürlich nicht gesagt sein. Im Rahmen des Vereinigten europäischen Kontinents kann das Deutschland angetane Unrecht an der Weichsel so weit gemildert werden, daß Polen und Deutsche sich mit ihm einstweilen abfinden und die Herbeiführung eines wahrhaft idealen Zustandes, der die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, namentlich auch die Verkehrseinheit Deutschlands ebenso sicherstellt wie das nationale Selbstbestimmungsrecht, der Zukunft überlassen können. Notwendig vor allem ist aber heute die Erkenntnis, daß zwischen Rhein und Weichsel eine Schicksalsgemeinschaft besteht, daß der Friede Europas gleichzeitig an beiden Strömen gesichert werden muß. Die Haltung Englands, das die Rückgabe des polnischen Korridors und des abgetretenen Gebiets in Oberschlesien Deutschland als den Preis hinhält, den es sich, nach dem Vorbild Griechenlands im Krieg gegen die Türkei, an der Weichsel durch Krieg gegen Polen und Frankreich erringen soll, mahnt zur Vorsicht gegenüber der britischen Staatskunst, die sich mit Vorschlägen zur Friedenssicherung umhüllt, während die Folge ihres Vorgehens der Krieg ist.

MAX SCHIPPEL · INDIENS STREBEN NACH WIRTSCHAFTLICHER UNABHÄNGIGKEIT UND ENGLAND

SIEIT dem Bericht des großen Industrieausschusses von 1916-1918 hat man sich in England rascher an den Gedanken gewöhnt, daß Indien auch die wirtschaftliche Selbstbestimmung, vor allem also die unabhängige Entscheidung über Richtung und Einzelausgestaltung der Zoll- und Handelspolitik nicht länger vorenthalten werden könne.¹ Als Montagu 1919 als Staatssekretär die an seinen Namen anknüpfende erste große Verfassungsreform im Parlament verfocht, sprach er gerade über diese Seite der indischen Emanzipationsbewegung gleichfalls mit voller Offenheit: Die gebildete Oberschicht Indiens verwahre sich seit Jahren fast einstimmig gegen die auferlegte Zollpolitik (fiscal policy). Er selbst sei Freihändler, aber immer habe er den Freihandel als etwas von einer Nation Selbstgewolltes, nicht von außen her Erzwungenes aufgefaßt. Zweifellos seien die kultivierten Bevölkerungsschichten Indiens heute antifreihändlerisch. Vielleicht würden sie sich bei freier Entscheidung bald darin wandeln, aber jedenfalls müßten sie selber das für sie Zweckent-

¹ Über die kulturelle und politische Seite der indischen Emanzipationsbestrebungen siehe die Rundschau *Nationale Bewegung*, in den Sozialistischen Monatsheften 1923 Seite 490 und folgende, 1924 Seite 533 und folgende und in diesem Band Seite 242.

sprechende suchen und finden. Aus der Masse der indischen Gewerbe und Berufe werde eine maßgebende öffentliche Meinung herauswachsen und für sich die selbe Handlungsfreiheit in Anspruch nehmen, deren England sich seit jeher unangefochten erfreue.²

In der Tat hat sich seit dem Government of India Act von 1919 die indische Zoll- und Handelspolitik immer unwiderstehlicher von dem frühern unbeschränkten Übergewicht der britischen Interessen zu befreien gesucht, obwohl ein volles Homerule, wie seinerzeit bei den verschiedenen Dominien, bisher weder verfassungs- noch wirtschaftspolitisch erreicht werden konnte. Fast jeder Fortschritt vollzog sich unter bald gelinderen, bald heftigeren Reibungen und Konflikten, sei es mit der Reichszentralmacht in London, sei es mit deren Vertretung an Ort und Stelle: mit dem Generalgouvernement in Delhi und den provinziellen Gouverneuren. Wie anderwärts hat in Indien die Kriegsentwicklung neben die alten neue protektionistische Kräfte gesetzt. Die früher rein auf Finanzzwecke zugeschnittenen gleichmäßigen indischen Wertzölle von mäßiger Höhe waren in der Bedrängnis des Augenblicks stark gesteigert worden, so daß sie für viele einheimische Produktionsgebiete ganz von selber und meist zunächst noch unbeabsichtigt protektionistisch wirkten. Heute verlangt man bewußt ihre Aufrechterhaltung, und ein überaus empfindliches nationales Selbstgefühl wacht eifersüchtig über jede vermeintliche Verletzung des indischen Produktionsinteresses.

Ein Tarifamt (Tariff Board) kann sogar ohne parlamentarische Weitläufigkeiten die in dieser mehr zufälligen Weise entstandenen Zollsätze weiter steigern und abändern. In ganz ähnlicher und doch umfassender Weise, wie dies jetzt die Baldwinschen Richtlinien für England selber vorsehen³, vermag das Tariff Board protektionistischen Anträgen der verschiedenen Industriezweige zum Durchbruch zu verhelfen, wenn nach seiner einzuleitenden Untersuchung: 1. der Produktionszweig günstige natürliche Vorbedingungen aufweist, 2. ohne Schutzhilfe überhaupt nicht oder doch nicht genügend rasch sich zu entfalten verspricht, und 3. mit der Zeit zu wirklicher internationaler Konkurrenzfähigkeit sich erheben kann.

Dieses vorläufig noch sehr britisch orientierte Tarifamt hat in den letzten Monaten besonders nach einer Richtung dem Druck der allgemeinen Anschauungen weiter nachgeben müssen. Während die Rupie seit längerem wieder stieg (von unter 15 Pence auf 18 und zeitweilig über 18 Pence, bei 16 Pence Vorkriegsnorm), behielten und verschlimmerten wichtige europäische und außereuropäische Einfuhr- und Konkurrenzländer im gleichen Zeitraum ihre Valutazerrüttung, so daß alle Vorbedingungen einer Dumpinggefahr und Antidumpingagitation in diesem Fall überreichlich gegeben waren. In erster Linie bei den indischen Eisen- und Stahlzöllen sprach man sehr bald von der vollständigen und unerträglichen Verflüchtigung ihres protektionistischen Charakters infolge der künstlichen Steigerung der ausländischen Einfuhrfähigkeit bis zu ganz unlauterem Wettbewerb. Das Tariff Board erkannte diese Beweisführung an und empfahl, um jene Schädigung auszugleichen, eine beträchtliche Steigerung des Schutzes für die Eisenproduktion, die sich bisher fast völlig in den Riesenwerken der Tata Iron and Steel Company verkörpert.

2) Siehe *The Times* vom 24. Mai 1919: India against Free Trade.

3) Siehe Schippel *Neue Schutzzolldebatten in England*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 147 und folgende.

Die indischen Textilindustriellen wenden sich ähnlich gegen den unlauteren Wettbewerb Japans, dessen Yen statt 24,58 Pence zurzeit noch nicht 21 Pence gelte, ganz abgesehen von japanischen Arbeiterverhältnissen, Schiffahrtssubventionen und ähnlichem. In China sei die früher so ansehnliche indische Textileinfuhr schon so gut wie ganz von Japan verdrängt; um so mehr habe man den heimischen indischen Markt zu wahren. Die Textilindustriellen wecken jedoch noch einen ganz andern Widerklang, wenn sie auf die alten, seit jeher fortreißend zugkräftigen Anklagen gegen die Akzisen (excise duties) zurückkommen, die seitens Englands dem inländischen indischen Erzeugnis zum Ausgleich des für Lancashire peinlichen und anstößigen Einfuhrzoll aufgezungen wurden. Aufhebung der Inlandsabgabe bei gleichbleibendem Einfuhrzoll heißt jedoch für Lancashire, das heute ohnehin in aller Welt katastrophalen Absatzschwierigkeiten gegenübersteht, weiter nichts als Verschärfung der indischen Einfuhrabwehr.

Eine sehr empfindliche Stelle Englands treffen ferner die Bestrebungen die Küstenschiffahrt (von indischem zu indischem Hafen) in höherem Maß für die indische Reederei zu sichern, oder sogar darüber hinaus durch Subventionen, wie sie die britische Verwaltung selber oft für indische Eisenbahnen einräumte, eine Überseeverkehrsflotte unter indischen Eigentümern zu schaffen. Haji, der Leiter der Scindiadampfergesellschaft schätzte kürzlich, daß etwa 5 Millionen Tons Frachtgüter jährlich zwischen indischen Häfen auf Schiffen zum Transport gelangten, davon aber nur 13 % auf indischen Schiffen. Auch diese Unabhängigkeitsprojekte finden rasch Zustimmung, die mitunter nur deshalb etwas flauer als sonst auszufallen scheint, weil auf diesem Feld meist englisches und indisches Kapital engverbunden sind, und weil diese Verbindung nicht so leicht zu lösen sein wird.

DIE Haltung der britisch-indischen Regierung sowie der englischen Presse und Parteipolitik blieb wie bisher noch immer zwiespältig und schwankend. Zum Teil suchte man sogar recht machiavelistisch die indische Schutzbewegung für die Sonderzwecke der britischen Zollbevorzugungspolitik auszunutzen, die erklärlicherweise bei der heutigen leidenschaftlichen Abneigung des Nationalindiertums gegen alles Britische gegenwärtig in Indien weit schlechtere Aussichten hat als in irgendwelchen sonstigen Reichsteilen der britischen Weltherrschaft.

Bei der Eisenproduktion erkannte, wie gesagt, der Zolltarifausschuß das Valutadumping und das erhöhte Schutzbedürfnis an. Statt der erhöhten Zölle empfahl jedoch die Regierung die unmittelbare Gewährung von Prämien (bounties) an die indischen Werke, womit zum mindesten Zeit gewonnen war, da das obenerwähnte abgekürzte außerparlamentarische Verfahren nur für Zolländerungen, dagegen nicht für die Einführung von Prämien zulässig ist, und das Parlament erst nach Monaten zusammentrat. Der Textilienschutz ist durch die geschilderte Inlandsauflage abgeschwächt. Der volle Ausgleich zwischen dem Zoll für die Einfuhr und der Steuerbelastung für das indisch-inländische Erzeugnis, wie ihn die alte, rein mütterländisch egoistische Handelspolitik Englands unter dem Schlagwort der Freihandelsausbreitung erzwang⁴, ist zwar, mehr zufällig als willentlich, für immer erledigt. Die fiskalischen Ertragssteigerungen, die der Krieg mit seiner plötzlichen Finanzanspannung für die Textilzölle und Textileinfuhren brachte, konnte man

4) Siehe Schippel Türkische Staatsverträge und indische Baumwollzölle, in den Sozialistischen Monatsheften 1917 II Seite 520 und folgende.

keinesfalls auf die Inlandsbesteuerung der indischen Textilfabrikate übertragen wollen, wenn man nicht zu allerungelegenster Zeit einen Sturm des Unwillens und der Empörung bis hinein in die noch reichstreuesten Kreise entfesseln wollte. Die ehemals als Vollaussgleich gedachte excise duty blieb somit auf 3½ % des Wertes stehen, während die Einfuhrbelastung stufenweise höher, zuletzt bis auf 11 %, stieg und der indischen Erzeugung einen nunmehr recht fühlbaren protektionistischen Vorsprung ließ. Aber selbst diese relativ bedeutungsloser gewordene Akzise ist für alle indischen Home-ruler und Protektionisten nach wie vor ein verhaßtes Wahrzeichen unwürdigen Helotentums, und die Stunde der gänzlichen Abschaffung schien immer wieder gekommen. Diesmal wußte die britische Verwaltung bei der Budgetberatung jedoch wiederum einen ablenkenden Ausweg einzuschlagen, ohne daß die indische Mehrheit Halt zu gebieten vermochte. Auf die üblichen rein finanziellen Bedenken mußte die britische Regierung diesmal zwar verzichten; Indien hat nach mehrjährigem Defizit von neuem Budgetüberschüsse zu verzeichnen, im laufenden Finanzjahr noch größere als im Vorjahr; für die Aufhebung der Textilverbrauchssteuer sind sie unbestreitbar mehr als genügend. Aber, wendet die Regierung ein, höbe man sie auf, so fehle die Deckung für den Erlaß der Provinzialbeiträge zu der Zentralverwaltung und damit für eine tiefergreifende, unbedingt notwendige Förderung der Kultur-aufgaben, besonders erzieherischer Art, seitens der damit betrauten Provinzen. Als am 12. März Sir Basil Blackett, der Vertreter der indischen Finanzverwaltung, diesen Einwand erhob und jeden vorher ausgeübten Einfluß Lancashires oder des Londoner Staatssekretärs dabei bestritt, fand er zwar den erregtesten Widerspruch und sehr wenig Glauben, aber die innerlich längst entwurzelte, in der Assembly von Pandit Motilal Nehru in leidenschaftlicher Rede als Schandfleck (disgrace) bezeichnete Akzise kam noch immer nicht zu Fall.



VOLLENDEN charakteristisch ist bei alledem die Stellungnahme mancher englischer handelspolitischer Kreise. Besonders die Times deuteten auf eine, dem realpolitischen Sinn der Engländer unter Umständen recht einleuchtende und für England überaus bequeme Lösung des Konflikts hin, freilich (was dem Realpolitiker gleichfalls nichts zu verschlagen braucht) auf Kosten ehemals recht geschätzter und umworbener Bundesgenossen im Weltkrieg.

Indien, hören wir hier, leide in erster Linie unter dem Valutadumping: und zwar Belgiens hinsichtlich der Eisenproduktion und ferner Japans für die Textilindustrie. Warum verschärfe man, durchaus der wirklichen Sachlage entsprechend, nicht einzig und allein den Schutz gegen Belgien und Japan, während man England mit seiner soliden Währung und seinem durchaus lautern Wettbewerb, wie recht und billig, aus dem Spiel lasse? Auf diesem zweiten Weg komme das berechtigte Schutzinteresse (nämlich Indiens, beileibe nicht Englands und Lancashires gegen Belgien und Japan) vollkommen zur Anerkennung, und wenn sich für England innerhalb der Einfuhrkonkurrenz noch ein gewisser Vorsprung herausbilde, so sei dies ein Stück harmloser Reichspräferentialzollpolitik, obwohl Indien für eine allgemeine Bevorzugung Englands heute noch unnahbar sei. Die englischen Interessen könnten eine solche »Diskrimination« sogar verlangen, denn nach der im Vorjahr angenommenen Ergänzung zum indischen Zollgesetz von 1894 stände der indischen Regierungszentralleitung (dem Governor-General in Council) eine

wohlerwogene außerordentliche Vollmacht zu: Werde eine zollgeschützte Ware von außen her zu einem Preis eingeführt, der den zugedachten Zollschutz illusorisch zu machen drohe, so sei er zu selbständiger Zollerhöhung, ganz nach seinem besten Ermessen, befugt:

»Der Zeitpunkt ist günstig, um, mit dem indischen Fiskalausschuß zu sprechen, gründliche Arbeit zu machen. Da die excise duty heute den Wettbewerb Japans mit den indischen Fabriken erleichtert und so die Wirkung von Japans Schifffahrtprämien und von Japans Abiehnung verschiedener internationaler Arbeitskonventionen über die Arbeitszeit in östlichen Ländern noch vermehrt, so könnte das Tariff Board recht wohl zur Prüfung der Frage angehalten werden, ob eine Zollbevorzugung für britische Zeuge mit der Neugestaltung des Zolltarifs in Zusammenhang zu bringen sei. Ein solches Verfahren (such a gesture) würde, ohne die indischen Industrieinteressen irgendwie zu beeinträchtigen, einen generationenlangen Streit mit Lancashire zum Abschluß bringen und ganz gewaltig zu freundschaftlichen Handelsbeziehungen der beiden Länder beitragen, zu beiderseitigem Vorteil... Grundsätzlich allgemein zolpolitische Reichsbevorzugung zu treiben wäre in der Gegenwart nicht mit der ganzen Richtung des indischen politischen Denkens in Einklang zu bringen. Aber der britische Industrielle kann wenigstens fair play verlangen und erwarten, daß von Gesetzesbestimmungen, die Zolldifferenzierung zur Erreichung der Ziele der Schutzpolitik vorsehen, auch Anwendung gemacht wird, anstatt daß sie bloß aus dem einen Grunde außer Kraft bleiben, weil ihre Anwendung zu seinem [offenbar des britischen Industriellen] Vorteil sein könne. Das allgemeine Problem der Reichszollbevorzugung würde nicht aufgeworfen werden, wenn von dem Gesetz unparteiisch und von Fall zu Fall Gebrauch gemacht wird.«⁵ So viel über die englische Ablenkungspolitik, die einer etwaigen Wegfall der indischen Inlandsbesteuerung (wie bei den Textilien) oder eine positive indische Zollerhöhung (wie bei Eisen und Stahl), insoweit also jedesmal eine Erleichterung der indischen Konkurrenz, nach Möglichkeit durch mehr oder weniger aufgedrungene Zollbevorzugung Englands, wettzumachen strebt.



EDOCH auch eine weitere Waffe im Konkurrenzkampf der Völker weiß England, besonders seit dem Ende des Weltkriegs, zielbewußt zu benutzen, und hier kann man ihm gewisse Sympathieen gerade von unserer Seite nicht versagen: nämlich die Verstärkung des Arbeiterschutzes und des Arbeiterkoalitionsrechts bei unliebsamen Konkurrenten. Wie England bei den oben geschilderten Auseinandersetzungen gern auf Japans sozialpolitische Rückständigkeit hinweist und daraus das Recht und sogar die Pflicht zu indischen Zollabwehrmaßnahmen herleitet, so entfaltet es neuerdings ein ganz merkwürdig lebendiges Interesse für Frauen- und Kinderschutz, für Höchst- und Normalarbeitstag, für Berufsvereinsrecht und freie Koalitionsbewegung in Indien. Während England daheim mancherlei in der Ratifikation von Beschlüssen der völkerbundlichen Internationalen Arbeitsorganisation zu wünschen übrig läßt, obwohl diese internationalen Normierungen meist nur recht unbedeutende, oft rein formale Änderungen gegen das in England bereits Bestehende umschließen, hat die britisch-indische Verwaltung stets mit einem wahren Feuereifer ratifiziert, obwohl die Anforderungen an Indien, selbst nach der fast immer vorgesehenen Milderung für »östliche Länder« und Kolonien recht oft gar nicht gering sind. Das Kapital war immer für energischen Arbeiterschutz — in Konkurrenzländern. Und wenn das heranreifende indische Großbürgertum hier verschiedener widersprechen sollte, um so besser für die britische Reichspolitik, die so einen Keil zwischen indische Arbeiterschaft und indisch-nationalistisches Unternehmertum getrieben sehen würde.

5) Siehe *The Times Trade Supplement* vom 13. Dezember 1924 und 14. März 1925: Indian Steel and India and Lancashire.

HEINRICH PEUS · SOZIALISTISCHER GEIST



IN Anhalt sind wir uns darüber schlüssig geworden, daß wir die Jugendweihe in Zukunft nicht mehr den Monisten und Freidenkern überlassen wollen sondern besser eine Jugendweihe veranstalten, die ausdrücklich im Geist der Sozialdemokratie erfolgt. Es soll nicht die Sozialdemokratische Partei als solche sein, die diese Sache in die Hand nimmt und verantwortet. Es sollen nur Parteigenossen sein, die sich zu dem Zweck zusammenfinden in aller Freiheit die sozialdemokratische Welt- und Lebensanschauung zu entwickeln und sie bei der Jugendweihe der Jugend mit auf den Lebensweg zu geben. Auf der Schule soll der lebenskundliche Unterricht so erteilt werden, daß er für *alle* Kinder geeignet ist. Auf der Schule sollen Lehrer und Schüler sich in objektiver Einheit zusammenfinden, und eine Schulentlassungsfeier atme den selben Geist. Die Jugendweihe aber wende ihr Antlitz dem zukünftigen Leben zu und erfolge im Sinn jener Welt- und Lebensanschauung, jenes Geistes, jener Religion, von der die Eltern der Kinder selber innerlich erfüllt sind, die sie fürs Leben für notwendig und wertvoll halten.

Die Parteigenossen, die diese Auffassung der Dinge teilen, meinen nicht, daß Religion oder Weltanschauung etwas sei, was völlig losgelöst für sich ein getrenntes Dasein ohne Beziehung zur Politik und Wirtschaft führen könne. Wohl könne man getrennte Organisationen für Politik und Wirtschaft haben, ja sie seien notwendig. Aber über ihnen müsse es doch in voller Freiheit eine große Überzeugung, einen Glauben geben, der ihre und seine Anhänger begeistere und beselige. Und in diesem Glauben, dieser Überzeugung wolle man auch auf die sozialdemokratische Jugend wirken. Es soll aber jene volle persönliche Freiheit gewahrt werden, die nur im eigenen Gewissen den letzten Richter für Wahrheit und Recht findet. Man könnte meinen: Eben deshalb müsse man dieses letzte Fundament unseres geistigen und moralischen oder auch religiösen Lebens dem einzelnen überlassen. Das wird aber dem menschlichen Bedürfnis nach Gemeinschaft nicht gerecht. Der Mensch will sich gerade auch in der Pflege seiner höchsten Ideale zusammenfinden. Er kann sich auch nur in solcher Gemeinschaft selber zu voller Klarheit und damit Selbstverantwortung durchringen. Die sozialdemokratische Weltanschauungsgemeinschaft wird den Sonntag zum Ruhe- und Feiertag machen, die Pflege der höchsten Ideale aber jedem Tag im Jahr zuweisen; womit nicht abgewiesen zu werden braucht, daß daneben auch bestimmte Tage bestimmten Idealen besonders geweiht werden.

Man wird zugeben müssen, daß solche Erhebung der Arbeiterbewegung in die Sphäre einer Weltanschauung oder sogar Religion der ganzen Bewegung einen hohen Schwung verleihen könnte. Die politische Partei setzt ihr Programm mit Mehrheitsbeschlüssen fest, alle ihre Beschlüsse sind Mehrheitsentscheidungen; es kann gar nicht anders sein, es fehlt daher bei der politischen Partei an jener unbedingt notwendigen, ganz individuellen Gewissensfreiheit, die nur im Bereich des reinen Denkens und Glaubens möglich ist. Für das Programm und alle Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei ist das geistige, sittliche und religiöse Fundament zu suchen, auf dem sie sich aufbauen. Ich möchte sogar behaupten, daß nur dann, wenn wir in uns und im Volk solchen sozialistischen Glauben entwickeln, der aber von der politischen Partei völlig unabhängig sein muß, weil in Wahrheitsdingen durch

Mehrheitsbeschluß nichts festgestellt werden kann, wir das Volk wahrhaft für uns erobern und für unsere Sache auch befähigen können. Nur dann, wenn wir alle unsere politischen Forderungen zu solchem höhern Geist erheben, nur dann, wenn wir nicht nur den Willen einer politischen Macht für unsere Ideen und Ideale in die Wagschale zu werfen haben, sondern eine heilige und große Überzeugung für unsere Ziele uns innerlich durchglüht, erobern wir die Welt.

Es kann hier nicht versucht werden nun die Grundzüge der so gemeinten sozialistischen Welt- und Lebensanschauung darzulegen, aber es wird möglich sein an einzelnen Beispielen und an den einzelnen Teilen der ganzen Arbeiterbewegung zu zeigen, wie sie sein müssen, damit man sagen kann, sozialistischer Geist sei in ihnen lebendig und verbürge ihren Fortschritt.

MAN hat vielfach den Arbeitern zum Vorwurf gemacht, daß für viele von ihnen die Revolution zur Lohnbewegung geworden sei. Das kann nicht bedeutet haben, daß sie durch die Revolution je besonders hohe Löhne bekommen hätten. Das war eher während des Krieges der Fall. Aber in dem Sinn hat der Vorwurf Berechtigung, daß ungezählte Massen von der großen Bedeutung der Revolution, ihrem tiefem Sinn keinen Begriff zu haben schienen. Die Revolution ist über sie gekommen, ohne daß sie sie auch nur in dem Sinn erstrebt hätten, wie das die Tausende bewußter Sozialdemokraten durch ihre jahrzehntelange politische Agitationsarbeit getan haben. Auch die *Gewerkschaften* sind noch nicht von dem Geist des Sozialismus erfüllt, der für sie und von ihnen gefordert werden muß. Nur möglichst hohe Löhne zu erzielen, ohne sich den ganzen Produktionsprozeß und seinen Zweck klarzumachen, geht nicht an. Möglichst hohe Produktion muß das allgemeine Ziel sein. Man kann nichts verteilen, was nicht vorher zusammengebracht ist; die Millionen können nur durch fleißige und vor allem zweckmäßige Arbeit aller satt werden. Bei dem Konsum wird viel vergeudet, und statt wertvollen Konsums findet vielfach wertloser, kulturloser statt. (Doch das ist besonders zu behandeln.)

Der produzierende Arbeiter muß sich klar darüber sein, daß sein und seiner Klasse Wohlergehen zuletzt vor allem von vernünftiger, zielklarer, auch zielweisender, möglichst viel Produkt erstrebender Arbeit abhängt. Aus der allgemeinen Krippe kann nichts herausgenommen werden, was nicht vorher hineingeschafft worden ist. Darum dürfen die Forderungen der Gewerkschaften, wenn sie auch natürlich ihre besondere Aufgabe haben, nur im Geist der Gesamtproduktion aufgestellt und verfochten werden. Es muß alles geschehen, daß der Arbeiter auch hohen Lohn bekommen *könne*. Es muß deshalb auch in den Gewerkschaften ganz allgemein jedem Arbeiter das Gefühl beigebracht werden, daß auch von seiner Arbeit der Hunger aller gestillt werden soll. Im Jahr 1919, als die Arbeiter, eben aus dem Krieg zurückgekehrt, an das Schützengrabenleben gewöhnt, das systematische, geduldige, der Maschine gehorsame Leben noch nicht wiedererlernt hatten, als durch die revolutionäre Bewegung die Fabriken in ungewöhnlich hohem Maß zum Diskutierklub geworden waren, hörte ich einen von der Arbeit kommenden Arbeiter hinter mir auf der Straße zu seinen Kollegen sagen: »Heute habe ich nicht für 25 Pfennig im Betrieb gemacht.« Wenn solches Verhalten auch nur zum Teil als erlaubt gälte, wenn der Gedanke Platz griffe: nur ja

nicht dem Kapitalisten zu viel Vorteil schaffen, nur ja so wenig Arbeit wie möglich machen, dann müßte der allgemeine Hunger die Folge sein. Alle Produktionskosten gehen zuletzt in die Warenpreise, und auf dem Warenmarkt muß jeder im Preis entgelten, was bei der Produktion überflüssiger- und schädlicherweise zur Niedrighaltung der Produktionskosten versäumt worden ist. Die Arbeiterklasse soll sich auch darüber klar sein, daß die Ursache ihrer schlimmsten Not in fehlerhafter Produktion zu suchen ist. Zu großer Luxus der Reichen und Reichsten ist gewiß schädlich, solange die Ärmsten nicht das Notwendigste haben, aber es ist falsch von gerechterer Verteilung alles zu erwarten; richtigere, zweckmäßigere, Arbeitslosigkeit vermeidende Produktion ist viel wichtiger. Natürlich kann nicht verlangt werden, daß der Arbeiter sich mehr anstrengt als seiner Körper- und Nervenkraft zuzumuten ist. Arbeit, die frühe Invalidität schafft und nicht alt werden läßt, ist alles andere als produktive Arbeit. Krankheit, Siechtum und früher Tod sind schlimme Verteurer des gesellschaftlichen Lebens. Je gesünder die Arbeiter bei ihrer Arbeit bleiben, je eher sie dabei alt und grau werden können, um so produktiver ist die Arbeit. Aber es gibt auch eine Art Arbeit, die durchaus nicht krank macht, die aber doch auch nicht so produktiv ist wie sie sein sollte. Es kann an der ganzen Arbeitseinrichtung, es kann auch an der Art liegen, wie der Arbeiter arbeitet.

Die Gewerkschaften haben die sehr schöne und große Aufgabe möglichst hohe Löhne mit durch möglichst hohen Arbeitsertrag zu ermöglichen. Und das ist nur dadurch zu erreichen, daß sozialistischer Produktionsgeist auch schon in die kapitalistischen Betriebe hineingetragen wird. Wir müssen unseren wirtschaftlichen Gegnern auch als Gewerkschafter zu beweisen suchen, daß wir fähig und bereit sind die Produktion zu steigern, und dürfen dann erst von der gesteigerten Produktion unsern Teil fordern. Wir müssen die kapitalistischen Betriebe so behandeln, als wären wir heute schon berufen sie selber zu leiten und die besten Wege ausfindig zu machen, um zu möglichst intensiver Produktion und damit auch zu einem möglichst hohen Anteil der Arbeiter am Arbeitsprodukt zu gelangen. Es ist klar, daß dies nur denkbar ist, wenn möglichst alle Arbeiter eine tiefgehende Anschauung vom Wesen der Arbeit erfüllt, wenn der Gedanke tief Besitz von ihnen ergreift: Wir Menschen können heute nur durch solidarische Arbeit aller alle satt machen; der Sozialismus, nicht der nur kritische, sondern der aufbauende Sozialismus kann uns allein retten. Dieser sozialistische Geist, der bis ins Religiöse, das Gewissen der Menschen im Tiefsten Packende gesteigert werden kann, muß auch die Gewerkschaften erfüllen.



AUCH die *Genossenschaften* können nur dann gedeihen, wenn sie vom Geist möglichst erfolgreicher Produktion erfüllt sind. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß dieser Produktionsgeist um die Wende des Jahrhunderts weit lebendiger war als er gegenwärtig ist. Als ich im Jahr 1901 zu Dessau in der Gründungsversammlung des Dessauer Konsumvereins sprach, erklärte ich: Wenn man nur die Absicht habe an die Stelle einiger Hundert kleiner Materialwarenläden ein paar Dutzend zu setzen, dann solle man gar nicht erst anfangen. Das Ziel müsse sein: möglichst viele Bedürfnisse der sich organisierenden Verbraucher auf die beste und billigste Weise zu befriedigen. Auf dem organisierten Konsum sei die Produktion aufzubauen.

Dies Ziel darf nicht einen Augenblick aus den Augen gelassen werden. Jeder Konsumvereinsvorstand muß sich unablässig fragen: Was kann ich tun, um meinen Mitgliedern einen Bedarfsgegenstand möglichst gut und möglichst billig zu beschaffen? Es droht aber eine schwere, wenn auch sehr begreifliche Gefahr. Hat ein Konsumverein eine bestimmte Entwicklung erfahren, die seinem Vorstand reichliche Beschäftigung gibt, dann kann es geschehen, daß es nicht eigentlich weiter geht, daß es dann bei der geschäftlichen Abwicklung des bisher Erreichten verbleibt, weil der Vorstand, zumal wenn man in seiner Zusammensetzung bei den alten Formen verharret, reichlich zu tun hat, und die Masse der Mitglieder, auch die Aufsichtsräte nicht vorwärts-treiben. Aus diesem Zustand der Erstarrung hilft nur eins heraus: sozialistischer Geist, der Wille die Arbeiterklasse zu befreien, der Drang in der Gesellschaft eine große Gerechtigkeit zu verwirklichen. Ohne diesen Geist kann es leicht dahin kommen, daß die Funktionäre der Bewegung in ihrer bürokratischen Arbeit Genüge finden, weil sie sich vollauf beschäftigt fühlen, und die "soziale Frage" für sie auch leidlich beantwortet ist. Und die große Masse der Mitglieder meint, das müsse so sein und könne nicht anders werden, weil sie sich nicht befähigt fühlt die Lage zu ändern. Nur, wenn im sozialistischen Geist gearbeitet, die Lage dauernd unter großen Gesichtspunkten erörtert wird, kann die Masse eine Einstellung auf das größere Ziel fordern und organisatorische Einrichtungen verlangen, die auch die Erreichung eines solchen größeren Ziels ermöglichen. Selbstverständlich ist es nicht mit der theoretischen Aufstellung höherer Ziele getan; die praktische Arbeit, der schwerere Teil, gehört dazu. Es gibt aber auch Praktiker, die allen Idealismus erschlagen und damit auch allen stürmischen Fortschritt hemmen. Die Produktion, die sich auf dem organisierten Konsum aufbaut, muß als antikapitalistische Produktion bemüht sein der kapitalistischen den Rang abzulaufen. Das ist jedoch nur dann zu erreichen, wenn die ganze Genossenschaft in allen ihren Teilen von der großen Idee des Sozialismus durchdrungen ist. Unser verstorbener Genosse Adolph von Elm war in wunderbarer Weise von diesem Geist erfüllt, und seine, nun auch schon lange tote Freundin Helma Steinbach trug dies hohe Ideal eines produktiven Idealismus mit heiliger Glut in ihrer Seele. Es wäre manchem Genossenschaftler sehr nützlich sich mit den Artikeln der Sozialistischen Monatshefte um die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert bekannt zu machen. Es war eine prächtige Zeit, jene Zeit des Sturmes und Dranges der Genossenschaftsbewegung zu Beginn unseres Jahrhunderts. Es ist sehr zu wünschen, daß nach der furchtbaren Katastrophe, die der Weltkrieg auch über die Genossenschaften gebracht hat, ein ähnlicher Geist wieder lebendig werde. Das war aber der Geist eines Wirtschaftssozialismus, von dem man erwartete, daß er ein gewaltiges Stück auf dem Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse vorwärtsbrächte, der als unmittelbar Bedarf befriedigender Antikapitalismus den auf Profit ausgehenden Kapitalismus mehr und mehr ablösen sollte. Der Krieg, dieser furchtbare Beweis der Unfähigkeit unserer Regierenden, hat in die helle Begeisterung der Arbeiterklasse im 1. Jahrzehnt unseres Jahrhunderts eine schwere Störung gebracht, und die Not und Verwirrung, die ihm folgten, taten dem Sinn für aufbauenden Sozialismus ebenfalls schweren Abbruch. Indes, das darf uns nicht zur Entschuldigung dienen, vielmehr müssen wir um so mehr bemüht sein alles zu tun, um den allein schöpferischen großen Geist des Sozialismus in uns lebendig zu machen.

BEDENKLICH scheint mir auch eine gewisse Entfremdung zwischen den Gewerkschaften, den Genossenschaften und der *politischen Partei*, die zu Beginn des Jahrhunderts nicht bestand. Damals war es selbstverständlich, daß die 3 Bewegungen nicht nur neben einander sondern auch mit einander arbeiteten. In Adolph von Elm fand dies auch persönlich den trefflichsten Ausdruck; er war seit Jahrzehnten Gewerkschafter, blieb es auch als Genossenschafter und war auch manches Jahr als sozialdemokratischer Abgeordneter tätig. Diese enge Verbindung kann nur im Geist des Sozialismus lebendig werden. Nur wem die Demokratie und der Sozialismus zur heiligsten Gewissenüberzeugung werden, nur wer aus sozialistischer Weltanschauung heraus an alle Dinge seines Lebens herantritt, kann den schleichenden Gang langsamer Entwicklung in den Sturmschritt wahrhaft befreiender Bewegung umwandeln.

Die politische Partei steht nicht weniger vor der Gefahr in der Tagespolitik aufzugehen und jenen großen Stürmergeist zu verlieren, der das Zeitalter der Wilhelm Liebknecht und August Bebel (und des Größten, der aber nie im Vordergrund stand, daher auch kaum gekannt wurde: Ignaz Auer) für so viele Parteigenossen zu einer so beglückenden Lebensperiode gemacht hat. Gewiß ist es leichter als Prophet einen Zukunftsstaat auszumalen und zu fordern als dies Ideal mit den Menschen, wie sie aus den Bedingungen der Vergangenheit heraus geworden sind, in die Wirklichkeit umzusetzen. Aber gerade, weil dies schwer ist, darf uns der hohe Geist des Sozialismus nicht verloren gehen oder in den Hintergrund gedrängt werden. Auch hier droht wieder die gleiche Gefahr. Die Funktionäre der Bewegung, zumal wenn sie in staatliche und kommunale Ämter mit viel Arbeit und viel Verantwortung kommen, verlieren leicht über der mühevollen Tagesarbeit, die ihre ganze Nervenkraft in Anspruch nimmt, den Schwung der Begeisterung und die Großzügigkeit des weitausschauenden und umfassenden Gedankens. Dadurch wird die Kraft der Bewegung selber gelähmt, vor allem aber verliert der Zusammenhang zwischen den Führern und der Masse, die vom Tag wenig Vorteil hat, jene Innigkeit, die dem Armen allein Begeisterung für eine bessere Zukunft verleihen kann. Unsere Parteiversammlungen zumal müssen über den Tagesstreit und die persönlichen Gegensätze hinweg immer wieder zu dem hohen Ideal hinaufgezogen werden. Es muß für die Masse des Volkes ein zwingendes Bedürfnis, eine Seligkeit werden unsere Parteiversammlungen zu besuchen. Wie weit sind wir davon entfernt! Das Volk geht zum allergrößten Teil nicht mehr in die Kirche; besonders der männliche Teil der Bevölkerung bleibt ihr zumeist fern. Wir brauchen aber eine Stätte, wo wir uns über den Sinn des Lebens, über das Ziel unseres Daseins klarwerden und mit einander begeistern. Es kann auch nicht dem einzelnen überlassen bleiben, daß er sich etwa durch Anschluß an irgendeinen schriftstellernden Philosophen oder Soziologen oder auch freien Theologen seine Lebensanschauung selber zusammenbaue. Auch der lyrische und dramatische Dichter kann da kein ausreichender Lehrer und Führer sein. Wir brauchen eine Gemeinschaft erzeugende Gesinnung und Empfindung, wir brauchen einen Glauben für uns alle, der uns zu Brüdern macht, damit wir uns lieben und helfen und zusammenarbeiten.

Das Klagen, Achselzucken oder Schimpfen über "Parteigezänk" entspringt gewiß reaktionärer Herrschsucht, die sich ärgert ihre Macht mit den aufkommenden Parteimächten teilen zu müssen; aber daß solche Herabsetzung des

Oder die Rhapsodien der Liebe singen,
 Während meine unglücklichen Schwestern
 Um bitteres Brot oder sprödes Vergnügen
 Jenes heilige Feuer verschachern, das, älter als die Sonne,
 In Ewigkeit entzündet, keuscher als die Keuschheit,
 Von den alten, toten Göttern gehütet wird?
 Ich will keine Götzen respektieren.
 Ich will alle Dinge untersuchen.
 Ich will nichts fürchten,
 Doch furchtlos
 Die Hände der Götter ergreifen und rufen:
 Heil, Kameraden, ich bin euer Genosse!

HERMANN SCHEUFELE . GRUNDGEDANKEN ZUR ENTWICKELUNG DER SOZIALVERSICHERUNG

SO weit und fest der soziale Gedanke in der Geschichte der Menschheit verwurzelt ist, so spät hat er in eine Rechtsnorm umzusetzen verstanden, was durch Jahrtausende in der Psyche der Völker als unbestimmtes Sehnen verborgen lag. Daraus ergibt sich auch eine Schwierigkeit, die im Staats- und Gesellschaftsleben der vergangenen Zeit keineswegs verkannt wurde, und die einer all-gemeingültigen Normenfestsetzung im Sozialrecht entgegenstand. Sie liegt darin die Bilder in der Menschenpsyche, die sich mehr als auf irgendeinem andern Gebiet individuell, nach persönlicher Anschauungsweise und Milieubestimmung gestalteten, in einer so einheitlichen gesetzlichen Form zum Ausdruck zu bringen, daß Staat und Gesellschaft gleichermaßen geschützt sind.

Die verschiedenen Theorien der Staatsrechtslehrer über Wesen und Wirksamkeit des Staates, die volkswirtschaftlichen Anschauungsweisen der verschiedenen Zeitalter, die Art der einzelnen Rassen und ihre Auswirkung im Gefühlsleben: all das stand der allgemeinen Rechtsregelung auf einem Gebiet entgegen, auf dem es sich um Menschen handelte, die Jahrtausende hindurch unter dem Druck der Herrschaft Weniger schmachteten und nach Erlösung schrien. Erst dem heutigen Zeitalter der Humanität war es vorbehalten das Problem einer Lösung entgegenzuführen, die wie nichts anderes geeignet ist Völker und Meere in dem Gedanken der Zusammengehörigkeit und der gegenseitigen Hilfe der Menschen unter einander zu verbinden. Und eben dem Wesen der Menschen und der ethischen Grundlage ihrer Wünsche auf ein Recht am Leben und seinen Errungenschaften Rechnung zu tragen ist eine Aufgabe, die die Heutzeit sich gestellt hat, in der richtigen Erkenntnis, daß Werden und Wachsen des Menschengeschlechts von der synthetischen Ergründung, Wartung und Pflege der instinktiven Gefühlswellen der Individuen abhängt. Die Mechanisierung des Geistes kann nur die Werte zerstören, die als Zukunftsglaube in der Brust der Völker und Menschen wohnen, die Werte nämlich, die die in allem und jedem lebende Sehnsucht nach dem Glück in sich birgt. Das Sophisma Hypergebildeter, das, da die Sehnsucht über der Erfüllung steht, daraus das Recht herleitet jede Realisation solcher Wünsche als Übel zu verdammen, bedarf keiner Widerlegung.

Eine Begriffsbestimmung des Wortes Sozialversicherung ist schon des öfters versucht und geschaffen worden. Der Grundgedanke des Wortes geht aus

seinem Stamm Versicherung und seiner Bestimmung gesellschaftlich hervor, auf die das Wort socius hinweist. Diese gesellschaftliche Versicherung oder besser dieses Füreinanderstehen der einzelnen Gesellschaftsklassen umfaßt zurzeit im wesentlichen eine bestimmte Nation, die aus ihren individuellen Erkenntnissen heraus die Mittel und Wege zu einer solchen Gesellschaftsverkettung schafft. Es liegt aber durchaus im Bereich des Möglichen, daß dieses Füreinandereintreten sich mit der Verbindung der Wirtschaftsinteressen über Länder und Völker hinüber in immer weiterem Maß als Bindeglied zwischen den Nationen entwickelt, indem es für die einzelnen Interessengruppen in einer gemeinsamen Sicherung der wirtschaftlich minder widerstandsfähigen Elemente seinen Niederschlag findet. Voraussetzung dafür ist eine stärkere Interessengemeinschaft zwischen den wirtschaftlich verschieden starken Elementen, durch die den schwächeren zu einem bestimmten Existenzniveau verholfen werden soll. Die Geschichte der Sozialversicherung zeigt, daß mit diesen schwächeren Elementen vorzugsweise die in sozialer Abhängigkeit lebende Arbeiterklasse gemeint war. Allein es ist nicht erfindlich, warum diejenigen Klassen, die durch die stetig fortschreitende Entwicklung der Wirtschaft sich zum Teil weit unter der Existenznorm eines der Versicherung angegliederten Durchschnittsarbeiters befinden, von einer gesetzlichen Regelung ausgenommen sein sollen, die sich anfangs zum Ziel gesetzt hatte den wirtschaftlich weniger widerstandsfähigen Staatsbürgern zu einem gewissen, in den Mitteln und Zwecken des modernen Staates begründeten Existenzniveau zu verhelfen.

Bei dem Grundgedanken einer gesellschaftlichen Staatsversicherung darf man nicht vor einer bestimmten Gesellschaftsklasse haltmachen. Vielmehr wird er eine gewisse zahlenmäßig auszudrückende Existenznorm zum Maßstab nehmen müssen. Durch die staatsgesellschaftliche Versicherung soll in einer den Fürsorgegedanken veredelnden Weise Hilfe geschaffen werden, ohne daß nur öffentliche Mittel in Anspruch genommen werden, die den Charakter des Almosens nie verlieren. Im Fall der Not schaffen sich die, die der Gefahr der Verelendung im Wirtschaftskampf eher ausgesetzt sind, aus eigenen Mitteln eine Anwartschaft für eine Hilfe. Diese Hilfe wird durch diejenigen vervollständigt, die an der Erhaltung eines gesunden Staatsbürgertums ein Interesse haben. Das sind mehr oder weniger alle übrigen vorerwähnten Interessenträger.

Es ist immer besser, im ethischen und rein volkswirtschaftlichen Sinn, vorzubeugen und hierfür bestimmte, der Natur nach mit der anwachsenden Zahl der Beteiligten sich verkleinernde Prämien zu zahlen als das Eintreten der aus allgemeinen öffentlichen Steuermitteln zu deckenden Armenfürsorge abzuwarten. Diese Fürsorge verliert nie ihren deprimierenden Charakter, auch wenn sie unter dem modernisierten Namen einer Wohlfahrtsfürsorge verdeckt wird. Das drückt ganz besonders auf die Mittelstandsschichten, die nicht imstande sind unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Kampf mit dem Leben auszuhalten und infolge ihrer höhern Sensibilität nun in die Gruppe der verschämten Armen kommen, die lieber sterben als rechtzeitig Hilfe in Anspruch zu nehmen und ihre Kräfte so dem Staatsganzen zu erhalten. Auch ihnen wäre es leichter sich im allgemeinen großen Kreis zu versichern und sich dadurch das Bewußtsein zu verschaffen, daß sie für die Kosten etwaiger Aufwendungen aus allgemeinen Mitteln selbst ein gewisses Äquivalent geboten haben.

Ein solcher allgemeiner Kreis von Versicherten mit dem Radius einer bestimmten Einkommenshöhe läßt sich in 2 Abteilungen scheiden. Die eine umschließt die von einem bestimmten Dienstvertrag abhängigen Individuen, die andere umfaßt die im freien Erwerbsleben stehenden Elemente.

An der Erhaltung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und der Sicherung einer bestimmten Existenznorm beim Verlust der Arbeitsfähigkeit ist nun die Gesamtheit der Staatsbürger verschieden stark interessiert. Bei der erstgenannten Kategorie von Menschen, die sich in direkter sozialer Abhängigkeit befinden, scheiden sich auf den ersten Blick die Komponenten: Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das ältere und mehr noch das moderne Schrifttum haben es sich zur Aufgabe gemacht den Grad festzustellen, mit dem jede dieser beiden Kategorien an der allgemeinen Versicherung interessiert ist. Dabei ist wiederum zu unterscheiden nach der Versicherung gegen Schäden, die zeitlich begrenzt sind, und gegen solche, die voraussichtlich Leistungen von relativ längerer Dauer erfordern. Man nimmt an, daß bei den zeitlich begrenzten Schäden dem Empfänger der Leistungen eher zugemutet werden kann sich auf solch unvorhergesehene Fälle einzurichten als bei den ihrer Natur nach längere Aufwendungen bedingenden Schäden in der Erwerbsfähigkeit. Auf diese Materie braucht hier weiter nicht eingegangen zu werden. Es genügt die Feststellung, daß in Deutschland der Beitragsverteilungssatz bei Versicherung gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zurzeit das Verhältnis 1 : 2, gegen Invalidität das Verhältnis 1 : 1, gegen Unfall das Verhältnis 1 : 0 hat. Ziehen wir nun die Versicherung gegen länger dauernde Schäden, also gegen Invalidität, in den engeren Kreis unserer Betrachtung, so folgt aus den schon früher gemachten Erwägungen, daß neben den Komponenten Arbeitgeber und Arbeitnehmer weiter die Gesamtheit der übrigen Staatsbürger als beteiligt anzusehen ist. Dieses Interesse resultiert nicht sowohl aus dem Gedanken, daß sich die Gesamtheit auf diese Weise allgemeine Steuermittel für die öffentliche Wohlfahrtsfürsorge erspart, als vielmehr aus den eingangs aufgeführten Gründen einer Interessengemeinschaft, die sich aus dem großen Ganzen ergibt, und die in der Entwicklung des modernen Staates begründet ist, der das "Alle für einen, einer für alle" in sich birgt.

Dieser Leitsatz kann wohl als ideale Richtschnur einer, aus gemeinsamem Zusammenleben unter einer großen Schutzgemeinschaft versammelten Menschengruppe dienen. Allein auch er birgt Gefahren in sich, die nicht zu unterschätzen sind. Die logische Konsequenz daraus würde dem einzelnen die persönliche Verantwortung auf Kosten eines Staatsganzen abnehmen, in dem sich der eine auf den andern verläßt. Wie eine komplizierte Maschine aus mannigfachen für sich arbeitenden Teilen besteht, die wohl unter einem großen Gemeinheitsgedanken arbeiten, jedoch stets unter sich in Ordnung sein müssen, so bildet das persönliche Verantwortungsbewußtsein bei jeder Arbeit Stütze und Voraussetzung des Staates. Darum setzt auch die Hilfe im allgemeinen zunächst voraus, daß es dem einzelnen unmöglich ist für sich selbst zu sorgen, und daß er offensichtlich bemüht gewesen ist wenigstens nach seinen Kräften sich selbst zu erhalten. Dieses subjektive Moment darf nicht fehlen, damit das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen der Gesamtheit gegenüber gestählt und erhöht wird. Würde der einzelne ohne weiteres wissen, daß er im Fall der Not auf fremde Hilfe rechnen kann, so litte das in gutem Sinn egoistische Streben durch Anspannung aller

vorhandenen Kräfte im Wirtschaftskampf sich selbst ein möglichst gutes Los zu verschaffen mehr als es der Gesamtheit zuträglich wäre; der Egoismus des einzelnen würde auf eine andere Bahn, auf das Ziel gelenkt sich so rasch wie möglich ein müheloses Leben, den Genuß der Arbeitsfrüchte zu verschaffen, ohne daß er selbst Arbeit leistet.

So wäre es im eigentlichen Sinn unsozial, wenn der Aussicht auf Hilfe nicht die Bedingung vorangestellt wäre, daß die Gewährung einer Leistung und ihre Höhe von der angespannten Mitarbeit im Rahmen des Möglichen abhängig gemacht wird. So wäre es aus dem gleichen Grund mit den Zwecken der Staatsbürgergemeinschaft unvereinbar, wenn die Höhe der Leistung ohne weiteres die Linie der Existenznorm erreichte. Neben diese Leistung sollte noch die Einkommensquelle als stärkere treten, und vor allem auch die aus den Ersparnissen, die nach Möglichkeit in den Zeiten gemacht wurden, als die Arbeitskraft noch vorhanden war. Nur muß der einzelne neben diesen, an sich wie ihrer Höhe nach mehr oder weniger unsicheren Unterhaltsquellen die Aussicht haben, daß die Bilanz seines Lebens beim Eintritt der Erwerbsunfähigkeit in einem Überschuß zutage tritt, der unter allen Umständen feststeht. Diese Aussicht schafft jedem ein Gefühl der Sicherheit, eine gewisse Beruhigung im Wirtschaftskampf, die immerhin einigermaßen der nervösen Überanstrengung seiner Kräfte vorbeugt. Denn solche Überanstrengung ist volkswirtschaftlich genau so schädigend wie ihr Gegenteil: die Gleichgültigkeit des einzelnen im Wirtschaftsleben.

Auf solche Weise würde unter den Beteiligten eine dem volkswirtschaftlichen Zusammenhalt wie der Leistung der einzelnen gleichermaßen dienliche Abstufung geschaffen werden, die in unserer Gesellschaftsordnung nicht zu entbehren ist. Solange die Arbeit um des Erwerbs, nicht um ihrer selbst willen geschieht, müssen, soll ihre Produktivität nicht sinken, Leistung und Gegenleistung in einem gewissen Verhältnis zu einander stehen, da sonst der Egoismus unsozialer Art seine schädigenden Wirkungen im Wirtschaftsleben entfaltet. Die Leistung wird sich stets nach der im Wirtschaftsleben errungenen Milieugrenze bestimmen. Also wird sich auch die Gegenleistung, wenn nicht scharf und restlos, so doch in bestimmtem Maß, dieser Milieugrenze anzupassen haben. Die Äquivalenz der Beiträge und der Leistungen wird sich nie genau ausmessen lassen, und der Versuch solcher Ausmessung würde insbesondere bei der vorbeugenden Fürsorge zu recht starken Mißerfolgen führen. Schon die Rentabilität der Wirtschaft, in deren Produktionskosten diese Beiträge immerhin in gewissem Maß einkalkuliert sind, verlangt diese Differenzierung zum mindesten bei der endgültigen Festsetzung von Dauerleistungen. Umgekehrt hätte wiederum allzu große Differenzierung in der Festsetzung einer Dauerleistung, die sich hier eher als bei der vorbeugenden Fürsorge denken ließe, schädliche Folgen. Es liegt in Zweck und Ziel der gesellschaftlichen Staatsversicherung, daß im Unterschied zur reinen Privatwirtschaft ein Koeffizient nicht unberücksichtigt bleiben darf, der außerhalb des ehrlichen Willens des einzelnen liegt. Über dem Menschen hängen als Schicksalsmomente stets die Gefahren des täglichen Lebens wie die von dem Willen des einzelnen unabhängige Stärke seiner physischen Konstitution. Diesen Momenten sind alle in gemeinsamem Risiko ausgesetzt, und in welchem Maß sie jeden treffen, das bestimmt in den meisten Fällen der Zufall. Wird nun der einzelne durch solchen Schicksalsschlag in jungen Jahren seiner Erwerbsfähigkeit beraubt,

so täte ihm eine genaue Differenzierung der Gegenleistung genau so unrecht wie andererseits der Gesamtheit ein allgemeines Gleichmaß in der Rentenhöhe. Der Betreffende würde so aus der seiner Milieubestimmung entsprechenden Existenznorm herausgenommen und in eine, an sich dem Maß seiner Leistungen und Fähigkeiten nach zu niedrige Wirtschaftsstufe versetzt, was ihm nicht zugemutet werden darf. So ist die Frage der Festsetzung verschiedener Rententypen gegeben, etwa für männliche und weibliche jugendliche Arbeiter, ungelernte Arbeiter, Hausangestellte, land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, gelernte Arbeiter, Versicherte in gehobener Stellung und ähnliche.

Teilen sich nun Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wie schon oben erwähnt, in die Aufwendungen einer solchen Versicherung, so liegen die Voraussetzungen naturgemäß anders bei den im freien Erwerbsleben Stehenden. Ein Faktor ist hier der gleiche wie dort: der Beitrag der Gesamtheit der an der Gesellschaftsversicherung indirekt interessierten Staatsbürger. Es kann diesen aber aus keinem, in der Natur der Sache liegenden Grund zugemutet werden sich an Aufwendungen für diesen einen Teil der Versicherung stärker zu beteiligen als für den anderen. Es wird also jenen überlassen bleiben den Anteil selbst aufzubringen, den die Arbeitgeber für diejenigen übernehmen, die sich in direkter sozialer Abhängigkeit befinden. Nun liegen aber hier die Verhältnisse wesentlich komplizierter als dort, weil hier die Gefahr besteht, daß der ethische Kern der Hilfe und des Helfenwollens in sein Gegenteil verwandelt wird. Man wird sich daher immer wieder den Grundgedanken der Sozialversicherung vor Augen halten müssen: nämlich denjenigen Kreisen, bei denen infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse im Staatsganzen die Gefahr besteht, daß sie ins Elend versinken, die Möglichkeit der Selbsthilfe zu geben und sie so dem drückenden Gefühl zu entreißen, daß sie rein öffentliche Mittel in Anspruch nehmen müssen. Hält man sich dies vor Augen, so scheiden aus dem Kreis der für die Versicherung festgestellten Existenznorm vor allem diejenigen aus, die sich nur vorübergehend innerhalb der Versicherungszone befinden, und bei denen mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß sie die Versicherung nur als lästig und störend empfinden würden, sobald sie wieder aufgestiegen sind. Eine gewisse Regelmäßigkeit des Verdienstes innerhalb der Versicherungslinie muß also gegeben sein, schon um unberechtigte, unsozialem Egoismus entspringende Kräfte daran zu hindern, daß sie sich in eigennütziger und selbstsüchtiger Weise der Vorteile der Versicherung bemächtigen. Ist aber diese Regelmäßigkeit des Verdienstes innerhalb des Kreises der Versicherten gegeben, und kann man annehmen, daß das Milieu des Betreffenden für einen längern Zeitraum gewährleistet ist, so besteht kein Hindernis mehr solche Staatsbürger ebenfalls der Versicherung zuzuführen.

Auch insofern liegen die Verhältnisse bei der letztgenannten Kategorie nicht ebenso wie bei den übrigen Versicherten, als es bei jenen an dem Moment der reinen sozialen Abhängigkeit fehlt. Es ist hier für den einzelnen im Wirtschaftsleben mehr freier Spielraum zur Erreichung und Bestimmung einer gewissen Verdienstgrenze gegeben als dort. Dieser Umstand bedingt eine gewisse Freiheit in der Milieubestimmung, die im Interesse des schon oben erwähnten sozialen Egoismus nicht unterbunden werden darf. Ferner ist im allgemeinen anzunehmen, daß hier das familienhafte Zusammenleben und Füreinandereinstehen stärker ausgeprägt ist als dort, und daß die

Familie deshalb eher versuchen wird ein Absinken des Betreffenden zu verhindern als bei jenen. Alle diese Gründe, im Verein damit, daß hier die Beitragsleistung, wenigstens zum größten Teil, allein auf den Schultern der Versicherten ruht, sprechen für eine gewisse Freiheit in der Bestimmung der Beitragshöhe der Zwangsversicherung nach oben und unten. Eine Erhöhung des Beitrags über den tatsächlichen Verdienstrahmen hinaus durch freiwillige Mehrleistung würde für die gesamte Interessengemeinschaft nur günstig wirken, und einer Freiheit innerhalb eines bestimmten Rahmens nach unten zu wird man sich bei dem im freien Erwerbsleben herrschenden Konkurrenzkampf der einzelnen unter einander nicht widersetzen dürfen.

Hier wie dort aber soll und muß sich aus den Zielen und Zwecken der gesellschaftlichen Versicherung entnehmen lassen, daß der Gedanke einer Interessengemeinschaft, sei es im Rahmen eines Staates, einer Nation oder eines ganzen Kontinents, sich darauf gründet, daß der einzelne vor unverschuldeter Not geschützt wird, ohne daß doch die wirtschaftlich wertvollen Kräfte der Gesellschaftsglieder durch das Gefühl brachgelegt oder gefährdet werden, daß sie in jedem Fall absolut geborgen sind.

LUDWIG HILBERSEIMER · BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSBAU

HEUTE ist die Lage der Bauwirtschaft diese: Die durch die Hauszinssteuer angeregte Förderung des Wohnungsbaus ist heute so gut wie erschöpft. Das Bauen durch Private war, bei der Niedrigkeit der Beleihung aus der Hauszinssteuer und bei den hohen Zinsen der noch notwendigen Baugelder, sehr beschränkt, überhaupt nur durch zum Teil beträchtliche Zuschüsse der Mieter der zu erbauenden neuen Wohnungen möglich. Die Mieter aber, deren Einkommen oder Vermögen einen solchen Zuschuß gestattete, sind heute mit Wohnungen versehen. Was übrig bleibt, ist die große Masse der Besitzlosen, die gleichfalls Wohnung suchen, deren Einkommen aber oft kaum zur Fristung des Lebens ausreicht. Diese können unmöglich die Mieten für unter den bestehenden Verhältnissen errichtete Wohnungen aufbringen, denn diese werden, gering gerechnet, bei den heutigen Zinsverhältnissen das Doppelte der Vorkriegsmiete betragen. So daß bereits heute paradoxerweise von einem Überangebot von Wohnungen gesprochen werden kann. Damit hört aber das Bauen von Wohnungen durch Unternehmer als nicht mehr rentabel auf. Der bisherige Wohnungsbau mit Hilfe der Hauszinssteuer war im Grunde genommen nichts anderes als ein Sanierungsversuch des schwer darniederliegenden Baugewerbes und zugleich eine Ermöglichung des Wohnungsbaus für die Besitzenden. Die Notwendigkeit Wohnungen für alle zu bauen wurde durch diese Konzession an die Unternehmer und Besitzenden ignoriert. Durch den Schein einer allgemeinen Bautätigkeit wurden diese Tatsachen verschleiert.

Der Wohnungsbau ist keine Angelegenheit einiger Gruppen sondern eine Angelegenheit des gesamten Volkes, das dazu die Mittel aufbringt, damit aber auch das Recht hat über deren Verwendung zu wachen. Es müssen daher Wege gefunden werden, die alle für den Wohnungsbau verfügbaren Kräfte und Mittel in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Nur Selbst-

hilfe ermöglicht eine Besserung der bestehenden Zustände. Nicht Selbsthilfe einzelner, sondern die Selbsthilfe aller durch gleiche Interessen Verbundenen. Um diese Selbsthilfe praktisch durchzuführen, ist vor allem notwendig eine möglichst alle Wohnungsuchenden umfassende Organisation zu schaffen, die zwar nach Bezirken oder Gemeinden in sich gegliedert und tätig sein kann, aber zur Durchsetzung gemeinsamer Forderungen, zur Erreichung gemeinsamer Ziele gemeinsame Aktionen unternehmen muß.

Die Hauptaufgabe dieser Organisation wäre durch ihre Macht Einfluß auf die Gesetzgebung in grundsätzlichen Fragen der Bauwirtschaft und des Wohnungsbaus zu gewinnen, deren wichtigste die Grundstücks- und die Baugeldbeschaffung sind. Mit der Grundstücksfrage ist ein Problem verknüpft, das restlos nicht ohne Änderung der Eigentumsverhältnisse gelöst werden kann. Hier wird es zweckmäßig sein sich den Bestrebungen der Bodenreformer anzuschließen, deren Ziel zwar die Lösung des Kleinsiedlungsproblems ist, deren Bestrebungen aber durchaus mit der bodenreformerischen Lösung der städtischen Grundstücksverhältnisse parallel gehen. Zunächst muß die Forderung erhoben und durchgeführt werden den Grundbesitz der Gemeinden wirklich der Allgemeinheit zu erschließen, den Verlassenen oder zu übereignen. Unter den bestehenden Verhältnissen ist dies der einzige Weg heute Bauland zu beschaffen. Die Frage der Baugeldbeschaffung erfordert gleichfalls eine Lösung auf allgemeinsten Grundlage. Hier ist die Forderung zu erheben, daß das durch die Mietssteuer aufgebrachte Kapital jährlich in solcher Höhe dem Wohnungsbau zugeführt wird, daß damit alle jeweils in einem Jahr errichtbaren Wohnungen voll finanziert werden können. Die Höhe der zu diesem Zweck bereitzustellenden Summe wird durch die Anzahl der Wohnungen bestimmt, die innerhalb eines Jahres unter Ausnutzung aller zur Verfügung stehenden Kräfte und Materialien errichtet werden können.

Mit der Erfüllung dieser beiden grundlegenden Forderungen ist das Problem der Bauwirtschaft und des Wohnungsbaus noch nicht erschöpft. Mit der Lösung des materiellen Problems muß zugleich ein geistiges gelöst werden, um aus der Misere, in der sich der Wohnungsbau befindet, herauszukommen. Das ist wesentlich eine Arbeit der Architekten, aber gleichzeitig eine Arbeit der Industrie.

Bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts waren die Wohnhäuser einer Stadt im allgemeinen Eigentum ihrer Bewohner. Mit der Einführung der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit in fast allen Staaten trat darin eine grundlegende Änderung ein. Ungezählten Menschenmassen wurde damit der Weg in die Städte plötzlich geöffnet. Diese erfuhren ein unvorhergesehenes rasches Wachstum der Einwohnerzahl, vor allem des Proletariats, mit dem das der Häuserzahl nicht Schritt hielt. Das plötzliche Bedürfnis nach einer großen Zahl von Wohnungen führte zur Errichtung von Mietshäusern. Seit dieser Zeit ist das Mietshaus der Typ des städtischen, vor allem des großstädtischen Wohnhauses geworden, neben dem die anderen Wohnformen, das Kleinhaus und das Landhaus, von untergeordneter Bedeutung sind. Dieses neue Bedürfnis nach Wohnungen traf die Architekten ebenso überraschend wie die Behörden. Die Bautätigkeit der Großstädte blieb unter dem freien Spiel der Kräfte den Bauunternehmern über-

lassen und auf Massenherstellung eingestellt. Staat und Gemeinden standen diesen sich aus den neuen Bedürfnissen ergebenden Aufgaben verständnislos gegenüber, erkannten die soziale Bedeutung des Wohnungswesens nicht rechtzeitig, unterlagen der Zeitanschauung dem Unternehmertum möglichst freies Spiel zu lassen. So wurde der Wohnungsbau zu einer Spekulationsangelegenheit, die dem Kapitalisten auf Kosten der Volksgesundheit hohe Zinsen einbrachte. Hinter Protzenfassaden liegen oft schamhaft versteckt mehrere düstere, von licht- und luftlosen Kleinwohnungen umbaute Höfe. Platter Materialismus bestimmte den Bauplan, der mechanisch entworfen und ausgeführt wurde. Niemand kam es in den Sinn, daß damit nichts anderes geschaffen wurde als Stätten der Krankheit und Unzufriedenheit. »Hätten sich diese Städtebauer und Spekulanten auch nur ein einziges Mal auf einen ein wenig höhern Standpunkt gestellt, hätten sie die Masse derer, die von ihnen in die Großsiedelung eingeordnet werden sollten, nicht einmal als ein Konglomerat von tierischen Lebewesen sondern als Träger von Geist und Seele aufgefaßt, hätten sie die Siedelung, die sie schufen, auch nur ein einziges Mal als eine Zelle im Gesamtstaat, als einen organischen Teil in einem großen Organismus betrachten gelernt... dann hätten sie gesehen, wie eng, wie beschränkt, wie so ganz ohne Einsicht und Voraussicht ihre Handlungsweise war.«¹

Nicht nur als soziales, auch als architektonisches Problem wurde der Wohnungsbau bisher vernachlässigt. Höchstens als Fassadenangelegenheit erregte er Interesse. Seine eigentliche Bedeutung wurde nicht erkannt. Aber der Wohnungsbau ist das Bauproblem der Gegenwart, das eigentliche großstädtische Architekturproblem. Das Mietshaus wurde bisher unter völlig falschen Voraussetzungen gebaut. Irrtümlicherweise versuchte man es vom Einzelwohnhaus abzuleiten, wozu vor allem die schmalen, durch den Privatbesitz bedingten Grundstücke Hauptursache waren. Trotz raffiniertester Ausnutzung wollte man äußerlich den Charakter des Einzelwohnhauses beibehalten: ein Unternehmen, das zu grotesken Mißbildungen führte. Man war sich nicht klar darüber, daß mit dem Mietshaus ein neues architektonisches Problem vorlag, dessen Lösung mit der Lösung sozialer Probleme eng verknüpft ist. Über äußerlicher Fassadenkunst vergaß man das eigentliche Problem, das nicht formaler sondern organisatorischer Art ist. Alle Reformbestrebungen wurden der Fassade zugewandt, der eigentlichen Domäne der Architekten. Über den Grundriß wachte die Baupolizei, und über das Wichtigste und Grundlegende, die Grundstücks- und Blockteilung, verfügten Spekulanten und Unternehmer. Diese desorganisierende Dreiteilung wagte niemand anzutasten. Aber nur wenn an die Stelle dieser Desorganisation die gestaltende Organisation tritt, kann das Mietshaus wirklich verbessert, aus einem chaotischen ein organisches Gebilde werden. Da man das Objekt als solches nicht erfaßt hatte, ging man von dem wesentlichsten Gestaltungsgrundsatz ab das architektonische Gesetz vom Objekt zu empfangen. Der Unterschied zwischen der üblichen "Kitsch"-fassade und der im geschmackvollen Klassizismus gehaltenen ist von diesem Standpunkt aus relativ unbedeutend. Die sogenannte Fassadenkunst will den Schein einer Kultur erwecken, ist aber nichts anderes als eine geschmackvoller ausgeführte Attrappe.

1) Siehe Mächler Das Siedelungsproblem, in den Sozialistischen Monatsheften 1921 I Seite 184 und folgende.

Von einschneidender Bedeutung für die Planung von Wohnbauten ist die durch das Straßensystem bedingte Anordnung des Baublocks. Der Lageplan ist mit dem Bauplan eng verknüpft. Nur wenn beide zugleich bedacht werden, können die städtebaulichen Endabsichten und die hygienischen Forderungen verwirklicht werden. Die für Flachsiedelungen selbstverständliche Nordsüdrichtung der Wohnstraßen, die die den Wohnungen nötige Sonne sichert, wurde bei der Anlage von Miethausstraßen vollkommen ignoriert. Die engen, angeschlossenen Höfe verhindern jede Luftzufuhr, so daß den Großstadtwohnungen das fehlt, was sie am notwendigsten brauchen: Sonne, Licht, Luft. Damit verbietet sich von selbst die übliche, viele Höfe einschließende Blockbauweise. Die Praxis den beschränkten Raum der Geschäftsviertel auszunutzen hat aus rein spekulativen Gründen dazu geführt das gar nicht beschränkte Gelände der Wohnviertel der größeren Rentabilität halber räumlich zu beschränken. Die Schnelligkeit heutiger Verkehrsmittel ermöglicht eine lockere Bebauung der Wohnviertel und ihre Verlegung weitab vom Zentrum der Stadt. Deshalb braucht man das Mietshaus noch nicht aufzugeben und zum Flachbau überzugehen. Der Wohnungsbau einer Großstadt wird zwar aus ökonomischen Gründen nicht auf Mehrgeschossigkeit, wohl aber auf Engräumigkeit verzichten können. So wie sich ein System der Straßenföhrung und Grundstücksaufteilung von spekulativen Gesichtspunkten aus gebildet hat, muß auch eines geschaffen werden, das das Leben und die allgemeine Wohlfahrt in Betracht zieht. Denn die wichtigste Forderung ist: jeder, auch der kleinsten Wohnung, Platz, Luftraum durch Lüftbarkeit und Sonne zu sichern. Reine Nordwohnungen sind zu vermeiden.

An die Stelle der planlosen Arbeit der Spekulanten wie Unternehmer muß die systematische Arbeit des seiner Verantwortung bewußten Architekten treten, die den allgemeinen Bedürfnissen, den konstruktiven, technischen und hygienischen Voraussetzungen, Gegebenheiten und Forderungen Rechnung trägt. Aber man darf sich der Tatsache nicht verschließen, daß der Wohnungsbau wesentlich eine Produktionsfrage ist. Er hängt von wirtschaftlichen Faktoren ab, und es ist sinnlos großartige Kulturprogramme zu entwerfen, aber das primäre Postulat der Produktionserhöhung zu vergessen.

Es ist eine unerläßliche Forderung, daß alle Vorteile, die sich durch eine Zusammenlegung mehrerer Einzelgrundstücke zu einem zahlreiche, möglichst einwandfreie Wohnungen umfassenden Baublock ergeben, auszunutzen sind. Durch den Zusammenschluß vieler Wohnungen zu einer höhern Einheit lassen sich Einrichtungen ermöglichen, die für das übliche Mietshaus unökonomisch, für das großstädtische Leben aber eine unabwendbare Forderung sind. Das gesamte großstädtische Leben ist noch traditionell mit Einrichtungen durchsetzt, die der Hauswirtschaft entstammen, heute aber sinnwidrig sind. Während alle Arbeit nach dem Prinzip der Arbeitsteilung und Zusammenfassung der Kräfte reguliert wird, hat sich im Haushalt bis auf heute die mittelalterliche Form der Einzelarbeit erhalten. Der einzelne Mensch, in Europa die Frau, muß die verschiedensten Teilarbeiten verrichten, ohne zu einer wirklichen Arbeitsleistung zu kommen. Es ist ein doppelter Grund, der hier neue Arbeitsformen notwendig macht: »einerseits die Forderung die Hauswirtschaft, die einen so wesentlichen Teil der Volkswirtschaft bildet, die den größten Teil des Verbrauchs umfaßt, mit der Gesamtwirtschaft in Einklang zu bringen, ihre Produktivität zu steigern, und

andererseits die Notwendigkeit für die Frau die Voraussetzungen wirklichen Lebens zu schaffen. Das bedeutet eine Organisation der Hausarbeit, eine systematische Zerlegung der Gesamtarbeit, die ein Haushalt erfordert, und neue Zusammenfassung nach Gesichtspunkten der Zeit- und Kraftersparnis, und gleichzeitig eine Verbesserung der Arbeitstechnik durch Maschinen, die aber eine solche Organisation zur Voraussetzung hat.«²

Die Wohnung soll bei geringstem Platzaufwand ein bequemes, praktisches, allen Bedürfnissen entsprechendes Wohnen ermöglichen. Die Größe und die Anzahl der Räume richten sich nach den Erfordernissen, die unbedingt erfüllt werden müssen. Notwendig sind Räume zum Wohnen, Essen, Schlafen, Waschen und Kochen, die durch den Grundriß zusammengefaßt und organisiert, alle Bedürfnisse bei geringstem Platzaufwand befriedigen können. Vor allem die Kleinwohnung muß sorgfältig durchgebildet werden, denn für sie sind die beschränktesten Mittel vorhanden, und sie bildet das Gros der großstädtischen Wohnungen überhaupt.

Die kleinste Wohnung für eine Familie mit Kindern beiderlei Geschlechts müßte mindestens einen Wohnraum, der zugleich zum Essen dient, 3 Schlafzimmer, Küche und Bad umfassen: ein Raumbedürfnis, dem bei einer Grundfläche von zirka 70 Quadratmeter, einer Fläche, die den in Berlin üblichen Dreizimmerwohnungen entspricht, bei scharfer Trennung nach Zwecken genügt werden kann. Wichtig ist allerdings die Organisation dieser Fläche nach dem Bedürfnis. Die Ungliedertheit einer üblichen Kleinwohnung zwingt die Bewohner alle Räume als Schlafräume zu benutzen, so daß kein eigentlicher Wohn- und Eßraum übrigbleibt. Die Mahlzeiten müssen dann in der von Kochdünsten durchsetzten Küche eingenommen werden. Organisiert man dagegen diese Fläche nach den Erfordernissen, so kann ein Wohnungstypus gefunden werden, der die Mindestanforderungen einer Familie von 5 bis 6 Köpfen erfüllt.

Bei einem Zimmer kann man unter ein gewisses Größenmaß nicht heruntergehen. Dieses aber wird durch den Zweck, die Anzahl der darin unterzubringenden Menschen und durch die Möbel bestimmt. Besonders die Möbel, die ja den menschlichen Größenmaßen eng angepaßt sind, werden die Raumabmessungen bestimmend beeinflussen. Ihre Maße und ihre Stellung müssen auf das genaueste berücksichtigt werden. Daneben ist aber zu bedenken, daß bei dem durch die wirtschaftlichen Verhältnisse beschränkten Raum, der auf eine Kleinwohnung kommt, wenigstens ein Raum etwas größere Abmessungen beansprucht. Denn der Aufenthalt in zu engen Räumen wirkt bedrückend und beengend. Während der Gegensatz zwischen einem größeren Raum und kleineren Räumen belebend wirkt. Bei einer Kleinwohnung wird man immer Wohn- und Eßzimmer als den gemeinsamen Raum recht groß machen müssen, während alle übrigen Räume ganz knapp sein können. Kein Raumteil, auch nicht der kleinste, darf ungenutzt bleiben. Selbst in ganz kleinen Zimmern kann man sich bei konsequenter Durchbildung bequem einrichten und auch dem Bedürfnis nach weit entwickelten Lebensansprüchen gerecht werden. Vorbildlicher als die unökonomische Berliner Mietswohnung ist etwa die Einrichtung einer Schiffskabine, die auf engstem Raum alles Notwendige enthält. Übrigens sind auf der ganzen Welt die Wohnräume wesentlich kleiner als man es in Deutschland gewohnt ist.

2) Siehe die Rundschau *Frauenbewegung*, in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 51.

Dafür entbehren sie jene in Deutschland üblichen licht- und sonnenlosen Höfe, was jenen Wohnungen trotz ihrer Kleinheit einen bedeutenden Vorteil sichert. Voraussetzung einer Ökonomisierung der Wohnung ist der Einbau aller Schränke für Kleider, Wäsche, Koffer, Geschirr usw. sowie die völlige Einrichtung der Küche. Wo es auf die kleinsten Flächenteile ankommt, kann nicht mehr, wie bisher üblich, mit Zufälligkeiten gerechnet werden. Für die Kosten, die für den notwendigen Spielraum aufgebracht werden müssen, kann man bequem alles Notwendige einbauen, so daß in Zukunft überhaupt nur noch Tische und Betten, Stühle und andere Sitze als eigentliche Möbel Berechtigung haben werden.

Die Vereinfachung und Zweckmäßigkeit des innern Ausbaus, das Fehlen alles Unnötigen, wird den Wirtschaftsbetrieb, die häusliche Arbeit vereinfachen und erleichtern. Vor allen Dingen sollte jedes Haus an Stelle der Öfen mit einer Sammelheizung und einer damit verbundenen Warmwasserbereitungsanlage versehen sein. Das bedeutet nicht nur eine große Arbeitersparnis, die besonders in einem kleinen, engen Haushalt wichtig ist, sondern ist zugleich billiger.

Mit der Ökonomisierung der Wohnung wird auch eine wesentliche Veränderung der Ausstattung eintreten. Die Stuckdecken, reichgeschnitzten Möbel, kostbaren Wandverkleidungen sind eher ein Armuts- als ein Reichtumszeugnis. Sie dienen zur Kaschierung von räumlichen Ungelöstheiten. Die Gestaltung des Raumes kann nur mit den Mitteln des Raumes selbst erfolgen. Wände, Fußboden, Decke, Türen und Fenster sind seine eigentlichsten Elemente. Raum und Hausrat werden durch ihre Funktion als Gebrauchsgegenstand bestimmt. Ihre konsequente Durchbildung und Gestaltung wird zu jener Vereinheitlichung führen, die alle streng und sachlich durchgeführten Gegenstände auszeichnet.

Der Raum, die Möbel müssen mit architektonischem Empfinden gebildet werden. Die Proportionen, die Art des Lichteinfalls, die Farbe bestimmen den Raum formal und müssen seine Einheit ergeben. Durch den Einbau aller Schränke wird sich der praktikable Haushalt nur noch auf Betten, Sitzmöbel und Tische beschränken. Durch den Fortfall der Dekorationsmöbel, die unsere heutigen Wohnungen wie Trödelbuden anfüllen, wird plötzlich selbst in kleinsten Räumen Platz geschaffen, so daß die neue Wohnung trotz ihrer räumlichen Beschränkung viel mehr nutzbare Fläche aufweisen wird als die bisher übliche größere. Von selbst wird man alsdann diesen wenigen übrigbleibenden Möbeln seine volle Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Durch ihre geringe Anzahl werden sie wieder sinnvoll, und man wird ihren Wert und Zweck wieder erkennen.

Die Organisation nach den Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit genügt noch nicht, um den Wohnungsbau zu verbilligen. Der unökonomischen Raumverschwendung entsprechen die unökonomische Arbeitsmethode und die unökonomische Materialverwendung. Beiden wird man in Zukunft die Hauptaufmerksamkeit widmen müssen, denn Materialkosten und Arbeitslöhne bestimmen die Höhe der Bausumme. Hier wird vor allem eine konsequent durchzuführende Taylorisierung, wie der gesamten Produktion, so insbesondere des Baubetriebs, grundlegend Wandel zu schaffen haben, so daß die Baukosten der Zukunft nur Bruchteile der Baukosten der Gegenwart und Vergangenheit sein werden.

Aber es fehlen noch die neuen Materialien, obwohl man sich überall mit diesem Problem beschäftigt. Was hier nottut, ist ein unabhängiges Forschungsinstitut, eine Versuchsanstalt, um die notwendigen Experimente vorzunehmen und die Ergebnisse prüfen zu können. Dieses neue Material soll keineswegs ein Ersatzbaustoff sein sondern, im Gegenteil, besser als die bisherigen Baustoffe. Auch wird man das Bauen selbst auf eine völlig neue Grundlage stellen müssen. Wie beim Bau von Geschäftshäusern wird man auch beim Wohnungsbau zur Trennung der tragenden von den nur umschließenden, also getragenen Teilen übergehen müssen, wie das bereits Auguste Perret vor Jahrzehnten mit einem Mietshaus in der Rue Franklin in Paris versucht hat. Das Problem des Traggerüsts ist durch den Eisen- und Eisenbetonbau einwandfrei gelöst. Unter diesen konstruktiven Voraussetzungen ist das Materialproblem der Wände zu lösen. Daß es sich dabei, um die Tragkonstruktion zu entlasten, nur um ein Leichtmaterial handeln kann, ist selbstverständlich. Bisher hat man auf gute Wärmehaltung der Wände deshalb wenig Rücksicht genommen, weil die für den Ziegelbau vorgeschriebenen Wandstärken, die weit über das statisch Erforderliche hinausgehen, genügend Schutz boten. Eine solch unökonomische Materialverschwendung verbieten die heutigen Verhältnisse. Man wird daher nach Materialien suchen müssen, die leicht sind, eine geringe Wärmeleitungs Zahl besitzen, eine industrielle Verarbeitung zulassen und zur weitem Vereinfachung des Bauens eines Putzüberzugs nicht mehr bedürfen. Ein Material also, das wetterbeständig, schalldämpfend und wärmesicher ist. Fällt der Putz fort, so verändert sich der gesamte innere Ausbau. Besonders die Tischlerarbeit. Selbst die normierten Fenster und Türen, die doch industriell hergestellt werden, beruhen auf handwerklichen Grundlagen. Das Fenster, die Tür, der Schrank werden, wie seit altersher, aus Einzelstücken zusammengesetzt. Eine kostspielige, zeitraubende Arbeit, an deren Stelle gleichfalls ökonomische Arbeitsmethoden und neue Materialien, die eine vollkommene Industrialisierung zulassen, treten müssen. Man wird vielleicht Fenster, Türen und Schränke aus Metall oder einem andern Material pressen.

Die Industrialisierung des Bauens hat allerdings eine strenge Typisierung aller Einzelheiten und Baueinheiten zur Voraussetzung. Das Massenhaus bedarf aber auch gar keiner individuellen sondern einer kollektiven Durchbildung. Die durchgehende Systematisierung des Entwurfs, die Typisierung der Einzelheiten und Baueinheiten wird zu einem Modellsatz führen, der jede Variations- und Ausdrucksmöglichkeit erlaubt. Genau so wie die Buchstaben des Alphabets und die grammatikalischen Grundsätze trotz ihrer scheinbaren Verbrauchtheit in den Händen eines schöpferischen Menschen zu etwas völlig Neuem werden.

Ob man aber will oder nicht, die heutigen Verhältnisse zwingen zu einer durchgreifenden Industrialisierung des gesamten Bauwesens. Auch haben die Bauhandwerker keinen Nachwuchs mehr. Das macht sich schon jetzt, wo nur sehr wenig gebaut wird, bemerkbar. Um wieviel mehr, wenn die Bautätigkeit wieder ein normales Ausmaß annimmt. Dann werden die Verhältnisse von selbst zu neuen Methoden zwingen. Man wird dann Häuser nicht mehr bauen sondern aus montagefertig angelieferten Stücken in kürzester Zeit montieren und bezugsfertig machen können.



CHARLES BAUDELAIRE · LEBENSLEHRE · ÜBERTRAGEN VON MAX HOCHDORF



INEN halben Monat saß ich im Zimmer eingesperrt. Ich durchstöberte alle Modebücher, die ich auftreiben konnte. Ich wollte die Werke durcharbeiten, die von der Kunst handeln die Völker glücklich und weise und reich zu machen. Ich hatte also alles das verdaut, das heißt verschlungen, alle diese Entleerungen der Unternehmer für das allgemeine Glück. Sie rieten allen armen Leuten entweder sich zu Sklaven zu erniedrigen, oder sie redeten auch jedem Armen ein, daß er sich wie ein entthronter König benehmen müsse. Man wird also nichts Überraschendes in der Tatsache finden, daß mein Zustand der Verfassung eines Menschen ähnlich war, der den Kopf verloren hat oder der Verblödung verfallen ist.

Es dünkte mich, ich hätte da, eingesperrt in mein Nachdenken, den dunklen Samen einer Idee gefunden, die allen anderen Ideen überlegen wäre. Aber noch konnte ich nicht klar fassen, welche Unendlichkeit von Einsicht mir da vorschwebte.

Darum ging ich mit einer großen Wißbegierde aus. Es ging mir so wie jedem Menschen, der schlechte Bücher in sich hineingeschluckt hat. Er empfindet ein unmäßiges Verlangen nach frischer und reiner Luft.

Vor einem Wirtshaus streckte mir ein Bettler seinen Hut entgegen. Er tat es mit dem unvergeßlichen Blick, der die Throne umstürzt. Wenn der Geist die Materie in Bewegung setzt, das Auge eines Magnetiseurs Weintrauben zur Reife bringt, wird dieser Blick seine Wirkung nicht verfehlen.

Gleichzeitig hörte ich eine Stimme, die etwas in mein Ohr säuselte. Es war eine Stimme, die ich wohl wiedererkannte. Es war die Stimme eines guten Engels oder eines guten Geistes, der mich überall geleitete.

Da Sokrates seinen guten Dämon gehabt hat, warum sollte ich nicht meinen guten Engel haben? Warum sollte ich nicht auch, wie Sokrates, die Ehre haben mit dem Vorzug des Wahnsinns beglückt zu sein? Zwischen dem Dämon des Sokrates und dem meinigen bestand aber der Unterschied, daß der Geist des griechischen Philosophen sich nur bemühte den weisen Mann von irgendwelchen übereilten Taten zurückzuhalten. Mein Engel dagegen wollte mich nur vorwärtsstoßen, überreden, anspornen. Dieser arme Sokrates hatte nur einen hinderlichen Engel. Meiner dagegen war ein großer Behärdiger. Er war ein Dämon, treibend zur Tat, ein Dämon, treibend zum Kampf. Also flüsterte mir seine Stimme dieses zu: »Seinen Nebenmenschen ist nur ebenbürtig, wer es beweist. Der Freiheit ist nur würdig, wer sie erobert.«

Sofort stürzte ich mich auf meinen Bettler. Mit einem einzigen Faustschlag schlug ich ihm in das Auge, das in einer Sekunde wie ein runder Ball anschwellte. Ich zerbrach einen meiner Fingernägel, als ich ihm 2 Zähne einschlug. Da ich mir nicht genügend Kraft zutraute in meiner angeborenen Zartheit und meinem Mangel an Boxerkraft, so packte ich den Bettler mit der einen Hand am Rockkragen, mit der andern Hand stieß ich seinen Kopf mächtig gegen die Hausmauer. Ich wollte den alten Mann um jeden Preis um die Ecke bringen.

Plötzlich, o Wunder, o Freude des Philosophen, der die Vorzüglichkeit seiner Theorie bewiesen sieht! Ich sah, wie der alte Mann sich mit einemmal umwandte. Er richtete sich mit einer Energie empor, die ich niemals in einer so abgebrauchten Maschine vermutet hätte. Mit einem Hassesblick, der mir allerhand Gutes zu versprechen schien, stürzte sich der Halunke über mich. Nun schlug er mir in beide Augen. Er zerbrach mir 4 Zähne.

Durch mein energisches Heilmittel der Prügel und der Grausamkeit hatte ich ihm also den Lebensstolz wiedergegeben. Da ließ ich ihn verstehen, daß der Streit für mich beendet wäre. Ich erhob mich mit der Genugtuung eines sophistischen Philosophen und sprach zu ihm: »Verehrter Herr, Sie sind mir durchaus ebenbürtig. Gestatten Sie mir die Freude meine Börse mit Ihnen zu teilen. Wenn Sie wirklich ein Menschenfreund sind, dann müssen Sie auf alle Ihre Kameraden den Lebenssatz anwenden, den ich soeben auf Ihrem Rücken zu meinem großen Leidwesen erprobt habe.«

Er schwor mir, daß er meine Lebenslehre vollkommen verstanden hätte. Er wollte künftig genau nach meinem Ratschlag handeln.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Ludwig Quessel

Polen und Deutschland

Die furchtbare Eisenbahnkatastrophe, die sich in der Nacht zum 1. Mai bei Stargard ereignete, hat die Blicke von neuem auf den polnischen Korridor gelenkt. Ein deutscher Zug, von polnischen Eisenbahnern durch polnisches Gebiet geführt, war es, der von dem grauenvollen Unglück betroffen wurde. Die 28 Toten sind zum größten Teil Deutsche, die auf diese Weise aus einem Teil ihres Vaterlands nach dem andern reisten. Das Eisenbahnglück gewann sofort dadurch politischen Charakter, daß die polnische Eisenbahndirektion einen »verbrecherischen Anschlag« annahm, und die polnische Presse dies dahin auslegte, daß die Verbrecher russische Bolschewisten oder »preußische Agenten« seien, die aus außenpolitischen Motiven, um das Korridorproblem akut zu machen, den Anschlag ausgeführt hätten. Das Wolffsche Telegraphenbureau griff in einer Polemik gegen die Gazeta Poranna, die geschrieben hatte, das Verbrechen sei »von denjenigen begangen worden, denen es Nutzen brächte«, die Äußerung eines andern polnischen Blattes auf, wonach ein früheres polnisches Eisenbahnglück »die Folge verbrecherischen Leichtsinns und beispielloser Nachlässigkeit der polnischen Eisenbahnverwaltung«, die »die Eisenbahnschwellen verfaulen« ließ, gewesen sei, und ließ dann durchblicken,

daß auch das Eisenbahnglück bei Stargard auf die selbe Ursache zurückzuführen sei. Die polnische Version, daß es sich um einen verbrecherischen Anschlag handle, wird vom Wolffschen Bureau als »unerhörte Verleumdung« bezeichnet. Es ist beachtenswert, daß ein deutsches offizielles Organ sich derart scharf auch für die Rechtschaffenheit der Moskauer Regierung einsetzt, die man in Polen angeklagt hatte. Wie ungewöhnlich die Haltung des Wolffschen Bureaus ist, wird sofort klar, wenn man sich an das Eisenbahnglück in der Schweiz erinnert, dem Helfferich, seine Mutter und andere Deutsche zum Opfer fielen. Obwohl hier Grund zu ernster Kritik vorlag, war damals das Wolffsche Bureau doch weit davon entfernt von »verbrecherischem Leichtsinns und beispielloser Nachlässigkeit« zu sprechen. Eine solche Sprache hätte, gegen die Schweiz gerichtet, auch zweifellos zu einem schweren Konflikt geführt. Es ist bei offiziösen Verlautbarungen nur dann üblich Wendungen zu gebrauchen, die wie Peitschenhiebe wirken, wenn nichts mehr in den Beziehungen zweier Staaten verdorben werden kann. Der Vorwärts war daher durchaus im Recht, wenn er am 2. Mai schrieb: »Wenn ein an sich unpolitischer Vorfall, wie eine Eisenbahnkatastrophe, sofort zu politischen Erregungszuständen führt, so ergibt sich schon daraus allein ein Rückschluß auf die Ungesundheit der gegebenen Verhältnisse.«

Übrigens scheint die Untersuchung der Stargarder Eisenbahnkatastrophe die These, daß »verbrecherischer Leichtsinns und beispiellose Nachlässigkeit« der polnischen Eisenbahnverwaltung vorliege, nicht im entferntesten zu bestätigen. Das zuständige Danziger Schiedsgericht, bestehend aus dem dänischen Generalkonsul in Danzig als Vorsitzendem und je 2 Vertretern Deutschlands und Polens, hat am 13. Mai eine vorläufige Entscheidung gefällt, nach der der Zustand der Strecke an der Unfallstelle für den Unfall nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die eingehende Besichtigung der Eisenbahnschwellen ergab ein durchaus gesundes Material, abgesehen von einigen morschen Teilen, die auch bei normaler Unterhaltung vorkommen.

Osteuropa Es ist an anderer Stelle (in dem Artikel Der deutsche Sicherheitspakt und die Balance of power-Doktrin, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 200 und folgende) schon darauf hingewiesen worden, daß England die gegenwärtige Friedenspräsenzstärke des russischen Heeres auf 657 000 Mann Infanterie und 93 600 Mann Kavallerie berechnet. Diesen Angaben des Unterstaatssekretärs Ronald MacNeill im Unterhaus ist neuerdings der Chef der Roten Armee, Frunse, auf dem transkaukasischen Sowjetkongreß entgegengetreten. Nach seinen Angaben weist die Rote Armee nur eine Friedenspräsenzstärke von 562 000 Mann auf. Die Ausgaben für jeden Rotarmisten, deren Ausrüstung und militärische Vorbildung er als sehr gut bezeichnet, beliefen sich auf 750 Goldrubel im Jahr, was eine Gesamtausgabe von 422 Millionen Goldrubel ergibt. Aus diesen Angaben Frunses ersieht man, daß die Friedenspräsenzstärke des russischen Heeres an die des französischen Heeres heranreicht. Über die Kriegsstärke sagte Frunse nichts. Doch kündigte er ein neues Wehrpflichtgesetz an, das die militärische Ausbildung aller wehrfähigen Männer zum Ziel hat. Wie Frunse über die russischen, so hat auch der polnische Kriegsminister Sikorski Angaben über die polnischen Kriegsvorbereitungen gemacht. Polen habe, so führte er in Paris aus, bereits ein großes Werk vollbracht: 45 Divisionen heute, vielleicht 70 nach 2 Jahren, 4 Millionen Mann für eine Mobilisierung, 40 Munitionsfabriken, die bereits die Hälfte des polnischen Bedarfs liefern und auch Aufträge aus dem Ausland entgegennehmen, Militärschulen, eine

solide Organisation des Generalstabs. Polen werde vor keinem Opfer zurückschrecken und sei gezwungen sich in diesem Jahr ein Heeresbudget aufzuerlegen, das bis zu 750 Millionen Zloty oder fast 3 Milliarden Francs hererreiche. Außer der Friedensarmee, die 300 000 Mann zählt, besitze Polen Kavallerieabteilungen, die zur Verteidigung seiner Ostgrenzen bestimmt sind, und 30 Bataillone Infanterie, die ihm Litauen vom Hals halten sollen. An dem Tag, an dem auch nur ein Quadratzoll polnischen Bodens angetastet werde, werde sich ganz Polen erheben und sich »ohne Pardon« verteidigen.

Die Unsicherheit der Lage im Osten hat zu polnisch-tschechischen Verhandlungen geführt, als deren Ergebnis ein Abkommen über Munitionszufuhr bezeichnet wird. Darüber hinaus erwecken aber die Reden, die am 21. April in Warschau auf dem offiziellen Bankett zwischen Skrzynski und Benesch ausgetauscht wurden, wegen ihrer großen Wärme den Eindruck, als ob Polen und die Tschechoslowakische Republik seien sich in der Stunde der Gefahr gegenseitig noch über die Kriegsmateriallieferung hinaus Hilfe zu leisten.

Ähnlich pessimistisch wie Lloyd George, der jüngst im Unterhaus betonte, daß »die östlichen Grenzen, vom Bosphorus bis zur Ostsee, vor Erregung zittern«, beurteilt auch der tschechische Außenminister Benesch die Friedenslage in Osteuropa. Bei der Debatte über das Genfer Protokoll im Völkerbundsrat erinnerte er daran, daß der Weltkrieg große Reiche zerstört, die Grenzen verschoben, neue Staaten errichtet hätte: »Von Finnland im Norden, durch die baltischen Republiken, Polen, Deutschland, die Tschechoslowakei, Österreich hindurch, das Tal der Donau hinab bis Konstantinopel und bis nach Griechenland im Süden gibt es Bezirke, in denen man tausend Konflikte aufzählen kann. Diese Konflikte beginnen heute mit der Ermordung eines Grenzwächters oder der Niederreißung einer Fahne und können morgen in einen schrecklichen Krieg ausarten. Alle diese Länder sind dieses Standes der Dinge müde. Sie wünschen, daß man sie aus dieser unerträglichen Lage befreie. Sie wissen, daß es viele Probleme gibt, die, vom psychologischen Standpunkt aus, fast unmöglich durch ein direktes Einvernehmen zu lösen sind. Sie wollen andere Methoden finden als die gewaltsamen Regelungen oder die "action directe", um sich ihrer zu entledigen.«

Südslawische Staaten Das Attentat in der Kathedrale der 7 Heiligen zu Sofia ist in erster Linie ein innenpolitisches Ereignis, das zweifellos durch die Methoden des Kabinetts Zankow bei Bekämpfung der Opposition mit verursacht worden ist. Wenn es jedoch richtig ist, daß nach einem Erfolg der Verschwörung in Bulgarien die "Sowjetrepublik" ausgerufen werden sollte, so wäre damit ein außenpolitischer Vorgang von größter Tragweite zu verzeichnen gewesen. Moskau hätte dann seinen Einzug in Sofia gehalten, und Rumänien wäre in eine bolschewistische Zange geraten, aus der es sich bei seiner Agrarverfassung, die die Bauern vielfach zu einem Sklavendasein verurteilt, nur schwer hätte befreien können, so daß Rußland freie Hand gegen Polen gewonnen hätte, da Jugoslawien in seiner Aktionsfreiheit durch einen bulgarischen Umsturz auch stark behindert worden wäre. Nach polnischer Ansicht besteht zwischen dem Attentat in Sofia und der Eisenbahnkatastrophe bei Stargard insoweit ein Zusammenhang, als Moskau, nachdem ihm der Versuch von Sofia aus Europa in Brand zu setzen mißlungen wäre, nunmehr einen solchen im polnischen Korridor unternommen hätte.

Osteuropa und England Ungeachtet der englischen Pressestimmen, die sich für eine territoriale Neuordnung des europäischen Ostens ins Zeug legen, hält Polen an dem Standpunkt der Unverletzlichkeit der polnischen Grenzen fest. Seltsamerweise hat der polnische Außenminister Skrzynski in einer Rede, in der er sein unbedingtes Vertrauen zu Frankreich aussprach, erklärt, auch England teile den Standpunkt von der Unverletzlichkeit der polnischen Grenzen. Jeder, der die englische Presse liest, weiß, daß das Gegenteil der Fall ist. Ganz offen wird von englischen Zeitungen, die für die politische Urteilsbildung Großbritanniens maßgebend sind, erklärt, Polen müsse Westpreußen und jenen Teil Oberschlesiens, der ihm durch den Beschluß des Völkerbundes zugesprochen sei, herausgeben. Aber auch der russische Anspruch auf Weißrußland und das russische Gebiet Galiziens wird von London nicht bestritten. Man kann annehmen, daß ein so kluger und scharfsinniger Beobachter wie Skrzynski sich über die Sachlage nicht täuscht und mit jener Bemerkung, daß England die Unverletzlichkeit der polnischen Grenzen anerkenne, nur eine Beruhigung seiner Heimat erstrebte.

Die Wahrheit ist, daß, seitdem Trotzki entfernt wurde, und der rücksichtslose Frunse, und mehr noch der von der Frankfurter Zeitung als »äußerst polen-hasserisch« charakterisierte frühere polnische Sozialist Unschlicht an die Spitze von Heer und Flotte traten, Rußland mit der diplomatischen Vorbereitung eines Krieges zur Wiedereroberung der von Polen und Rumänien annektierten russischen Gebiete begann. Die Bedrohung der Grenzen der britischen Besitzungen in Asien von seiten Rußlands hörte auf. Mit dem Abschluß des russisch-japanischen Vertrags und dem Beginn einer Verständigung mit China über die Mongolei sucht Tschitscherin sich im Fernen Osten die Hände freizumachen, um sie in Osteuropa zu gebrauchen. Zu großer Intensität gestaltete sich zunächst die russische Betätigung in Bulgarien. Aber auch in den von Polen und Rumänien annektierten russischen Gebieten wurde versucht eine bolschewistisch orientierte Irredenta zu erwecken. Kein Wunder, daß Warschau begann sich vor einem »unlogischen imprévu« von seiten Rußlands zu fürchten. Diese Furcht steigerte sich zur Panik, als englische Blätter die Besetzung des polnischen Korridors und Polnisch Oberschlesiens durch deutsche Truppen im Fall eines russischen Angriffs auf Polen fast als etwas Selbstverständliches hinstellten. Es gewinnt demnach den Anschein, als ob die britische Geheimdiplomatie in Berlin und Moskau mit der Herstellung einer großen Einkreisungsmauer gegen Polen, den Verbündeten Frankreichs, beschäftigt ist. Den richtigen politischen Hintergrund für die verwickelten Vorgänge im Osten erblickt man erst, wenn man sich über Englands Haltung zu den europäischen Ostfragen klar geworden ist. Sehr instruktiv ist in dieser Hinsicht die Auffassung des Observers, der in einem vielbeachteten Artikel als Ziel der neuen britischen Außenpolitik eine Revision der Bestimmungen des Versailler Vertrags über die östlichen Grenzen bezeichnet. Er verlangt von Polen die Rückgabe des polnischen Korridors und des abgetrennten Gebiets Oberschlesiens an Deutschland und sieht hierin die »einzige und dauernde Sicherheit Englands selbst«. Wie aber kann der polnische Besitz dieser Gebiete (die Polen übrigens mit britischer und amerikanischer Hilfe zugesprochen erhalten hat) England gefährden? Verständlich werden diese Äußerungen erst vom Standpunkt der Balance of power-Doktrin. Die östliche Grenzziehung des Versailler

Vertrags gibt einem mit Polen verbündeten und mit den übrigen östlichen Randstaaten befreundeten Frankreich ein Übergewicht in Europa. Die Balance of power-Doktrin duldet aber ein solches Übergewicht nicht und verlangt dessen Beseitigung: wenn möglich, durch diplomatische Mittel, andernfalls durch Krieg. Der Observer fordert von der englischen Politik allerdings nicht, daß sie eine neue Grenzregulierung im Osten zur Sicherung Englands gegen ein französisches Übergewicht in Europa durch Krieg herbeiführen solle, aber er bezeichnet die bisherige Grenzregulierung, die England mißfällt, nach altbewährter Methode als »unaufhörliche Kriegsdrohung«. Wer Europas Geschichte kennt, der weiß, daß jede Grenzziehung, die England mißfiel, stets eine »unaufhörliche Kriegsdrohung« war. Der Observer meint nun, daß, wenn der Krieg im Osten kommt, Großbritannien darauf achten müsse, daß es nicht in ihn verwickelt werde. England will an einem neuen europäischen Krieg nicht aktiv beteiligt sein, wohl aber dadurch, daß es den Kontinentalstaaten Kriegsmaterial liefert und zugleich deren Kunden in Übersee an sich zieht. Auch würde die bestimmt zu erwartende Zerstörung des Rhein- und Ruhrgebiets die englische Industrie von neuem zur einzigen Werkstatt Europas machen.

Kurze Chronik In den 7 Ansprachen und 2 Aufrufen, mit denen der neue Reichspräsident von Hindenburg seine politische Tätigkeit begann, befinden sich auch einige Sätze, die außenpolitische Beachtung beanspruchen. Man kann annehmen, daß der Satz in der Ansprache im Reichstag am 12. Mai, daß Reichspräsident und Reichstag die »Verkörperung der Volkssouveränität« darstellen, gesprochen wurde, um das Vertrauen in die Stabilität der bestehenden Regierungsform in Deutschland zu stärken. Das gleiche gilt für die Erklärung des Reichspräsidenten, daß sein Ziel sei, »aus der deutschen Reichswehr das wirksame Instrument ehrlichen Friedenswillens zu machen«. ◊ In Genf tagt jetzt eine *Waffenhandelskonferenz*, an der auch Deutschland und die Türkei beteiligt sind. Frankreich verlangt freie Waffenausfuhr auf Grund von Bündnisverträgen, die dem Völkerbund angezeigt sind, dagegen Verbot der Waffenlieferung »zu unbekanntem Zielen«. Da England Bündnisse mit Kontinentalstaaten grundsätzlich nicht schließt sondern sich immer gemäß der Gleichgewichts-

doktrin sozusagen bis 5 Minuten vor Ausbruch eines Krieges freie Hand zwischen den Mächtegruppen zu wahren bestrebt ist, so findet die französische These keine Zustimmung bei den britischen Vertretern, die vielmehr für England das Recht beanspruchen Kriegsmaterial, insbesondere Kriegsschiffe und Flugzeuge, auch an nichtverbündete Staaten zu verkaufen. ◊ Die Konferenz der *Kleinen Entente*, die am 9. und 10. Mai in Bukarest stattfand, hat ihren Standpunkt zu einer Reihe ost- und mitteleuropäischer Probleme klar und bestimmt formuliert. Sie verwirft die dem Kabinett Zankow vorübergehend von der Botschafterkonferenz zugebilligte Heeresvermehrung (siehe die Rundschau Innenpolitik, in diesem Band Seite 302); sie kündigt gemeinsamen Kampf gegen die kommunistische Agitation auf dem Balkan an; sie erhebt Einspruch gegen die ungarischen Bestrebungen den territorialen und politischen Status quo zu ändern; sie widerspricht dem Verlangen Österreichs an Deutschland anzuschließen; sie bittet Frankreich alle britischen Pläne über eine Änderung der östlichen Grenzen mit Entschiedenheit zu bekämpfen.

Literatur Seit dem Ende des Krieges ist in München, im Verlag Richard Pflaum, eine Wochenschrift *Auslandspost* erschienen, die die wichtigsten Äußerungen der Zeitungen und Zeitschriften des Auslands in deutscher Sprache wiedergab; in der Hauptsache die Preßstimmen zu den aktuellen politischen Ereignissen (unterstützt durch die Reproduktion von Karikaturen, denen ja namentlich in Frankreich eine eminente symptomatisch-politische Bedeutung zukommt), daneben auch Artikel von allgemeinem Kulturwert, endlich Feuilleton. Wenngleich eine vollständige Objektivität in der Auswahl und Glossierung nicht erreicht wurde, war diese Wiedergabe namentlich für den außenpolitisch Interessierten von großem Nutzen, da bei der Tendenz des Großteils der deutschen Presse: die Außenpolitik nur als Mittel der Innenpolitik oder vielmehr des Parteienstreits zu nehmen, die deutsche Öffentlichkeit nur eine sehr geringe und meist ganz verkehrte Vorstellung von den die Weltpolitik bestimmenden Kräften und Strebungen erhält. Um so bedauerlicher ist es, daß die *Auslandspost* Ende April ihr Erscheinen unterbrechen mußte, da ihr die Mittel ausgingen. Es wäre zu wünschen, daß sie beschafft würden, und die Wochenschrift bald wieder herauskäme.

Innenpolitik / Hans Simons

Deutschland: Diejenige innenpolitische
Wahlen 1924 Entwicklung in Deutsch-

land, die mit den Maiwahlen des Jahres 1924 äußerlich ihren Anfang nahm, hat mit der Wahl des Reichspräsidenten am 26. April 1925 ihren ersten Abschnitt erreicht. Sie war bis zum Ende des vorigen Jahres noch durch die außenpolitischen Verhältnisse stark verdeckt. Denn diese verhinderten es, daß die Rechte die Regierungsverantwortung übernahm, wie es die parlamentarische Logik erfordert hätte. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die ganze innenpolitische Entwicklung in Deutschland ein sehr spätes Echo auf die wirtschaftlichen Zustände bedeutet. Die Maiwahlen waren die Folge der katastrophalen Lage ein halbes Jahr vorher. Das liegt daran, daß die Rückwirkung der wirtschaftlichen Gesundung durch allerlei Gefühlsmomente gehemmt wird. Diese waren auch noch in der Dezemberwahl wirksam. Trotzdem ist die Annahme der Dawesgesetze mit Hilfe der deutschnationalen Stimmen erfolgt. Erst durch dieses moralische Opfer hat sich die Rechte regierungsreif gemacht; es schwächte aber gleichzeitig ihren Erfolg bei den Dezemberwahlen. Die Deutsche Volkspartei und der rechte Flügel des Zentrums hatten den Deutschnationalen für diese Abstimmung feste Zusagen auf baldige Beteiligung an der Regierung gemacht. Da das Zentrum aber auf die Teilnahme der Demokraten aus außenpolitischen Gründen nicht verzichten wollte, die Demokraten jedoch wieder nicht mit den Deutschnationalen ins Kabinett gehen wollten, löste der Reichspräsident Ebert auf Vorschlag des Reichskanzlers Marx am 20. Oktober 1924 den Reichstag auf. Das Ergebnis der Neuwahlen, die am 6. Dezember 1924 stattfanden, war folgendes: Die Sozialdemokratische Partei erhielt 131 (am 4. Mai 100) Mandate, die Deutschnationale Volkspartei 103 (96), das Zentrum 69 (65), die Deutsche Volkspartei 51 (44), die Kommunistische Partei 45 (62), die Deutsche Demokratische Partei 32 (28), die Bayrische Volkspartei 19 (16), die Wirtschaftliche Vereinigung (Wirtschaftspartei, Bayrischer Bauern- und Mittelstandsbund) 17 (10), die Nationalsozialistische Freiheitspartei 14 (32), der Landbund 8 (10), die Deutschhannoversche Partei 4 (5), die Deutschsoziale Partei 0 (4).

Dieses Ergebnis bedeutet zwar eine weitere Schwächung der Flügelparteien,

aber keine klare Antwort der Wähler auf die politischen Fragen, um die es sich handelte. Das Ziel der Wahl war für die Deutschnationalen die Stärkung der eigenen Stellung auf Kosten der Demokraten, damit das Zentrum nicht mehr genötigt wäre auf diese Partei wesentliche Rücksicht zu nehmen. Das gleiche galt für die Deutsche Volkspartei. Beide haben daher auch den Kampf wesentlich gegen die Demokratie geführt. Zentrum und Demokraten legten umgekehrt ihren Wählern die Frage vor, wieweit Großgrundbesitz, Großkapital, Unternehmer, Bauern und Beamte an der demokratischen Führung der Staatsgeschäfte in der Republik teilnehmen dürfen. Der Reichskanzler Marx hatte diese Frage mit Recht durch seine Parole "Volksgemeinschaft" grundsätzlich bejaht und durch seine Forderung mindestens die Demokraten in der Regierung zu behalten abgegrenzt. Das Resultat der Wahl war praktisch die Wiederkehr der bürgerlichen Parteien in genau dem gleichen Stärkeverhältnis. Die Deutsche Volkspartei wurde nicht genötigt sich bereit zu erklären die Weimarer Koalition durch ihren Hinzutritt zur Großen Koalition zu erweitern. Wäre die Wahl unter einem andern Wahlsystem erfolgt, so hätte sie zweifellos die verhängnisvoll unklaren Mehrheitsverhältnisse beseitigt. So erzielte nur die Sozialdemokratie, die zwar äußerlich in einer Front mit Zentrum und Demokraten gegen die Rechte, tatsächlich aber im wesentlichen abseits von den bürgerlichen Parteien gegen die Kommunisten kämpfte, einen Zuwachs von 31 Mandaten. Ganz für sich verloren die Nationalsozialisten durch innere Streitigkeiten die Mehrzahl ihrer Sitze und damit den Charakter als Fraktion. Durch die starke Mitwirkung des Reichsbanners einerseits und der Vaterländischen Verbände andererseits zeigte sich im Wahlkampf der Anfang einer schwarz-rot-goldenen Kampfgemeinschaft gegen die schwarz-weiß-rote Einigkeit der Rechten. Jedenfalls waren erst diese Dezemberwahlen die Stabilisierungswahlen. Trotzdem stützt sich die Politik der Deutschen Volkspartei zum guten Teil noch auf die inzwischen faktisch bereits überwundene, durch die Inflation hervorgerufene Schwäche der gewerkschaftlichen und politischen Position der Arbeiterschaft.

Besonders zu betonen ist, daß die bisherigen Regierungsparteien (diesmal Volkspartei, Zentrum und Demokraten und als unterstützende Partei die Sozialde-

mokraten) die Last der Verantwortung nicht mit dem Verlust vieler Wählerstimmen haben aufwiegen müssen. Dies ist das stärkste Zeichen ruhiger Betrachtung bei der Wählerschaft, das aus dem Wahlergebnis ersichtlich ist.

Deutschland: Am 15. Dezember 1924 demissionierte das Kabinett
Regierungswechsel

Marx infolge des Beschlusses der Volkspartei nur an einer Regierung teilzunehmen, die auch die Deutschnationalen mit umfasse. Der Reichskanzler ließ sich, nachdem er mit der Kabinettsbildung wieder betraut worden war, durch ein allzu umständliches Durchprobieren aller möglichen und unmöglichen Kombinationen dazu verleiten im Amt zu bleiben, bis die Nicht-räumung der Kölner Zone durch die englischen Truppen ihm noch als politischer Mißerfolg zur Last geschrieben werden konnte. Erst am 20. Januar 1925 übernahm das Kabinett Luther die Geschäfte, und zwar in folgender Besetzung: Reichskanzler wurde Luther (Nichtparlamentarier), Außenminister Stresemann (Deutsche Volkspartei), Innenminister Schiele (Deutschnationale Volkspartei), Finanzminister von Schlieben (Deutschnationale Volkspartei, Nichtparlamentarier), Wirtschaftsminister Neuhaus (Deutschnationale Volkspartei, Nichtparlamentarier), Arbeitsminister Brauns (Zentrum), Justizminister und Minister für die besetzten Gebiete Frenken (Zentrum, Nichtparlamentarier), Wehrminister Geßler (Deutsche Demokratische Partei, Nichtparlamentarier), Postminister Stingl (Bayrische Volkspartei, Nichtparlamentarier), Verkehrsminister Krohne (Nichtparlamentarier), Landwirtschaftsminister von Kanitz (früher Deutschnationale Volkspartei, Nichtparlamentarier). Das Kabinett kam nur dadurch zustande, daß durch die Aufnahme von Parteiministern als sogenannten Verbindungsmännern statt als Parteibeauftragten und durch die wohlwollende Neutralität des Zentrums mühsam eine parlamentarische Mehrheit gesichert wurde. Tatsächlich handelt es sich um ein parlamentarisches Minderheitskabinett unter einem außerparlamentarischen Reichskanzler.

Die innenpolitische Arbeit dieses Kabinetts steht noch durchaus in den Anfängen. Weder in der Steuer- und Finanzpolitik noch auf irgendeinem andern Gebiet der Innenpolitik liegen abgeschlossene Arbeiten vor. Jedoch wird eine Fülle gesetzlicher Neuregelungen vorbereitet. Von seinem Vorgänger übernahm das Kabinett Luther die außeror-

dentlichen Schwierigkeiten namentlich der psychischen Situation, die durch das Magdeburger Urteil im Prozeß des Reichspräsidenten Ebert gegen den Redakteur Rothardt und durch die Hetze der bisherigen Opposition im Zusammenhang mit den Fällen Kutsker und Bar-mat geschaffen worden waren. Die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung änderte hieran nichts. Auch im ganzen genommen hat die Erweiterung der Regierungskoalition innenpolitisch keinen wesentlichen Umschwung bewirkt. Die ersten heftigen Angriffe der neuen Opposition richteten sich gegen die Auszahlung der Entschädigungen für Besatzungsschäden an die Ruhrindustrie, eine Maßnahme, die noch vom Kabinett Marx, wesentlich allerdings von den Ministern Stresemann und Luther durchgeführt worden war.

Der Übergang der Deutschnationalen aus der Opposition zu einer Regierungspartei geht nicht ohne Schwierigkeiten von statten. Jedoch kommt dieser vorläufig nur auf außenpolitischem Gebiet zur Geltung. Nur die Präsidentenwahl hat auch im innenpolitischen Zusammenhang das Verhältnis der Deutschnationalen zur Republik neu gestaltet.

Deutschland: Der Tod des Reichspräsidenten Ebert am 28. Februar machte die vorzeitige
Reichspräsidentenwahl

Neuwahl nötig. Durch die Verordnung zur Wahl des Reichspräsidenten vom 9. März 1925 wurde der 1. Wahlgang auf den 29. März, der etwa erforderliche 2. Wahlgang auf den 26. April festgelegt. Mit Rücksicht auf diese Termine beschloß der Reichstag auf Grund eines Initiativantrags in dem Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten vom 10. März 1925 den Reichsgerichtspräsidenten bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten zum Stellvertreter zu bestimmen.

Der 1. Wahlgang, in dem 7 Bewerber mit einander konkurrierten, hatte folgendes Ergebnis (die Stimmen der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 werden in Klammern beigelegt): Jarres (Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landbund und Bayrischer Bauernbund) erhielt 10 387 593 Stimmen (10 725 084), Braun (Sozialdemokratische Partei) 7 785 678 (7 880 963), Marx (Zentrum) 3 883 676 (4 091 636), Thälmann (Kommunistische Partei) 1 869 553 (2 708 345), Hellpach (Demokratische Partei) 1 565 136 (1 917 764), Held (Bayrische Volkspartei und Deutschhannoversche Partei) 1 002 278 (1 392 096), Ludendorff (Na-

tionalsozialistische Freiheitspartei) 248 471 (906 946). Überraschungen hat dieses Wahlergebnis nicht gebracht; auch der starke Rückgang der kommunistischen Stimmen war nicht unerwartet (siehe den Artikel Kampffmeyers Der Niedergang der Kommunistischen Partei Deutschlands, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 209 und folgende).

Für die 2. Wahl mußte es zu einer Zusammenfassung der Stimmen kommen. Dabei ergaben sich ohne weiteres 3 Gruppen: 1. Reichsblock, bestehend aus der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei, der Deutschhannoverschen Partei, der Wirtschaftspartei, der Nationalsozialistischen Freiheitspartei und kleineren Gruppen, 2. Volksblock, bestehend aus der Sozialdemokratischen Partei, dem Zentrum, der Deutschen Demokratischen Partei und kleineren Gruppen, 3. Kommunistische Partei. Die richtige Einsicht, daß ein sozialdemokratischer Kandidat nicht sehr viele bürgerliche Stimmen auf sich würde ziehen können, veranlaßte die Sozialdemokraten, obwohl sie fast drei Fünftel der Stimmen des Volksblocks aufgebracht hatten, auf ihren Kandidaten zu verzichten. Dieser Entschluß wurde ihnen erleichtert, da es ihnen gelang in Preußen wieder das Ministerpräsidium mit Otto Braun zu besetzen. Das Zentrum nominierte abermals Marx; die beiden anderen Parteien des Volksblocks schlossen sich ohne weiteres an. Sehr viel schwieriger verliefen die Verhandlungen im Reichsblock. Schließlich wurde Jarres, der Kandidat des 1. Wahlgangs, zum Verzicht auf die ihm zugesagte Kandidatur im 2. Wahlgang genötigt und durch die Nominierung des ehemaligen Generalfeldmarschalls von Hindenburg die zugkräftigste Kandidatur für das Bürgertum auch außerhalb des Reichsblocks aufgestellt. Tatsächlich hatte der Reichsblock damit Erfolg. Es erhielten am 26. April Hindenburg 14 655 766, Marx 13 751 615, Thälmann 1 931 151 Stimmen; zersplittert waren 13 416 Stimmen. Hindenburg, auf den die meisten Stimmen entfallen waren, ist so der 2. Präsident der deutschen Republik geworden.

Die Wahl Hindenburgs ist, anders als die Parlamentswahlen, ganz aus dem Gefühl und vielfach ohne Rücksicht auf parteipolitische Bindungen erfolgt. Sie ist besonders ganz ohne Zweifel durch die weiblichen Stimmen möglich geworden. Infolgedessen läßt sie auch keine Rückschlüsse auf tiefer liegende ökonomische oder auf oberflächliche parteitechnische

Gründe zu, sondern sie ist ausschließlich psychologisch zu erklären. 3 Gründe spezieller Art zeigt allerdings die Wahlstatistik. Die Sonderkandidatur der Kommunisten hat genug Stimmen an sich gezogen, um den Volksblock mit fast einer Million Stimmen hinter dem Reichsblock zurückbleiben zu lassen. Es ist eine müßige Frage, ob ohne diese Sonderkandidatur so viele Arbeiterstimmen dem Kandidaten des Volksblocks verloren gegangen wären, daß seine Wahl auch dann fraglich geblieben wäre. Fest steht, daß in Sachsen ein großer Teil der Genossen der Parteiparole nicht gefolgt ist. Das hängt mit der Krise in der sächsischen Partei zusammen, deren Fortbestehen gerade durch diese Wahl deutlich bewiesen ist. Sonst ist die Partei offenbar mit erstaunlicher Vollständigkeit in die Front des Volksblocks eingetreten. Dafür haben die Demokraten in Baden und Württemberg aus konfessionellen Gründen sehr viele Stimmen verloren. Es ist überhaupt betrüblich feststellen zu müssen, wie stark die religiösen Gegensätze in Deutschland, die an sich viel an Schärfe verloren hatten, im Zusammenhang mit der politischen Verhetzung wieder haben gesteigert werden können. Den eigentlichen Ausschlag für die Wahl haben aber nicht diese Stimmverluste des Volksblocks gegeben; denn immerhin hat Marx eine halbe Million Stimmen gegenüber den Einzelkandidaten des 1. Wahlgangs gewonnen. Sondern der Wahlsieg Hindenburgs stammt von den Hilfstruppen aus dem Heer der Nichtwähler. Insofern ist die relative Mehrheit für diese Kandidatur durchaus anonym und kann von keiner der im Reichsblock vereinigten Parteien, aber auch nicht vom Gewählten selbst für eine einseitige politische Richtung in Anspruch genommen werden. Die außerordentlich vorsichtigen Erklärungen, die Hindenburg vor seiner Wahl zur Verfassungsfrage, zur Frage des politischen und sozialen Friedens abgegeben hat, haben ihm sicher Stimmen gewonnen, die für keine der Reichsblockparteien zu haben gewesen wären. Damit kommt man an die eigentlichen Gründe dieses seltsamen Wahlsiegs. In einer Zeit, da naturgemäß die Wirkung der Einzelpersonlichkeit gegenüber den Kollektivleistungen zurücktritt, ist in weiten Schichten des Bürgertums die Heldensehnsucht besonders groß. Erhebliche Teile des deutschen Volkes sind mit einer oppositionellen Wollust unselbständig; sie schaffen sich die unentbehrliche Entlastung von der Mitverantwortung

am deutschen Schicksal durch die künstliche Konstruktion eines Zustands, der ihnen eigene Taten und Entschlüsse spart. Dazu gehört das Unvermögen die Tatsache der militärischen Niederlage anzuerkennen und mit diesem politischen Schicksal positiv fertig zu werden. Der Nimbus des siegreichen Feldherrn, den ganz Deutschland, mit wenigen Ausnahmen, sich um Hindenburg hat sammeln lassen, muß dazu herhalten den Aberglauben vom deutschen Frontsieg zu stützen. Die wesentliche Triebkraft zur Hindenburgwahl war das Bedürfnis, in der Person des Feldherrn den Ausgang des Krieges umzudeuten. Insofern gleicht die Haltung der Bevölkerungskreise, die sich für Hindenburg entschieden haben, der typischen Bemühung des Neurotikers sich durch eine Lebenslüge über seine Unfähigkeit hinwegzuhelfen mit der Wirklichkeit fertig zu werden.

Die außenpolitischen Wirkungen des Wahlergebnisses gehören nicht in diesen Zusammenhang. Innenpolitisch ist die größte Gefahr, daß die Hintermänner des Reichsblocks aus der Präsidentschaft Hindenburgs die Möglichkeit gewinnen in ihren seit Monaten außerordentlich aktiven Bemühungen fortzufahren und das Ziel zu erreichen: Herausdrängung der Arbeiterklasse aus der durch die Revolution neu gewonnenen Stellung im Staat. Das hieße zu allem Unglück der Niederlage, auch auf den einzigen Fortschritt verzichten, den der Krieg dem deutschen Nationalstaat gebracht hat.

Preußen

Zugleich mit den Reichstagswahlen fanden in Preußen am 6. Dezember 1924 die Wahlen zum Landtag statt, nachdem dessen Legislaturperiode nahezu abgelaufen, aber wegen der veränderten Verhältnisse im Reich eine vorzeitige Auflösung im Oktober erfolgt war. Die Verbindung von Reichstags- und Landtagswahlen ist selbst unter der Voraussetzung, daß die Wähler beim Listensystem im wesentlichen den Parteiparolen entsprechend auf Grund einer allgemeinen Entscheidung und nicht nach besonderen Erwägungen ihre Stimmen abgeben, für Preußen sehr ungünstig gewesen. Erst recht bei einer Reform des Wahlrechts, die dem persönlichen Verhältnis zwischen Wähler und Gewähltem wieder Raum gäbe, wäre namentlich in den Städten eine weniger mechanische Wahl möglich gewesen und den besonderen preußischen Problemen besser gerecht geworden. Die Zusammenlegung von Wahlen zu verschiedenen Körper-

schaften sollte man aber unter allen Umständen vermeiden.

Das Ergebnis der Wahl ist dieses: Die Sozialdemokratische Partei erhielt 114 Mandate (bisher 136), die Deutschnationale Volkspartei 109 (77), das Zentrum 81 (79), die Deutsche Volkspartei 45 (57), die Kommunistische Partei 44 (27), die Demokratische Partei 27 (26), die Nationalsozialistische Freiheitspartei 11 (2), die Wirtschaftspartei 11 (4), die Deutschhannoversche Partei 6 (8), auf die nationalen Minderheiten (Polen) entfielen 2 (2) Sitze. Vergleicht man das Verhältnis dieser Zahlen, deren eingeklammerte dem Wahlergebnis vom Februar 1921 entstammen, mit der Verschiebung der Parteistärken, die durch die gleichzeitige Reichstagswahl erfolgt ist, so muß man bedenken, daß damals die Kommunisten noch im Anfang ihrer Erfolge standen, inzwischen aber auch in Preußen Ende 1923, Anfang 1924 noch größere Wählermassen hätten aufbringen können; ähnliches gilt von den Deutschnationalen. Trotzdem bedeutet diese Wahl unter jedem Gesichtspunkt eine erhebliche Verschlechterung der parlamentarischen Lage in Preußen. Ihre Folge ist denn auch eine Dauerkrise gewesen, die noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Nach der Wahl stellte die Deutsche Volkspartei die Ansicht auf, daß nach Artikel 45 der Preußischen Verfassung der Ministerpräsident mit seinem Kabinett zurücktreten und dem Landtag so Gelegenheit zur Neuwahl geben müsse. Mit Berufung auf diese Auffassung, die von den übrigen Koalitionsparteien nicht geteilt wurde, trat die Deutsche Volkspartei aus der Koalition aus und rief ihre Minister aus der Regierung ab. Die Landtags- und die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei konnten nun parallel agieren. Es erübrigt sich alle Wechselfälle der preußischen Regierungskrise zu schildern, zumal sie inzwischen da angekommen ist, von wo sie ihren Ausgang genommen hat: bei einem Minderheitskabinett von Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten unter Führung des Genossen Otto Braun. Nachdem Braun mit seinem 1. Kabinett auf Grund eines ganz knappen, nur durch Absplitterung dreier Zentrumsstimmen angenommenen Mißtrauensantrag zurückgetreten war, wurde der ehemalige Reichskanzler Marx vom Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt. Nachdem auch er schließlich an der Aufgabe für ein Kabinett der Weimarer Koalition eine sichere Mehrheit zu gewinnen gescheitert war, übernahm Braun nach seiner Wiederwahl das von

Marx bereits gebildete Kabinett mit Se-
vering als Innenminister. Ein von den
Deutschnationalen beantragtes Miß-
trauensvotum wurde im Landtag am
8. Mai mit 222 gegen 216 Stimmen ab-
gelehnt, so daß der Landtag zunächst
nicht aufgelöst zu werden brauchte. Ob
seine Auflösung auf die Dauer vermieden
werden kann, hängt davon ab, ob die
parlamentarische Basis für die Regierung
erweitert werden kann. Daß eine Kon-
zentration aller Kräfte für eine wirkliche
Produktionspolitik das Gebot der Gegen-
wart oder mindestens der nahen Zukunft
ist, wird wohl von den meisten dunkel
erkannt. Doch sind die Bindungen der
Agitationsvergangenheit so stark, daß
der Anfang außerordentlich schwer fällt.

**Frankreich:
Regierungs-
wechsel**

Der Kampf des Bloc national gegen das Kabinett des
Cartel de gauche hat im

Lauf der letzten Monate an Heftigkeit
zugenommen und schließlich zum Sturz
des Kabinetts Herriot geführt. Zwar ist
noch am 13. Januar Painlevé mit der
sichern Mehrheit von 313 Stimmen bei
einem Quorum von 293 zum Kammerprä-
sidenten wiedergewählt worden. Die
Rückkehr Caillaux' in die Politik, die
durch seine große Rede am 19. Februar
angekündigt wurde, ist auch von Rechts-
blättern einigermaßen ruhig hingenommen
worden. Noch am 1. März wurde, ob-
wohl inzwischen heftige parlamentarische
Kämpfe stattgefunden hatten, das Nor-
malbudget, das endlich die Deckung der
Ausgaben durch Einnahmen wiederher-
stellte, ohne besondere Komplikationen
angenommen. Jedoch verstärkte sich in
der Presse unausgesetzt der Widerstand
gegen die Steuerpolitik der Regierung, für
den noch die Erregung der katholischen
Kreise über die Aufhebung der Gesand-
tschaft am Vatikan geschickt gespannt
wurde. Außenpolitische Fragen haben
bei der Krise nur eine ganz geringe Rolle
gespielt. Den Angriff Briands in der
Kammersitzung am 22. Januar zusam-
men mit dem heftigen Vorstoß des el-
sässischen Klerikalen Oberkirch hatte
Herriot zwar erfolgreich abgewehrt; da-
bei hatte sich aber die schwierige Lage
des Kabinetts gegenüber der Opposition
auch auf dem rechten Flügel seiner eigen-
en Koalition deutlich gezeigt. Die Rede
Herriots über die Militärkontrolle am
26. Januar, die allerdings auch die Ver-
handlungen über die interalliierten Schul-
den unterstützen sollte, war doch vor
allem ein für die Rechte bestimmter
innenpolitischer Ablenkungsversuch, der
den Sozialisten bereits zu weit ging. Er

enthüllte durch die Anpassung an die Ge-
dankengänge und Argumente der Natio-
nalisten, wie sehr Herriots Stellung ge-
schwächt war. Der Fastenbrief der fran-
zösischen Kardinäle und Bischöfe vom
11. März 1925 mit ungemein scharfen
Angriffen gegen die Regierung, der el-
sässische Schulstreik gegen die Ausdeh-
nung der Trennung von Kirche und Staat
auf die wiedergewonnenen Gebiete, viel-
leicht auch gewisse Hoffnungen, die der
Rechten aus den langwierigen Debatten
auf dem Sozialistenkongreß in Grenoble
zu erwachsen schienen (der Kongreß
schloß mit einer recht gewundenen Er-
klärung für die Fortsetzung der Unter-
stützungspolitik); das alles machte die
Entscheidung unausweichlich. Sie ent-
wickelte sich aus der Frage des Noten-
kontingents. Hier war Herriot in einer
besonders unangenehmen Lage, weil es
sich herausstellte, daß er entgegen seinen
ausdrücklichen Erklärungen das Verfah-
ren seiner Vorgänger ungedeckte Kredite
bei der Bank von Frankreich aufzuneh-
men fortgesetzt hatte. Die von der Rech-
ten ursprünglich in anderem Zusammen-
hang behauptete Vertrauenskrise ist tat-
sächlich an diesem Punkt entstanden,
und zwar auch in den Reihen des Links-
kartells. Die Kammer bereitete zwar
Herriot noch einen persönlichen Erfolg.
Aber der Senat, in dem Millerand in-
zwischen als Vertreter von Paris und
Vororten einen Sitz erhalten hat, führte
den Kampf zu Ende. Der Versuch durch
Preisgabe des Finanzministers Clementel
und Aufnahme des Senators de Monzie
in das Kabinett die Regierung zu ret-
ten mißlang. Zur schlechtesten Zeit brach
außerdem wegen der Berufung des Völ-
kerrechtslehrers Georges Scelle an der
Sorbonne ein Universitätsstreik aus, der
den Unterrichtsminister Albert unmöglich
machte. Der Senat setzte sich ungewöh-
nlicherweise in ausdrücklichen Gegen-
satz zur Kammer und ließ das Kabinett
Herriot fallen.

Wie so oft, war die Opposition im An-
griff stärker als in der Stellung. Das
neue Kabinett ist daher abermals ein
Kabinett des Linkskartells. Minister-
präsident wurde Painlevé, der zugleich
das Kriegsministerium übernahm, Außen-
minister Briand, Innenminister Schra-
meck, Finanzminister Caillaux, Unter-
richtsminister de Monzie, Handels- und
Postminister Choumet, Landwirtschafts-
minister Durand, Kolonialminister Hasse,
Minister der öffentlichen Arbeiten Laval,
Justizminister Steeg, Arbeitsminister Du-
rafour, Marineminister Borel, Wohlfahrts-
minister Antérieur. Diesem an Persön-

lichkeiten starken Kabinetts hat auch die Opposition auf Grund eines gemäßigten Programms, in dem die Wiederherstellung der Vertretung am Vatikan und der Verzicht auf eine Vermögensabgabe den Rückzug kennzeichnet, und auf Grund der Anlehnung nach rechts, die über de Monzie und Briand bis Steeg gegeben ist, zunächst Kredit gewährt. Herriot wurde am 22. April unter völliger Stimmenthaltung der Rechten zum Kammerpräsidenten gewählt.

Südslawische Staaten Die Neuwahlen zur Skupstina Jugoslawiens am 8. Februar brachten der Re-

gierung Paschtsch nur eine knappe Mehrheit, obwohl das Wahlg Glück durch einen ausgedehnten und behördlich unterstützten Wahlterror bedenkenlos korrigiert worden war. Den 162 Mandaten der Radikalen und selbständigen Demokraten auf der Regierungsseite stünden 152 Mandate der Kroaten, Demokraten, Slowenen, bosnischen Mohammedaner und Deutschen in der Opposition gegenüber, wobei der Stimmausfall, den die Oppositionsparteien durch unglaubliche Wahlpraktiken erlitten haben, gar nicht abzuschätzen ist. Der Wahlprüfungsausschuß drohte jedoch alle kroatischen und auch andere Oppositionsmandate für ungültig zu erklären, da der Feldzug gegen die Opposition, der in der Verhaftung Raditsch' gipfelte, nicht genügend gewirkt hatte. Angesichts dieser Gefahr haben die Oppositionsparteien sich zu Loyalitätserklärungen für den Jugoslawischen Staat und besonders für die Krone bewegen lassen (die an dieser Entwicklung zur Versöhnung nicht unbeteiligt zu sein scheint). Ob mit diesem unbestreitbaren Erfolg der Regierung Paschtsch eine wirkliche Wendung zur Überwindung der den ganzen Staat erschütternden nationalen Gegensätze eintritt, muß man bezweifeln, zumal der Kampf der Regierung gegen die anderen nationalen Gruppen vor allem ein Kampf gegen links ist und anscheinend stärker von rein innenpolitischen und klassenegoistischen als von nationalen Leidenschaften genährt wird.

Mit ähnlicher Leidenschaft wird der Kampf bürgerlich gerichteter Regierungen (wenn diese Sammelbezeichnung auf sehr verschiedene Erscheinungen angewandt werden darf) auch in anderen Ländern geführt. Das System rücksichtsloser Unterdrückung, das in Bulgarien der eine Volksteil gegen den andern anwendet, hat zu furchtbaren Auswüchsen geführt und in dem Attentat in der

Kathedrale von Sofia am 15. April 1925 seinen Höhepunkt erreicht (siehe auch die Rundschau Außenpolitik, in diesem Band Seite 295). Gegen die zweifellos vorhandenen kommunistischen Terrorpläne, die sich der Unterstützung der russischen Bolschewisten erfreuen, gehen der Ministerpräsident Zankow und vor allem der Kriegsminister unter Aufsicht auch der nationalen Leidenschaften mit den Mitteln des militärischen Ausnahmezustandes vor, der die bekannten Formen hat: Erschießungen auf der Flucht oder bei der Festnahme, Verhaftungen im größten Ausmaß, strengste Zensur. Die Botschafterkonferenz hat diesen Methoden durch Genehmigung einer Heeresverstärkung von 10 000 Mann für Bulgarien ihre Unterstützung gegeben.

Totenliste Am 16. November 1924 starb das frühere konservative Mitglied des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses *Ernst von Heydebrand und der Lase*, im Alter von 73 Jahren. Er hatte 1895 seinen Abschied als Landrat genommen und sich seitdem ganz der Politik gewidmet. Seine Hauptbedeutung hatte er als Führer der konservativen Partei und Vorsitzender der Fraktion in Preußen, wo er sich durch den großen Einfluß, den er auf die gesamte preußische Politik ausübte, den Beinamen des "ungekrönten Königs von Preußen" erwarb. Er bekämpfte leidenschaftlich das gleiche Wahlrecht und betrieb auch sonst, nicht zuletzt durch seine glänzende, besonders improvisatorische Redegabe wirksam, immer eine altkonservative Innenpolitik. Im Reichstag ist er weniger hervorgetreten. Geschichtlich denkwürdig ist seine große, dort ein Jahr vor dem Kriegsausbruch gehaltene Rede gegen den Reichskanzler von Bethman Hollweg und die englische Politik. Seit der Revolution hatte er sich völlig zurückgezogen; er trat nur noch gelegentlich schriftlich für die Konservative Partei ein, deren Traditionen er vergeblich gegenüber deutschnationalem Demagogentum zu wahren suchte.

Am 31. Dezember starb in Dresden der ehemalige Generalmajor *Georg Maercker*. Er kann als ein typischer Vertreter jener Offiziere der alten Armee gelten, denen sich die Republik dank den Versäumnissen der Volksbeauftragten und der sozialistischen Arbeiterschaft selbst anvertrauen mußte, ohne ihnen vertrauen zu können. Er hat als Führer eines besonderen Detachements in den revolutionären Kämpfen der Jahre 1919 und 1920

in Mitteldeutschland eine wichtige militärische und auch politische Rolle gespielt, zumal ihm auch der Schutz der Nationalversammlung übertragen war. Seine zweideutige Haltung beim Lüttwitzputsch führte zu seiner Verabschiedung. Seitdem agitierte er ungescheut gegen die Republik.

Am 24. Februar 1925 starb der schwedische Minister und ehemalige Ministerpräsident Genosse *Hjalmar Branting* nach langer Krankheit, derentwegen er das Ministerpräsidium bereits Ende Januar hatte niederlegen müssen (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung, in diesem Band Seite 231 und folgende). Branting war am 23. November 1860 geboren und seit 1884 unermüdlich für die sozialistische Bewegung tätig, wozu er seinen Beruf als Astronom aufgab und Redakteur wurde. Von 1887 bis 1892 leitete er das Zentralorgan der Partei in Stockholm. Er ist der eigentliche Gründer und Führer der Sozialdemokratischen Partei Schwedens. Seit 1892 war er Abgeordneter. Nachdem unter dem Eindruck der europäischen Revolutionen auch die konservativen Kreise Schwedens zurückhaltender geworden waren, wurde Branting, der schon von 1917 bis 1918 Finanzminister in einem liberal-sozialistischen Ministerium gewesen war, 1920 Ministerpräsident eines rein sozialistischen Kabinetts. 1922 wurde er zum 2., 1924 zum 3. Mal mit diesem Amt betraut. Er ist als erster sozialistischer Ministerpräsident in einer Monarchie vorbildlich für die sozialistische Politik in anderen Ländern geworden. Für die schwedische Partei, für die schwedische Politik, aber auch für die Internationale und die Zukunft des Völkerbunds ist Brantings Tod ein unersetzlich schwerer Verlust.

Am 28. Februar starb der 1. Präsident der deutschen Republik *Friedrich Ebert* (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung und Gewerkschaftsbewegung, in diesem Band Seite 233 und 236 und folgende). Die Daten seines Lebens sind bekannt. Seine politische Haltung verdient in dieser Rundschau zur Ergänzung dessen, was sonst hier über ihn gesagt wurde, einige kritische Betrachtungen. Ebert, der als Volksbeauftragter zunächst die Ressorts Inneres und Militär übernahm, besaß nicht jenes Maß innerer Freiheit, das der Republik einen Glauben, der Niederlage einen symbolischen Wert zu geben vermocht hätte. Er half dem Volk sich mit Entschuldigungen über die Niederlage hinwegzutäuschen. Gegen die Anmaßung des bildungsicheren Beamtentums war er ziem-

lich wehrlos. So kam es, daß er bewunderte oder wenigstens aufblickte, wo er hätte benutzen oder wenigstens übersehen sollen. Nur daraus ist die Berufung Cunos zu erklären. Freilich bot ihm der Rückhalt an der eigenen Partei keinen Schutz gegen solche Gefährdungen; denn sie gerade hat die Fehler ihres Führers mit-, vielmehr vorgemacht. So mußte sich Ebert den widerwärtigen Angriffen preisgeben, vor denen sein Nachfolger geschützt sein wird. Seine Verteidigung aber litt unter der Tatsache, daß er den Standpunkt, von dem die Reaktionen glaubten ihn beschimpfen zu dürfen, ohne weiteres selbst einnahm, den Begriff des Landesverrats im Sinn der nationalistischen Ideologie akzeptierte und seine Ehre durch den Spruch eines Gerichts erschüttert glaubte, das ihn nicht hätte beurteilen können, selbst wenn es dem Vorwurf der politischen Voreingenommenheit nicht ausgesetzt gewesen wäre. Die eigentliche Tragik seines Todes, der sicher eine Folge der tödlichen Verletzung seines Selbstgefühls war, liegt darin, daß er sich und sein Werk mit einem inkommensurablen Maßstab gemessen hat. Diese kritischen Anmerkungen zu Eberts innenpolitischer Leistung widersprechen nicht der Anerkennung seiner persönlichen Verdienste, die in den anderen Rundschau hier erfolgt ist; denn sie gelten der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in den Kriegs- und Nachkriegsjahren.

Am 13. März starb *Hedwig Dransfeld*, Mitglied des Parteivorstands und der Reichstagsfraktion des Zentrums, Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes, jahrelang Herausgeberin der Zeitschrift *Die christliche Frau*. Sie hat trotz schwerem körperlichen Leiden mit zähem Eifer und großem Erfolg daran gearbeitet die katholischen Frauen für die Ziele der Frauenbewegung zu gewinnen und nach der Umwälzung mit dem neuen Staat auszusöhnen und dabei eine bemerkenswerte Kunst des Ausgleichs und der Überbrückung von Gegensätzen bewiesen.

Der immer wieder fälschlich totgesagte *Sunjatsen* ist am 13. März in Peking gestorben. Er wurde 1867 als Sohn eines chinesischen Christen geboren, kam früh unter den Einfluß englischer Missionare, studierte in Hongkong Medizin und ließ sich 1892 in Macao als Arzt nieder. Er wurde Gründer und Führer der revolutionären jungchinesischen Partei, der Komingtang. 1895 war er an einer mißglückten Verschwörung in Kanton beteiligt und floh ins Ausland. Erst nach

Ausbruch der Revolution von 1911 kam er aus England nach China zurück und wurde am 30. Dezember 1911 von der chinesischen Nationalversammlung zum ersten Präsidenten der chinesischen Republik gewählt, mußte jedoch bald zugunsten Jüanschikais zurücktreten. Als sich 1917-1918 die südchinesischen Provinzen von Peking getrennt hatten, wählte ihn das Kantoner Rumpfparlament zum Präsidenten von Südchina. Erst nachdem er im letzten Bürgerkrieg mit dem Generalgouverneur der Mandchurei TschantsoLin gemeinsame Sache gemacht hatte, kam er durch dessen Sieg abermals nach Peking, starb aber, ehe er sich die Herrschaft hätte sichern können. Er bekannte sich zu sozialistischen Ideen, es ist ihm aber nicht gelungen ihnen wesentliche Verwirklichungen zu schaffen. Am 20. April starb als Untersuchungsgefangener im Hedwigskrankenhaus in Berlin der frühere Reichspostminister und Zentrumsabgeordnete *Anton Hölle* in seinem 43. Lebensjahr. Nicht so sehr seine Persönlichkeit, als sein Schicksal verdient Beachtung: Wegen schwankender Verdachtsgründe im Zusammenhang mit dem Barmatfall verhaftet, trotz Fortfall wesentlicher Belastungsmomente weiter in Haft behalten, schwer krank, aber so lange für haftfähig erklärt, bis sein Tod unabwendbar war, starb er als das Opfer einer politischen Agitation, der ein Menschenleben nichts gilt, als Opfer freilich auch der Furchtsamkeit seiner politischen Freunde, die sich durch eine unerhörte Hetze völlig hatten einschüchtern lassen und erst dem Toten zu Hilfe eilten.

Am 28. April starb in Wiesbaden *Konrad Haenisch*, nach dem Novemberzusammenbruch preußischer Kultusminister, später, bis zuletzt, Regierungspräsident in Wiesbaden. Seine Verdienste liegen besonders auf schulpolitischem Gebiet und werden hier an anderer Stelle zu würdigen sein. Er stammte aus bürgerlicher Familie, wurde in seinen jungen Jahren durch sein Gefühl zum Sozialismus gedrängt, für den er mit Selbstlosigkeit und fröhlichem, manchmal vielleicht etwas wirklichkeitsfremden Optimismus 3 Jahrzehnte hindurch gekämpft hat.

Kurze Chronik Am 15. Januar nahm der *bayrische* Landtag das Konkordat und die beiden Verträge mit den evangelischen Landeskirchen mit 73 gegen 52 Stimmen an. ◊ Die am 21. Februar in *Thüringen* vorgenommenen Gemeinde- und Kreisrats-

wahlen haben bei teils schwacher und schwankender, im Durchschnitt aber 67% erreichender Wahlbeteiligung der Sozialdemokratischen Partei entgegen den Prophezeiungen der Rechten verhältnismäßig geringfügige Stimmverluste gebracht, die vor allem, außer durch die geringe Wahlbeteiligung, durch die Aufstellung von Mieter- und Aufwertungslisten entstanden sind. Immerhin sind in 2 von 5 Landkreisen, die bisher eine Linksmehrheit hatten, schwache Rechtsmehrheiten entstanden. Die Stimmenzahlen sind rund (Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 in Klammern): Sozialdemokratische Partei 221 000 (249 300), gesamte Rechte 368 000 (401 900), Demokratische Partei 23 000 (43 000), Kommunistische Partei 85 300 (105 600). ◊ Die Neuwahl des *Hamburger* Senats hat an der parteimäßigen Zusammensetzung nichts geändert. Jedoch ist die Zahl der Senatoren auf 15 vermindert worden, von denen 7 Sozialdemokraten und je 4 Demokraten und Volksparteiler sind. ◊ In *Oldenburg* hat das Geschäftsministerium Finkh den Landtag aufgelöst. Den Einspruch der Landtagsmehrheit gegen diese Maßnahme hat der Oldenburgische Staatsgerichtshof zurückgewiesen. Es finden Neuwahlen statt. ◊ Zum Präsidenten der Republik *Finnland* wurde am 16. Februar Lauri Relander gewählt, ein Vorstandsmitglied des Landbundes, einer bürgerlichen Linkspartei, der auch viele Rechtsstimmen auf sich vereinigt hat. ◊ In *Japan* beschloß das Parlament mit großer Mehrheit ein Ausnahmegesetz, das sich gegen Geheimorganisationen zum Sturz der Verfassung und der Regierung und zur Verletzung des Privateigentums richtet.

Literatur

In 3. Auflage und in neuem Verlag, bei Ernst Heinrich Moritz in Stuttgart, erschien, immer noch *anonym*, das bekannte, aber lange nicht nach Gebühr gelesene Buch *Die Tragödie Deutschlands*. Es ist der schwungvolle Versuch den Zusammenbruch Deutschlands aus seinen Fehlern psychologisch zu erklären und weitet sich, bei fleißiger und gewissenhafter Materialverwertung, zu großartigen Ausblicken eines sittlich tapfern Kritikers der Zeit. ◊ Wie dieses, so kann allen Gedächtnisschwachen auch ein anderes Buch nützlich sein, das ihnen die monarchische Vergangenheit zeigt: *Erich Eycks* verdienstliche Zusammenstellung alles dessen, was in den letzten Jahren in Memoiren, Aktenveröffentlichungen und wissenschaftli-

chen Arbeiten über die Regierungsmethoden Wilhelms II enthüllt worden ist (Die Monarchie Wilhelms II /Berlin, Ullstein/). Es ergibt sich ein genaues Bild der Mißregierung, der Deutschland durch den Charakter Wilhelms II und die Charakterlosigkeit seiner Umgebung ausgeliefert war. ◊ Mit dem Abschnitt der deutschen Politik, den die Bildung des Kabinetts Luther abgeschlossen hat, beschäftigen sich einige Bücher, die der Arbeit früherer Minister gewidmet sind. Gesammelte Reden *Walther Rathenaus* erschienen bei S. Fischer in Berlin. Hier findet man Züge eines europäischen Antlitzes, des einzigen, mit dem das offizielle politische Deutschland sich nach dem Krieg der Welt zuwenden konnte. Zugleich geht man den Weg von der Kriegsrohstoffabteilung, über die Opposition in der Demokratischen Partei, das Wiederaufbauministerium bis zum Auswärtigen Amt, und man sieht an dem verschwinnenden Glanz der Formulierungen, an der zunehmenden Blässe der Worte den Kampf gegen die Fesseln des Formalismus. Eine entscheidende Epoche nicht nur der deutschen sondern der europäischen Nachkriegsgeschichte findet in diesen Reden ihre Betrachtung; nicht ihre Bewältigung. ◊ Rechtzeitig, aber nicht genügend benutzt zur Wahl des Reichspräsidenten kam die kleine Schrift des Ministerialdirektors *Karl Spiecker* Ein Jahr Marx (in den Gesammelten Reden und Schriften zur deutschen Politik der Nachkriegszeit /Berlin, Verlag der Germania/) heraus. Spiecker gibt ihr den Untertitel Die Rettung Deutschlands, und wenn er auch in der Verknüpfung der Ereignisse, die ihm diese Rettung bedeuten, an die Person des ehemaligen Reichskanzlers etwas zu subjektiv verfährt, auch die Gesetze der allgemeinen äußern Situation gegenüber dem Wirken des einzelnen zu gering bewertet, so ist es doch außerordentlich heilsam diese Schrift zu lesen und aus ihr zu lernen, gerade wenn man die Rettung Deutschlands noch nicht für fertig hält. ◊ In der selben Sammlung meldet sich auch der frühere Reichskanzler *Joseph Wirth* zum Wort, indem er unter dem Titel Unsere politische Linie im deutschen Volksstaat seine wichtigsten Reden und Aufsätze aus den letzten 6 Jahren veröffentlicht. Der pluralis majestatis des Titels kann nicht verbergen, daß der Verfasser mit seinen gesunden, einfachen, volkstümlichen Ansichten und Darstellungen der politischen Verhältnisse heute im Zentrum ziemlich allein bleibt. Wie wenig er das

verdient, zeigt die vollständige Sammlung seiner Kanzlerreden, die sein früherer Staatssekretär Heinrich Hemmer im gleichen Verlag herausgab und mit einer ausführlichen Einleitung versah. Selbst wenn man gelegentlich gegen die Taten kritisch ist, die hinter oder neben diesen Worten gestanden (oder gefehlt) haben, wird man es angesichts dieser Zusammenfassung von neuem unbegreiflich finden, daß unsere Partei diesen Kanzler hat stürzen und statt dessen einen Cuno hat kommen und regieren lassen.

Sozialpolitik / Lydia Eger

Lehrlingswesen In *Deutsch Österreich* ist man im Lehrlingswesen bestrebt die rechtliche Seite gegenüber der erzieherischen zu betonen, das Lehrverhältnis dem Arbeitsverhältnis der Erwachsenen mehr anzupassen und die Arbeitnehmerschaft in Form von Gehilfenausschüssen mehr heranzuziehen. Die gegenwärtige Regelung sieht eine 4wöchentliche Probezeit vor, nach der der Lehrvertrag schriftlich abzuschließen ist (was leider auf dem Land zum Schaden der Beteiligten häufig versäumt wird). Die Lehrzeit beträgt 2 bis 4 Jahre. Sittlich und beruflich dafür qualifizierte Meister haben das Recht Lehrlinge zu halten, und es steht ihnen ein gewisses Aufsichts- und Zuchtrecht zu; doch darf der Lehrling nur mit Arbeiten beschäftigt werden, die zum Gewerbe gehören. Die Anzahl der Lehrlinge wird für den einzelnen Meister durch die Genossenschaft und Lehrlingsinspektion nach oben begrenzt. Die Regelung der Fortbildungsschulpflicht ist den Ländern überlassen; in Wien findet der Unterricht an Wochentagen während der Arbeitszeit statt. Der Lehrling ist in die Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung einbezogen. Nach dem 1. Drittel der Lehrzeit ist eine Entschädigung zu zahlen, die 15 bis 60 % der Mindestgehilfenlöhne beträgt. Der gesetzliche Urlaub beträgt 4 Wochen und ist ebenfalls zu bezahlen. Ähnlich ist die gesetzliche Regelung in *Ungarn*. Bei mißbräuchlicher Ausnutzung des Lehrlings kann hier dem Meister das Recht der Lehrlingshaltung entzogen werden. Die Unterrichtszeit beträgt 9 Wochenstunden und muß in die Arbeitszeit fallen. Eigenartige Verhältnisse bestehen in der *Schweiz*. In allen Kantonen sind Lehrlingsprüfungen unter der Leitung des Schweizer Gewerbeverbands üblich; überall sind private und öffentliche Lehr-

werkstätten vorhanden, die eine systematische Schulung der Lehrlinge vornehmen. Die sogenannte Vorlehre, die aus den Schulen für erwerbslose Jugendliche hervorgegangen ist, führt in die Grundlagen des Handwerks ein.

In Schweden liegt ein Gesetzentwurf vor, der das Lehrlingswesen regelt, die Einzelheiten dabei aber den Gemeinden und Interessentenvertretungen überläßt. Das örtliche Lehrlingskomitee übt die Aufsicht über das Lehrlingswesen aus.

Eine Enquete des Arbeitsministeriums ergab, daß in Rumänien die Arbeitszeit der Lehrlinge zwischen 8 und 14 Stunden schwankt. Die Lehrzeit beträgt durchschnittlich 4 Jahre. Es wurde dort eine Kommission bestellt, die Vorschläge über eine Reorganisation der Berufslehre, Schutz der Lehrlinge, Förderung der Fach- und Handelsschulen ausarbeiten sollte. Eine Schulwerkstätte wurde gegründet, die 80 Schüler aufnimmt, sie erhält sich aus dem Ertrag der Lehrlingsarbeit und aus Subventionen.

Das Lehrlingsgesetz Finnlands, das seit 1924 in Kraft ist, bringt eine Bestimmung, um die in Deutschland seit langem erfolglos gekämpft wird; der Arbeitgeber hat die Schulstunden des Lehrlings, soweit sie 1 Tag pro Woche nicht überschreiten, zu bezahlen. Ferner kann bei Streik oder Aussperrung die Lehre entweder beendet oder um die versäumte Zeit verlängert werden; auch bei schlechter Führung des Lehrlings kann die Lehrzeit verlängert werden.

Auffallend ist der Mangel an Lehrlingen in den Vereinigten Staaten. Die Berufsverbände haben die Anzahl der Lehrlinge dort niedrig gehalten, um der Lohndrückerei vorzubeugen. Jetzt ist der Mangel so empfindlich, daß im Baugewerbe die Mindestzahl im Gegensatz zu der sonst üblichen Höchstzahl festgelegt worden ist. Außerdem soll die Lehrzeit verkürzt, aber dafür intensiver ausgenutzt werden. Der Staat Wisconsin hat sich durch Gesetz vorbehalten, als 3. Partei am Lehrvertrag beteiligt zu sein, um dadurch den Schutz der Lehrlingsinteressen sichern zu können. Ferner ist für jedes Gewerbe die Zahl der Lehrlinge dort gesetzlich festgelegt. Eine besondere Lehrlingsschule ist der Regierungsdrukerei in Washington angegliedert.

Eine Art Kollektivvertrag besteht in Neusüdwales. Dort kann der Lehrvertrag auch mit einer Gruppe von Unternehmern abgeschlossen werden, so daß die Unternehmer gemeinsam zur Ausführung des Vertrags verpflichtet sind, und der Lehrling bei jedem arbeiten kann.

Arbeitszeit Mit der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 trat in Deutschland an die Stelle des Dreischichtensystems auch in der Schwerindustrie, in Hüttenwerken, Hochöfen usw. die 2mal 12stündige Schicht. Der § 7 der genannten Verordnung gab dem Reichsarbeitsminister das Recht für Gewerbezeige und Arbeitergruppen, die unter besonderen Gefahren für Leben oder Gesundheit arbeiten und insbesondere in außergewöhnlichem Grad der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub und dergleichen ausgesetzt sind, zu bestimmen, daß durch Tarifvertrag und behördliche Genehmigung der Achtstundentag nur dann verlängert werden dürfe, wenn es aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich sei. Nach dem Drängen der Schwerstarbeiter und langen Beratungen im Arbeits- und Sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats verordnete der Reichsarbeitsminister, daß die Beschränkung des § 7 der Arbeitszeitverordnung Anwendung finden solle: 1. in Kokereien (Zechen-, Hütten- und selbständigen Kokereien) auf diejenigen Arbeiter, die beschäftigt sind mit Arbeiten an den Koksöfen einschließlich der unmittelbaren Zufuhr der Kohlen zu den Öfen und der Abfuhr des fertigen Koks von ihnen, 2. in Hochofenwerken auf diejenigen Arbeiter, die beschäftigt sind mit Arbeiten an den Hochöfen, ebenfalls einschließlich unmittelbarer Zufuhr und Abfuhr. Diese Verordnung trat am 1. April in Kraft.

Die Tschechoslowakei hat als erster europäischer Staat ein Arbeitszeitgesetz erlassen, das dem Washingtoner Übereinkommen voll entspricht.

In Canada wurde durch eine Erhebung festgestellt, daß 54,2 % der Unternehmer den Achtstundentag oder eine kürzere Arbeitszeit eingeführt hatten. Und zwar sind hieran im Transportwesen 91,5 % der Unternehmerschaft, in der Holzfällerei dagegen nur 19,2 % beteiligt.

Krankenkassen Der Hauptverband deutscher Krankenkassen erkannte an, daß es notwendig sei die Leistungen nach sozialen Gesichtspunkten umzugestalten: Das Krankengeld und die Unfallrente sollen nach dem Familienstand der Versicherten bemessen, es soll Familienhilfe gewährt, das Hauptgewicht auf die Sachleistungen, Gesundheitspflege und Heilbehandlung gelegt werden. Der Krankenkassentag wandte sich gegen einen Abbau der Leistungen und gegen Zersplit-

terung durch Ersatzkassen. Als vorbeugende Maßnahme soll Belehrung der Mitglieder durch Flugschriften und Merkblätter stattfinden. Gefordert wurden zweckmäßigere Arzneiverordnungen zum Zweck wirtschaftlicherer Behandlungsweise, ferner Entlastung der Krankenkasse durch Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge; die Kasse soll bei Erwerbslosigkeit der Mitglieder vor übermäßiger Inanspruchnahme geschützt, die Einziehung der Beiträge soll vereinfacht, die Leistung der Kassenmitglieder erhöht werden.

Der Gesamtverband der Krankenkassen Deutschlands nahm Resolutionen folgenden Inhalts an: In der Tuberkulosebekämpfung soll auf die Heilbehandlung am Wohnort des Kranken und auf den Schutz seiner Angehörigen besonders hingewirkt, an Stelle der Erwerbslosenfürsorge baldmöglichst die gesetzliche Arbeitslosenversicherung (die den Arbeitsnachweisen zu überlassen sei) eingeführt, die Zulassung von Ärzten zur Kassenpraxis auf das geringstmögliche Maß beschränkt, die Höhe des Arzttgelts der Leistungsfähigkeit der Kassen entsprechend begrenzt, auch der Verbrauch an Arzneien und Heilmitteln vermindert werden. Der Hauptverband deutscher Innungskrankenkassen erhob Einspruch gegen eine Beseitigung der Innungskassen.

Internationales Vom 3. bis zum 10. Januar
Arbeitsamt

hielt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts in Genf seine 25. Tagung ab. Seit der letzten Zusammenkunft sind 6 Ratifikationen internationaler Arbeitsübereinkommen vollzogen worden; die Gesamtzahl beträgt nunmehr 142. Auf die Tagesordnung der Konferenz von 1926 wurden folgende Punkte gesetzt: Kodifikation der Vorschriften betreffend die Heuerverträge der Seeleute; allgemeine Grundsätze für die Organisation der Arbeitsaufsicht auf See. Neben dieser Tagung, die sich ausschließlich mit dem Arbeitsschutz für Seeleute beschäftigen wird, soll 1926 eine 2. zur Behandlung sonstiger Fragen stattfinden; besonders soll ein Problem der Auswanderungsfrage, nämlich die Vereinfachung der Untersuchung von Auswanderern auf den Schiffen, erörtert werden.

Die 7. internationale Arbeitskonferenz tritt am 19. Mai in Genf zusammen. Jeder der 58 Staaten, die der Internationalen Arbeitsorganisation angehören, ist berechtigt 2 Vertreter der Regierung und je 1 der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu entsenden. Die Tages-

ordnung sieht vor: 1. Arbeiterunfallentschädigung, 2. Gleichbehandlung in- und ausländischer Arbeiter bei der Unfallentschädigung, 3. Wöchentliche Betriebsruhe in Glashütten mit Wannenöfen, 4. Nacharbeit in Bäckereien. Die 3 letzten Punkte standen bereits 1924 zur Erörterung, und es wird jetzt über sie endgültig abgestimmt werden.

Informations- Reichen Anschauungsstoff
mittel für den Unterricht in der
Wohlfahrtspflege bietet

Siddy Wronskys Quellenbuch zur Geschichte der Wohlfahrtspflege zum Gebrauch an Berufsschulen, Seminaren und Universitäten /Berlin, Carl Heymann/. An der Hand von Gesetzen, Satzungen, Verfassungen und Programmen wird die Entwicklung der Wohlfahrtspflege dargestellt; für den Schulgebrauch ein äußerst wertvolles Hilfsmittel.

Ausgehend von dem Gedanken, daß der Arbeiter nicht nur Objekt sondern auch Subjekt der Wohlfahrtsarbeit sei, ist die Organisation *Arbeiterwohlfahrt* seit 5 Jahren im Rahmen der weitverzweigten Wohlfahrtspflege tätig. Ziel der Organisation ist nach den Satzungen die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Wohlfahrtspflege, damit die soziale Auffassung der Arbeiterschaft sich in ihr durchsetze. Über die Tätigkeit der Organisation und ihrer Landes- und Bezirksausschüsse im einzelnen unterrichtet trefflich die Schrift Marie Juchacz' und Johanna Heymanns *Die Arbeiterwohlfahrt* /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/.

Kurze Chronik Die Fusionsbestrebungen zwischen der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, der Internationalen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und dem Internationalen Komitee für Sozialversicherung haben zur Aufstellung von Satzungen geführt, die eine *Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt* vorsehen. Vorbesprechungen fanden im Dezember und Januar in Basel und Frankfurt statt. Die endgültige Fusion dürfte voraussichtlich Ende September dieses Jahres anlässlich des 25jährigen Bestehens der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in Genf erfolgen; den Landessektionen wird es zunächst unbenommen bleiben von einer Fusion abzusehen, falls sich die Trennung auch weiterhin als zweckmäßig erweisen sollte. ◊ Der neue Zolltarif Österreichs sieht eine unterschiedliche Behandlung der Auslandsstaaten je nach ihrer Stellung zum *Washingtoner Über-*

einkommen vor. Mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats kann eine Verordnung erlassen werden, die die Zollsätze bis zu einem Drittel erhöht, wenn der betreffende Staat das Washingtoner Übereinkommen nicht ratifiziert hat oder in seiner Arbeitszeitgesetzgebung wesentlich hinter den Bestimmungen des Übereinkommens zurückbleibt. \diamond Der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg ist ein *Institut für Karitaswissenschaft* angegliedert, das der Leitung Franz Kellers untersteht. Es werden dort außer Vorlesungen praktische Übungen in der karitativen Jugendfürsorge und ein Kursus über karitative Fürsorge für Gefangene und Haftentlassene abgehalten. Dem Institut steht die Bibliothek der Zentrale des Deutschen Karitasverbands in Freiburg zur Verfügung.

Literatur Ein wahrer Genuß nach jeder Richtung hin ist das nunmehr in 2., unveränderter Auflage veröffentlichte Werk Helene Simons *Robert Owen*, sein Leben und seine Bedeutung für die Gegenwart /Jena, Gustav Fischer/. Robert Owen hineingestellt in die geistige und soziale Sphäre seiner Zeit, sein persönliches und inneres Leben mit fraulichem Verständnis dargestellt, seine öffentliche Pionierarbeit mit klarem Urteil beleuchtet; eine wundervoll abgerundete, in sich geschlossene Arbeit. \diamond In seiner Schrift *Sozialpolitik als Wissenschaft* /Jena, Gustav Fischer/ untersucht *Wilhelm Voß*, im Anschluß an Adolph Wagner, Objekt, Aufgabe und Methode der Sozialpolitik als eigener Wissenschaft, er setzt sich mit zahlreichen Definitionen auseinander und kommt zu eigenen Begriffsbestimmungen im engen Anschluß an die Nationalökonomie, als deren große Tochter er mit von Wiese die Sozialpolitik bezeichnet. \diamond In ähnlicher Weise geht *Otto Kühne* (*Soziale Auslese oder soziale Anpassung?* /Greifswald, L. Bamberg/) vor. Nach einer Erörterung des Begriffs, des Wesens und der Grenzen der Sozialpolitik sucht er die Aufgabe, die er sich stellt, auf begrifflich dogmatischem und konkret empirischem Weg zu lösen, wobei er tief in sozialbiologische Gedankengänge eindringt. \diamond Interesse weckt die Schrift *Bruno Rauickers* Sozialpolitik durch Produktionspolitik (12. Band der Bücher der Arbeit /Duisburg, Echowallag/). Der Verfasser warnt vor seelischer Mechanisierung, strebt eine vorbeugende Sozialpolitik an. Das Wesen des Taylorismus (den er ablehnt) scheint er freilich nicht

erfaßt zu haben. \diamond In der Schriftenfolge Heimarbeit und Verlag in der Neuzeit /Jena, Gustav Fischer/ erschien als 6. Heft *Ludwig Röders* Heimarbeit und Landwirtschaft. Die Schrift handelt von der Verquickung der Heimarbeit und der Landwirtschaft und stellt deren Ursachen und Folgeerscheinungen sowie ihre Bedeutung für die übrige Volkswirtschaft dar. Gegenüber dem Elendsgebäude, das K. Kautsky in seiner Agrarfrage aufstellt, will Röder zeigen, daß in vielen Fällen nicht die Heimarbeit, sondern ganz andere Dinge das Elend verursachten. Der Autor behauptet, daß der landwirtschaftliche Heimarbeiter auf alle Fälle, besonders wenn er die Heimarbeit nebenberuflich betreibt, in besserer Lage sei als der städtische Heimarbeiter. \diamond Wohlthuend wirkt die aus der Schrift *Willy Cohns* Verkäuferinnen /Halberstadt, H. Meyer/ sprechende warme soziale Gesinnung. Außer mit der sozialen Fürsorge beschäftigt sich die Arbeit mit der geistigen und wirtschaftlichen Hebung des Standes, ganz von der Praxis aus gesehen; es ist im kleinen Rahmen ein erfreuliches Bild gegeben. \diamond Viel von sich reden macht das neue Werk *Max Rehms* Das Kind in der Gesellschaft /München, Ernst Reinhardt/. Der Verfasser nennt das Werk einen Ausschnitt aus Sittengeschichte, Rechtsgeschichte, Gesellschaftslehre und Sozialpolitik. Er geht vor allem den geistigen Bewegungen nach, ihrem Einfluß auf die Behandlung des Kindes, stellt die Fürsorge für Kinder vom Altertum bis in die Gegenwart dar und verwertet die Quellen der Pädagogik und Rechtsgeschichte. Ein Quellennachweis am Schluß ermöglicht das weitere Verfolgen einer Frage. Das Ganze ein Muster klarer Systematik und zugleich eine Fundgrube für eine Fülle von Einzelproblemen. \diamond In *Georg Streiters* Buch Die wirtschaftliche und soziale Lage der beruflichen Krankenpflege in Deutschland /Jena, Gustav Fischer/ sprechen in seltener Fülle und Objektivität die Tatsachen über die Verhältnisse im Krankenpflegeberuf zum Leser. Die Verschiedenartigkeit der Ausbildung, die Folgen des Fehlens einer staatlichen Regelung der Vorbildung für die Irrenpflege sind dargestellt, die noch immer unhaltbaren Zustände bezüglich Arbeitszeit, Besoldung, Wohnung und Beköstigung werden beleuchtet. Man wird den Eindruck nicht los, daß noch immer Raubbau mit den Kräften getrieben wird. Wegen ihrer Sachlichkeit ist die Arbeit allen Interessierten aufs wärmste zu empfehlen.

WISSENSCHAFT

Geschichte / Walther Koch

Griechische Verfassung

Ein Beispiel für die in Staats- und Wirtschaftsleben obwaltenden bestimm-

ten Gesetzmäßigkeiten ist uns in der griechischen, ganz besonders aber in der römischen Verfassungsentwicklung gegeben. In dieser Tatsache liegt einer der wesentlichsten Gründe für die Notwendigkeit die Jugend zu dieser antiken Staatenwelt zurückzuführen. Dort spielen sich in ganz einfachen, großen Zügen die Verfassungskämpfe und die sozialen Auseinandersetzungen ab, die in der neuern Geschichte so viel verwickelter erscheinen. So ist es gerade im Interesse der Jugend besonders zu begrüßen, daß *Hans Delbrück* die Vorlesungen über die Geschichte der Antike, die er in den Jahren 1896 bis 1920 abgehalten hatte, als 1. Teil seiner Weltgeschichte herausbringt (Berlin, Otto Stollberg & Co.). Delbrück ging, wie bekannt, von der Geschichte der Kriegskunst aus; doch führten ihn seine Forschungen über dieses Thema zu klarer Erkenntnis gerade der Zusammenhänge zwischen der Heeres-, der Staatsverfassung und der Wirtschaftsorganisation. Auch für alle die, deren Interesse diesen Zusammenhängen gilt, gibt dieser 1. Band der Delbrück'schen Weltgeschichte deshalb wertvolle Anregungen. So zeichnet der Verfasser den spartanischen Kriegerstaat, dessen Wesen er mit der Inkaherrschaft in Peru vergleicht. Die Entstehung dieses Staates wird aus der Eroberung des Landes durch einen kriegerischen Stamm erklärt, der dann die Herrschaft über die große Masse der Bevölkerung gewann, ähnlich wie dies in späteren Geschichtsperioden bei den Arabern, Normannen und anderen Eroberern der Fall war. Die geschlossene Phalanx bildete die eiserne Disziplin aus, wie sie bei einem solchen Ritterstaat notwendig war.

Für die athenische Verfassung sind die Eupatriden typisch, die Delbrück nachher mit Ständen ähnlicher Art in der römischen Geschichte vergleicht. Delbrück widerspricht der oft geäußerten Auffassung, als seien diese Eupatriden, also die athenische Aristokratie, aus dem Großgrundbesitz herausgewachsen. Nach seiner Meinung hat sich vielmehr erst allmählich aus den alten kriegerischen Häuptlingsfamilien eine Kapitalistenklasse herausgebildet. Ähnlichen Ursprungs sei das römische Patriziat. Erst mit der Zeit habe im athenischen Patriziat das kapitalistische Element das

kriegerische zurückgedrängt. Diese Entwicklung hänge mit dem Synoikismus in Attika, der Herausbildung Athens zur Landeshauptstadt, zusammen. Die Häuptlingsfamilien zogen vom Land in die Stadt. Im 7. Jahrhundert regte sich eine demokratische Opposition gegen dieses Aristokratenregiment. Diese Opposition war nicht bloß politischer sondern auch sozialer Natur. Es handelte sich dabei um die auch für die Entwicklung des Römischen Reiches so verhängnisvolle Verschuldung des ländlichen Kleinbesitzes, die zur Vertreibung dieser Kleinbesitzer von Haus und Hof, ja selbst zu deren Versklavung führte. Es ist überhaupt sehr reizvoll in der Geschichte Athens und Roms vergleichend zu beobachten, wie sich hier und dort auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse jenes Wechselspiel von Aristokraten- und Demokratenherrschaft vollzog. Delbrück bestreitet die Richtigkeit der weit verbreiteten Anschauung, daß die Solonische Reform eine Einteilung des Volkes in 4 Vermögensklassen mit einer Abstufung der politischen Rechte nach dieser Vermögensgrundlage darstelle. Er sieht vielmehr in diesen 4 Vermögensklassen einfache Steuerklassen, die schon vor Solon existierten und von diesem höchstens neueingeteilt wurden.

In seiner Darstellung der weitem Verfassungsgestaltung entwickelt Delbrück auch verschiedene allgemein historische Ansichten. So glaubt er, Voraussetzung einer Mitbeteiligung der großen Massen im Staatsleben sei das Vorhandensein von Parteiorganisationen; oder Demokratie könne sich nur herausbilden, wo die Kleinbauernschaft in die Städte abwandere, weil sie aus ihrem Besitz verdrängt worden sei. Gegen diese Meinung spricht die Tatsache, daß sowohl in Athen und Rom, wie besonders später im modernen England, der Herrschaft der Demokratie zum Trotz noch lange Zeit hindurch die leitenden Männer Eupatriden waren. Als solche aristokratische Volksführer nennt Delbrück Kylon, Solon, Peisistratos, Kleisthenes, Miltiades, Themistokles, Kimon, Perikles, Alkibiades. Der spartanische Stadtstaat stellt nach Delbrück eine Art Kriegslager dar, der athenische ein großes Zentrum von Handels- und Gewerbetreibenden, die mit der Bauernschaft zusammen politisch eine Einheit bilden.

Berühmtheit hat sich Delbrück bereits dadurch erworben, daß er die traditionellen Berichte über die Stärke der antiken Heere einer Nachprüfung unterzog, deren Resultat war, daß die nach

diesen Berichten angenommenen Heeresstärken von ihm oft auf einen kleinen Bruchteil reduziert wurden. So bei den Perserkriegen. Umgekehrt stellte Delbrück fest, daß das Heer Alexanders, mit dem er Asien eroberte, viel größer war als angenommen worden ist. Es sei tatsächlich doppelt so groß gewesen wie das Heer, das Xerxes gegen Griechenland führte.

Diese Einzelheiten seien hier nur als Beispiele dafür angeführt, wie Delbrück in seiner Geschichte Griechenlands auf Schritt und Tritt überkommene Vorstellungen berichtigt und neue Zusammenhänge erschließt. Ausgezeichnetes leistet sein Werk auch in seinen knappen Darstellungen der historischen Bedeutung Ägyptens, Babels, Assyriens, Vorderasiens, der Juden und der Perser. Im Gegensatz zu den Schülern Lamprechts oder Breysigs nimmt Delbrück prinzipiell in seine weltgeschichtlichen Darstellungen nur die Geschichte derjenigen Völker oder Staaten mit hinein, die für unsern abendländischen Kulturkreis von Wichtigkeit geworden sind. Er folgt darin seinem Lehrer und Meister Ranke, dessen geistige Spuren bei Delbrück überall nachzuweisen sind.

Neben dem Werk Delbrücks sind zur griechischen Geschichte und Kultur in letzter Zeit noch mehrere kleinere Schriften erschienen. Erwähnt sei nur *Georg Brandes' Hellas einst und jetzt* /Berlin, Elena Gottschalk/: das einen Vergleich zieht zwischen den Schicksalen Griechenlands in der jüngsten Zeit, besonders während des Weltkriegs, und denen des alten Hellas, geistvoll, zur Zustimmung auffordernd und zum Widerspruch reizend, wie alle Arbeiten des berühmten Literarhistorikers. Die griechische Heldensage, besonders die landschaftlichen Sagen, behandelt *Carl Robert* in einem Band der von ihm neu herausgegebenen Griechischen Mythologie Ludwig Prellers /Berlin, Weidmannsche Buchhandlung/. Er schildert die verschiedenen griechischen Landschaften und ihren Sagengehalt der Reihe nach. Im 1. Band des Werkes waren Theogonie und Götter behandelt worden.

Römische Verfassung In besonders klarer und tief eindringender Art setzt

Hans Delbrück in seiner Weltgeschichte die Entwicklung der römischen Verfassung auseinander. Roms historische Leistung gipfelt ja vor allem in der Entwicklung des Rechts- und Staatslebens, der Staatsverfassung und -verwaltung. Durch diese seine politische

Leistung hat das römische Weltreich bis in unsere Tage hinein fördernd und hemmend nachgewirkt. Vor allem die romanischen Länder: Italien, Frankreich, Spanien, sind ohne das Erbe Roms nicht denkbar; doch auch in die deutsche Geschichte hat Rom tief eingewirkt: in der römischen Kirche, dem römischen Kaisertum, dem römischen Recht, in der humanistischen Bildung, im ganzen Klassizismus.

Delbrück setzt sich zunächst mit den Auffassungen der älteren Geschichtsforscher: Niebuhr, Mommsen, Ranke, auseinander. Mommsen hat in erster Linie das römische Staatsrecht durchforscht; war er doch von Haus aus selbst Jurist. Er geht in seinen historischen Auffassungen von den Charaktereigenschaften des latinischen Stammes aus, Ranke ganz anders: von der Verfassung des Stadtstaats Rom. Delbrück entscheidet sich im großen und ganzen zwischen diesen prinzipiellen Gegensätzen für Ranke. In starkem Widerspruch steht er in seiner Römischen Geschichte besonders auch zu Eduard Meyer, den er an mehreren Stellen seines Werkes scharf angreift. Nach Delbrücks Meinung begeht Mommsen einen Fehler, wenn er die Entstehung einer Patrizier- und einer Plebejerklasse auf die Klassenscheidung durch das Aufkommen der Grundrente zurückführt. Delbrück führt diese Entstehung vielmehr gleich der der athenischen Eupatriden darauf zurück, daß die alten Häuptlingsfamilien ihren Wohnsitz aus ihren Gauen in die Stadt hinein verlegten und damit dort eine Klasse von plutokratischem Charakter schufen. Sicher war im ältesten Rom, wie bei den alten Germanen, einst Gemeinschaftsbesitz des Gauvolkes an Grund und Boden vorhanden; später wurde dieser Gemeinschaftsboden an die Familien der kleineren Privatbesitzer verteilt, die sich dann oft wirtschaftlich nicht halten konnten und so gezwungen waren sich den Kapitalisten in die Hand zu liefern. Diese Auswucherung der Bauernbesitzer durch eine entstehende Kapitalistenklasse ist ein geschichtlicher Vorgang, der sich bei den verschiedensten Völkern wiederholt hat (auch bei uns in Deutschland, wo er erst durch Gründung von Darlehnskassen und Versicherungen aller Art überwunden worden ist). Das strenge römische Schuldrecht machte nun so manchen kleinen Bauern zum Sklaven. Delbrück stellt die Frage, weshalb sich die Plebejer diese Ausbeutung durch eine kleine Zahl von Volksgenossen gefallen ließen. Auf diese Frage gibt es seiner Meinung nach keine Ant-

wort, wenn man, wie es die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung wolle, hier nur wirtschaftliche Begründungen annehme. Delbrück weist mit Recht darauf hin, daß für die Bildung dieser Aristokratenstände auch die kriegerische Tüchtigkeit von starker Bedeutung war. Kriegerische und zugleich wirtschaftliche Überlegenheit führte danach zu politischer Herrschaft. Die Herrschenden befestigten dann ihre Position durch Verbindung mit der Religion. Diese Geschichtsbetrachtung Delbrücks steht durchaus nicht in Widerspruch mit einer richtigen, nicht dogmatischen ökonomischen Geschichtsauffassung, wie sie in den Sozialistischen Monatsheften von jeher vertreten wird. Wie sehr Delbrück selbst einer solchen ökonomischen Geschichtsbetrachtung huldigt, zeigt sich zum Beispiel, wenn er die Religion der Römer, entsprechend der politischen Struktur dieses Volkes, als einen »organisierten, streng formalistischen Aberglauben« definiert. Delbrück wendet sich ferner gegen die überlieferte Vorstellung, die Wehrpflicht in Rom sei nach dem Besitz abgestuft gewesen. Die allgemeine Wehrpflicht bildete nach ihm vielmehr gerade die Grundlage des allgemeinen Stimmrechts. Die Verfassung, die auf Grund einer Geschichtsfälschung dem Servius Tullius zugeschrieben worden ist, sei eine in demokratische Formen gekleidete Aristokratie gewesen. Wir müssen dabei an das britische Imperium denken, das ja auch in seinem Imperialismus so viel Ähnlichkeit mit dem Römischen Reich zeigt. Die Souveränität ruhte zwar nach Auffassung der römischen Staatsrechtslehrer bei der Volksversammlung; doch die obrigkeitliche Gewalt empfängt der vom Volk Gewählte durch seinen Vorgänger, der sie wiederum selbst durch eine Kette weiterer Amtsinhaber von Gottes Gnaden von Romulus her empfangen hat. In Rom hat sich diese aristokratische Tendenz in der Institution des Senats erhalten, während in Athen die Macht der Archonten in der reinen Demokratie unterging. Während in Athen die Tyrannis die Aristokratie vernichtete, setzte sich solche Tyrannis, die man irrtümlicherweise in der Herrschaft des letzten Königs Tarquinius Superbus sehen wollte, in Rom niemals durch. Dort erhielt sich ein Gleichgewichtszustand zwischen Demokratie und Aristokratie, wie er schon in der Formel *Senatus populusque Romanus* zum Ausdruck kommt. Der Senat geht dem Volksentscheid vor. Eine einzige Konzession wird gemacht: Die zunächst

streng in sich abgeschlossene Geburtsaristokratie erweitert sich durch Aufnahme der *Conscripti* aus dem vermögenden Bürgerstand. Doch gewinnt die anfänglich schwach vertretene Demokratie später mehr und mehr an Macht. Organ der Demokratie wurde der Volkstribun. Die Plebs, nicht imstande die Patrizierherrschaft aufzuheben, organisierte sich selbständig unter eigenen Beamten, wie ein Staat im Staat. Zu vergleichen ist diese Form der Organisation vielleicht mit einem modernen Gewerkevereinsbund. Die römische Verfassung bildete so zwar, rational betrachtet, einen Widerspruch mit sich selbst, führte jedoch gerade durch diese Vereinigung widerstreitender Elemente wie der Aristokratie und Demokratie, der Autoritätsherrschaft und der Freiheit, ähnlich wie die englische, zu einer bedeutenden politischen Leistung. In diese inneren Verfassungskämpfe spielen dauernd die auswärtigen Verhältnisse hinein. Die siegreichen Soldaten erheben Anspruch auf Macht und Entschädigung; andererseits verstärken sie selbst durch die Erweiterung des römischen Herrschaftsgebiets auf Grund ihrer Eroberungen die Machtstellung des Senats, dem die eroberten Provinzen zufließen.

Sehr eingehend behandelt Delbrück auch die wirtschaftlichen, besonders die agrarischen Probleme. Die politische Macht der Patrizier stützte sich auf den Großgrundbesitz, erst in zweiter Linie auf den Handel. Die Großwirtschaften wurden von Sklaven bewirtschaftet. Daneben siedelten sich ehemalige Soldaten in Ackerbaukolonien in den neu eroberten Landstrichen an; diese hatten in gewissem Sinn den Charakter militärischer Schutzgebiete. Das Patriziat wandelt sich mehr und mehr in eine Art Amtsadel, die Nobilität, um. Die Macht des römischen Stadtstaats erweitert sich durch seine politische und kriegerische Führung; allmählich dehnt sie sich über ganz Italien aus. (Diese geschichtlichen Vorgänge stellt *Ludo Moritz Hartmann* als Einleitung zu seiner neu herausgegebenen, kurz gefaßten Geschichte Italiens von Romulus bis Victor Emanuel /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/ in einem besonders Kapitel dar, das er Einigung Italiens durch den römischen Bauernstand betitelt.)

Die römische Kriegsgeschichte findet, wie dies selbstverständlich ist, in Delbrück einen meisterlichen Darsteller. Vor allem sei auf die Schilderung der Schlacht von Cannae hingewiesen. Mit dieser Schlacht tritt auch eine entschei-

dende Wendung für die stetig vordringende Demokratie ein. Der Armeeführer benutzt von nun an die Demokratie, um sich selber eine Stellung zu verschaffen. Die Wirtschaft nimmt durch die siegreichen Kriege einen enormen Aufschwung. Gewaltige Kapitalmassen fließen in der Welthauptstadt zusammen. Die Erhebung der Steuern in den Provinzen bereichert die Steuerpächter. Ein umfangreiches Bankgeschäft entfaltet sich, um die Geldgeschäfte von der Provinz nach Rom und umgekehrt zu vermitteln. Abgesehen von gewissen Wirtschaftszweigen (Bergwerken, Landwirtschaft, Schifffahrt und Bücherherstellung) existiert noch kein industrieller Großbetrieb. Produziert wird sonst im Klein- und handwerksmäßigen Betrieb. An die Stelle der Bauerngüter treten durch Sklaven bestellte Latifundien. Wiederum wie im modernen England tritt vielfach Weidewirtschaft an Stelle des Ackerbaus. So nahm die Einwohnerschaft von Rom ständig zu, die des platten Landes ab. Das römische Bürgeraufgebot verwandelte sich in ein Berufssöldnerheer. In Rom bildete sich ein städtisches Proletariat, das jedoch nicht mit unserer Lohnarbeiterschaft verwechselt werden darf, eher ein Lumpenproletariat darstellte. Die Stadt lockte vom Land weg, weil sie Erwerbsmöglichkeiten und andere Vorteile bot. Die so entstehenden Proletarietmassen wurden nun durch die Oberschicht beherrscht, die Schaffung eines gesunden Mittelstands, den Cato und seine Anhängerschaft anstrebte (sie gingen zu diesem Zweck sogar so weit die Servianische Verfassung zu fälschen), mußte an der Übermacht der wirtschaftlichen Verhältnisse scheitern. »Verfassungsformen haben nur dann Wirksamkeit, wenn sie den tatsächlichen Machtverhältnissen entsprechen.«: Heißt das nicht geschichtsökonomisch denken? Soziale Reformen wurden nun immer dringender. Man mußte dem Zusammenschmelzen des Bauernstands und der Übervölkerung der Stadt Rom entgegenarbeiten. Mietskasernen bis zu 200 Stufen wuchsen in Rom empor. Da versuchten die beiden Gracchen ihre Bodenreform durchzusetzen. Auch darin will Delbrück keine Klassenkämpfe sehen. Nur politisch habe sich die Demokratie im negativen Sinn gegen die herrschenden Schichten zusammengeschlossen. Wirtschaftlich-sozial seien die Wünsche der einzelnen Schichten weit auseinanderggegangen. Nur wenige forderten Ansiedlung auf dem Land, die große Masse wollte nicht aus Rom heraus. 10 Jahre

später ließ Gaius Gracchus staatliche Getreidemagazine anlegen, ähnlich wie in der neuern Geschichte die französischen Könige oder Friedrich der Große; auf Ähnliches lief seinerzeit der Antrag Kanitz bei uns hinaus. Die Versorgung der Massen mit Brot verstärkte natürlich wiederum den Zug nach Rom. Schließlich wurden die Erbpachtgüter wieder in freies Eigentum verwandelt, und die Restgüter des Domänenlandes für Privatbesitz erklärt. Das private wirtschaftliche Interesse hatte über das öffentliche wie über den sozialen Gedanken gesiegt. Die Gracchenbewegung bewirkte die Schaffung von 76 000 neuen Bauernhöfen. Der demokratische Gedanke wurde neu belebt. Die Macht des Marius beruhte auf der Demokratie, während Sulla die alte aristokratische Verfassung wiederherzustellen versuchte. Doch die soziale Entwicklung nahm unaufhaltsam ihren Lauf. Zu dem alten Bodenwucher trat in der Hauptstadt der Mietswucher. Die alte Verfassung war nicht mehr imstande diesen neuen Entwicklungen in dem jetzt herausgebildeten Weltreich die Form zu geben. Das auf das Heer sich stützende Cäsarentum schuf diese neuen Formen für eine neue Zeit. Caesar begründete die Herrschaft eines von der Volksversammlung getragenen Führers der Demokratie. Er war der Repräsentant einer höchsten Staatsgewalt, die weder Königtum noch Republik war. Caesars Stellung läßt sich nach mancher Hinsicht mit der Napoléons vergleichen. Neben der kaiserlichen Gewalt bestand der Senat freilich noch weiter, aber die faktische Macht lag in der Hand des Kaisers. Augustus war nach Delbrücks Meinung der Fortsetzer und Vollender Caesars; in aller Schärfe tritt Delbrück in dieser Auffassung Eduard Meyer entgegen. Eigentliche soziale Reformen wurden nicht eingeführt, doch stellte das Kaisertum die soziale Ordnung wieder her. Die politische Beruhigung brachte auch eine soziale, nicht umgekehrt. An diesem Punkt wendet sich Delbrück scharf gegen die Theorie des Marxismus: »An der These von Marx, daß die Weltgeschichte aus Klassenkämpfen bestehe, die jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen endet (Kommunistisches Manifest), ist kein wahres Wort.« Man vergleiche diese Auffassung mit der ökonomisch fundierten Geschichtsauffassung der selben Epoche, die Max Weber oder Ludo Moritz Hartmann bekunden.

Warum ist die alte Welt untergegangen? Zur Beantwortung dieser Frage greift Delbrück auf die spätrömische Agrarentwicklung zurück. Von einem eigentlichen wirtschaftlichen Verfall könne nicht die Rede sein. An die Stelle der Sklavenwirtschaft trete zu jener Zeit oft das Kolonat halbfreier Bauern, jene Rechtsform, die auch in Preußen bis zum Steinschen Edikt von 1807 vorherrschte. Wirkliche Verfallsursachen sieht Delbrück in der Erweichung der Disziplin des Heeres durch den ständigen Wechsel in der Heeresführung. Vor allem aber in dem Zusammenbruch der Währung, den selbst Mommsen nicht erkannt hat. Der Bedarf an Edelmetall wurde nicht annähernd mehr gedeckt; die Folge war ein Rückfall in die Naturalwirtschaft. Den Soldaten wurde an Stelle der Geldentlohnung ein Stück Land zugewiesen, und dies führte das Ende der römischen Disziplin herbei. Heißt das nicht wiederum die ökonomische Geschichtsauffassung anwenden? Jedenfalls haben wir hier eines der merkwürdigsten Momente der europäischen Wirtschaftsentwicklung vor uns. Über ein Jahrtausend hindurch blieb nun das System der Naturalwirtschaft von neuem bestehen, nachdem so lange bereits die Geldwirtschaft geherrscht hatte. Erst durch das Eindringen des nördlichen Europas von der einen, des Christentums von der andern Seite wurden neue umgestaltende Elemente in die altrömische Welt gebracht, die zur Welt des Mittelalters führten.

Auch zur römischen Geschichte seien an dieser Stelle noch einige Neuerscheinungen respektive Neuausgaben angezeigt. Die Römische Mythologie *Ludwig Prellers* wurde von H. Jordan neu herausgegeben /Berlin, Weidmannsche Buchhandlung/. Eine Abhandlung *Friedrich Raumers* Die römische Staatsverfassung erschien in der Allgemeinen Verlagsanstalt in München. Sie ergänzt die Delbrücksche Darstellung. Ein besonderes Kapitel der römischen wie der jüdischen Geschichte behandeln Untersuchungen zu dem Jüdischen Krieg des Flavius Josephus, die *Wilhelm Weber* unter dem Titel *Josephus und Vespasian* herausgab /Stuttgart, W. Kohlhammer/. *Edward Bulwers* bekannter, heute schon klassisch anmutender Roman Die letzten Tage von Pompeji erschien in neuer Ausgabe bei K. Thieneemann in Stuttgart, von Gertrud Bauer übersetzt und mit 10 Bildern von Ludwig Fahrenkrog versehen.

Kurze Chronik Der Archäologe L. Woolley hat jetzt einen Bericht über seine an der Stelle des alten

Ur in Chaldäa, der Geburtsstadt Abrahams, vorgenommenen Ausgrabungen erstattet. Unter anderm teilt er mit, daß sich dort Stücke gefunden hätten, die 200 Jahre älter seien als die ihnen beigegebenen Inschriften. Es handelt sich also um eine vor 2½ Jahrtausenden angelegte *Antiquitätensammlung*, die auf Tonzylindern in sumerischer Sprache katalogisiert ist. ◊ Am 21 April, an dem von der Überlieferung angenommenen Geburtstag Roms, wurde das *Augustum Forum*, das schon seit einiger Zeit vollständig ausgegraben ist, feierlich eröffnet. ◊ Von D. Bulferetti sind einige *unbekannte Handschriften Manzonis* aufgefunden worden. Eine dieser Studien behandelt die französische Revolution, eine andere das Risorgimento; die letztgenannte ist deshalb von großem Wert, weil sie zeigt, was Manzoni als das Ziel des Risorgimento ansah, und nach welcher Richtung er selbst auf d'Azeglio, auf Giorgini und vornehmlich auf Cavour eingewirkt hat. ◊ Der Züricher Professor *Eugen Täubler* ist Ordinarius der alten Geschichte an der Universität Heidelberg geworden.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Drama Weil *Ernst Barlach*, erschüttert durch einen allzu aufklärenden Rationalismus, die entdeckte Welt von sich fortwenden möchte, um die tiefer vergrabene zu entdecken, wurde er ein sehr originaler Künstler. Seine Kunst ist das Schneiden der Form in die harte Materie. Seine Holzschnitte unterscheiden sich dadurch von der Natur, daß er nicht die harmonische Rundung, also das Gott wohlgefällige Geschöpf zu bilden bemüht ist; er will durch eine Kantelung und Knickung seelischen Ausdruck in seine Gestalten bringen, derart etwa, daß neben dem aufgereckten Menschen in seiner Alltäglichkeit der innerlich verkümmerte und seelisch beschäftigte gezeigt werde. Ein Hiobzug ist in den Gestalten des Zeichners Ernst Barlach. Nun dramatisiert er auch seine Visionen, indem er in die Bühne seine Menschen, aber auch die Schicksale flüchtig hineinstellt. Ernst Barlach, der Holzschneider mit den Formverkürzungen, die eine überirdische Verwandtschaft der dramatischen Gestalt bezeugen sollen, sieht

entsprechend seiner eingeborenen Natur auch die Bühnenwesen gar nicht in ihrer stereometrischen Vollendung. Er schneidet ihnen nur ein Stücklein aus dem Herzen heraus. Er betont irgendeinen winzigen Charakterzug, damit, *pars pro toto*, der ganze Mensch sich zeige. Weil Barlach derartig schafft und arbeitet, tut er etwas, was dem Temperament und auch der Kunsteinsicht eines kultivierten Menschen einleuchtet. Man hing ihm an und verteidigte durchaus den Verleger Paul Cassirer in Berlin, der sich aller seiner Dramen annimmt, um diese, schön ausgestattet, in die Welt hinauszuschicken. Man freut sich auch, daß besonders der Berliner Theaterintendant Leopold Jessner seine Regisseurphantasie auf die theatralische Belebung der Barlachschen Dramen gestellt hat. In seinem neuesten Drama *Die Sündflut* /Berlin, Paul Cassirer/ will Barlach den schlichten Mann, der unbedingt Gott vertraut, auch in Nöten und Schmerzen, vor die Rampe führen. Er möchte diesen Noah, den Günstling Gottes, der die große Sündenüberschwemmung der Welt überlebte, in seiner ursprünglichsten Frömmigkeit zeigen und legt ihm nun die großen gläubigen Wendungen in den Mund, die der Beter, den sein Herz steil zum Himmel hinaufreißt, gebrauchen könnte. Eine dunkle, fast pessimistische Grundstimmung ist es, aus der Noah erwächst. Es ist genau so, als wenn der Holzschneider sehr scharf grundiert, um die Umrisse seiner Gestalten desto schärfer hervorwachsen zu lassen. Dieses Drama ist eine massive Rhapsodie, die Symbole, Klänge des einfältigsten Herzens gibt. Noah, Gottes getreuestes Kind, ist bei Barlach wie ein Bruder Hiobs oder wie ein Teil Hiobs selbst. Der andere Teil aber ist in dem Verächter und Bekämpfer Gottes, der gerade dadurch die nicht zu erkennende, wohl aber zu ahnende Allgegenwart Gottes bezeugt. Der Dichter selber fällt kein Urteil. Das Drama kann ebenso von einem trotzigem Ketzler wie von einem hingebend Gläubigen geschrieben sein. Und darum gerade leuchtet das Zwingende der Sache selbst hervor.

Die Wut *Carl Sternheims* auf die soziale und geistige Verworrenheit unserer Zeit scheint augenblicklich ausgebrannt. Noch in seinem vorletzten Theaterstück *Der Nebbich* verhechelte er den Snobismus des Bildungspöbels. Er setzte dieser Menschenkarikatur sehr fröhliche Lichter auf, und sein Sarkasmus ätzte tüchtig. Heute aber muß Sternheim sich an Vergangenes anlehnen. Er ist kühn genug,

um die historische Persönlichkeit Oscar Wildes als Hauptgestalt eines Dramas zu erwählen. Heikelstes war anzutasten, die besondere erotische Art des englischen Spötters, der eher romantisch als realistisch seine Zeitgenossen entlarven will. Das Drama *Oscar Wildes* /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/, das derartig entstand, war ein Werk des Taktes, des ästhetischen Auswägens, der theatralischen Dekoration. Menschen von der Art Wildes, die gemischt sind aus Krankem und Gewaltigem, die rebellisch ihre Mitwelt beiseiteschieben, um an das Ziel ihrer persönlichsten Grazie und Grandezza zu gelangen, solche Helden der lehreichen, wunderlichen, sogar zersmetternden Vereinsamung, können tragisch wirken. Aber die Analyse ihres Innern kann kaum geschehen, indem ein paar erregende Momente aus solchem Dasein auf die Bühne gerissen werden. Die einzelnen Akte der Wildetragedie mußten Melodramen werden, von kultiviertem, auch routiniertem Aufbau.

Während dieser Deutsche versucht den komplizierten Charakter noch mehr zu komplizieren, unternimmt *Bernard Shaw* es lächelnd einen der meistumstrittenen Charaktere der Weltgeschichte für alle gutmütigen Rationalisten zu retten. Die Heilige Johanna /Berlin, S. Fischer/ ist gerade darum ein so schönes und heiteres Tragikerwerk, weil in der mystischen Natur des kriegerischen Mädchens gar nichts Seltsames ausgefüllt wird. Johanna kommt zu ihrer Erhöhung, sie verfällt ihrem Tod nur deswegen, weil sie einem starken Trieb, einer Naturwüchsigkeit, einer Frömmigkeit, einer Herzensreinheit folgt, und weil die Menschen, mit denen sie aneinandergerät, recht dumme und bornierte Tölpel sind. Das Vorwort, das *Bernard Shaw* zu seinem historischen Schauspiel schrieb, säubert die Überlieferung gründlichst von dem Aberglauben, daß irgendwelche besonderen Züge der Hysterikerin oder gar der noch schlimmern Wahnsinnigen in dem Landmädchen von Domremy vorgeherrscht hätten. Schon *Anatole France* hat vor knapp 20 Jahren ein sehr gelehrtes und ebenso umfangreiches Buch über *Jeanne d'Arc* geschrieben, um zu erweisen, daß alles psychiatrische oder auch dogmatische Grübeln über die wirkliche Bedeutung des Heldenmädchens überflüssig sei. Sie sei das natürlichste Geschöpf von der Welt gewesen, von großer Unternehmungslust, eine glühende Patriotin, Zungenrednerin mit eigenmächtigem Willen und so fest auf der Erde stehend, daß sie es sich

getrauen konnte auch die Größten dieser Erde nach Herzenslust der Feigheit, des Wankelmuts und des Landesverrats zu bezichtigen. Was Anatole France hier lächelnd behauptet hatte, das wurde nun alles in den Akten der Shawschen Johannatragödie sehr lebendiges Theater. Dieses Drama des schöpferischen Glaubens ist von einem geschrieben, der selber solchen Glauben nicht haben kann, aber so tief in dessen Geheimnis eingedrungen ist, wie es einem (noch so weiten und freien) Intellekt möglich ist. Shaw ist groß genug, um auch zu wissen, was ihm fehlt. Er redet sich nicht ein das zu haben, was ihm verschlossen ist; aber er weiß, daß es das Höchste ist. Auch *Luigi Pirandello*, der italienische Dramatiker, der plötzlich, da er schon an der Schwelle des Greisenalters steht, zu internationalem Ruhm gelangt, besitzt den nicht zu trübenden Theatersinn. Ja, sein Theatersinn ist so stark, daß er nicht einmal der aufreizenden Kolportage aus dem Weg geht. Analysiert man die verborgenen Fäden seines Schauspiels 6 Personen suchen einen Autor /Berlin, Alf Häger/, das am meisten Aufsehen erregte, so gelangt man zu eigentümlichen Ergebnissen. Die Geschichte von dem Stiefvater, durch dessen Schuld das junge Mädchen der Unzucht verfällt, ist Phantasie der Pariser Vorstadt, wie sie in dem neuen Genre des "Cinémarmans" gepflegt wird, einer Kunstart, die die Pariser Millionenblätter gern ihren Lesern als Hauptaktionen anbieten. Und alles, was aus dieser Vorgeschichte folgt: der Zusammenbruch der alten Frau, der Selbstmord des jungen Mannes und das Schelten und Keifen der ganzen Familie, wenn sie durcheinanderwirbelt, auch das ist von gleicher Abstammung. Das Gerüst der Handlung ist handfestes Melodramenhandwerk. Aber dann überkam die Inspiration plötzlich den Italiener. Das Leben soll vorgetäuscht werden; einmal durch das dichterische Werk und dann auch durch die Verwirklichung des dichterischen Werkes durch das Spiel der Komödianten. Das Begebnis schließt nicht logisch ab, es wird stets ins Traumhafte und Gespenstische hineingerückt. Die Menschen auf der Bühne sind bald unendlich klein, bald geisterhaft groß. Jeder lebendige Mensch hat seinen komödiantischen Gegenspieler. Gezeigt werden Mensch und Schatten des Menschen. Diese Technik wirkt unerhört aufreizend. Und da sie von einem sehr geistreichen Mann geübt wird, gefällt sie auch jenen, die sich skeptisch gebärden wollen.

Erzählungen Die neue Novelle *Arthur Schnitzlers* Fräulein Else /Wien, Paul Zsolnay/ erzählt von äußerlich wenig bewegten Dingen. Die Pointe der Geschichte ist, daß ein gut erzogenes junges Mädchen es nicht über sich gewinnt ihren sehr schönen Körper zur Rettung des gefährdeten Glücks ihrer Eltern zu verkaufen. Aber deshalb eben, weil etwas Alltägliches außerordentlich erlesen beseelt wird, gelang dem Dichter wiederum ein vollendetes Werk. Und die Form (die Schnitzler schon in Leutnant Gustl angewandt hatte): daß sich das Innere eines Menschen kinematographisch abrollt, ist nicht Willkür sondern Erfordernis der Sache. Schnitzlers pointillierender Stil, der sich immer vor der allzu explosiven Entladung hütet und trotzdem zu den geheimsten Regungen vordringt, hat in diesem Werk noch reinere Reife erlangt. Schnitzler ist auch satirisch. Allerdings ganz leise. Er nimmt nie den Mund sehr voll, er redet nie sehr laut. Um so erschütternder wirkt dann das Ende, dieser unaufdringliche Selbsttod des Mädchens, das bis zum letzten Augenblick noch nicht weiß, daß es ihm Ernst ist, obgleich es längst in ihm beschlossen ist. Über die Schöpfungsdinge und ihre kosmischen Zusammenhänge versteht *Adolf Koelsch*, scheinbar als liebenswürdiger Erzähler, in Wahrheit als tiefbohrend um Erkenntnis Ringender, Wesentliches zu sagen. Koelsch, der Chronist der Mikroben, der Blumen, der Pflanzen und der Schmetterlinge, sammelte sich zu einem Weltanschauungsroman, genannt *Der Mann im Mond* /Leipzig, Grethlein & Co./ Er beginnt in behäbiger, anschaulicher und heiterer Manier, wie der selige Gottfried Keller, indem er allerhand schrullige Menschlein vor den Leser führt. Der See und die Bäume und die Schiffelein und die Landhäuser und die Mädchen, von denen er erzählt, sind wohl auch in Zürcher Nachbarschaft beheimatet. Auch darin ist Koelsch ein Enkel des klassischen Zürichers, daß er es nicht bei der Idylle beläßt. Der Mann im Mond, von dem er zu berichten weiß, möchte als Einsiedler den Süßigkeiten und den Sanftheiten der Natur nahekommen. Doch es gelingt ihm nicht vollkommen, weil er auch in seiner paradiesischen Stille von Nebenmenschen getroffen und aufgescheucht wird. Schließlich bleiben ein Mann und eine Frau ratlos auf dem Weg ihres Daseins stehen, und der Dichter ist viel zu gütig, als daß er diese seine Geschöpfe zu einem lärmenden Untergang verurteilte.

Betrachtungen Unstet und fiebernd in seiner gierigen Gedankenarbeit ist *Fritz von Unruh*, heute mehr propagandistisch eingestimmt als fröhlich produzierend, ein sehr pathetischer Mensch. Wenn er reist, so runden sich seine Betrachtungen über Menschen und Länder zu Bildern, die pompös und großartig ausgemalt werden. Er sieht, wie es seine Natur verlangt, eher mit vollstem und zitterndem Herzen als mit dem Auge, das sich dem Wohlgefallen hingibt. Er nimmt dann leicht, wenn er beschreibt, den Mund zu voll. Er dröhnt, er trompetet, ehe das Erlebnis eigentlich in ihm angesiedelt ist. Man liest ein Kapitel seiner Reisebetrachtungen, die unter dem Titel Flügel der Nike vereinigt sind /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/, und man reicht dem wertvollen, feierlich redenden Mann die Hand. Zuweilen kommt auch die Ermüdung. Aber dann ist man wieder gefesselt. Nur ist leider durchaus nicht alles richtig gesehen, und gerade manches von dem nicht, was im Sinn der europäischen Zusammenarbeit besonders wichtig wäre.

Der ernste Lyriker *Albert Steffen*, der einer fast abstrakten Dichtung sein Talent schenkte, gehört zu den getreuesten Jüngern des eben verstorbenen Rudolf Steiner. Man weiß, daß Albert Steffen auch eine besondere Ästhetik erbaute, deren Einzelsätze vielleicht etwas verworren sind, als deren Fundament man aber ungefähr das pantheistische Weltgefühl des Künstlers angeben kann. Albert Steffen wird von dieser Empfindung getragen, wenn er dichtet. Allerdings erstarrte seine Dichtung meist in der eisigen, allzu abgekühlten Form. Wenn dieser Dichter künstlerische Gestalten betrachtet, dann wird er befangen, dann wird er aber auch bereichert durch diese Einstellung. Sein Buch der ästhetischen Erkenntnis gibt er aus als eine Betrachtung über die Krisis im Leben des Künstlers /Leipzig, Grethlein & Co./. Er mißt also das Erdengefühl des Dichters mit dem Übererdengefühl. Am Phänomen der Schweizer Klassiker, also an Jeremias Gotthelf, Gottfried Keller und Karl Spitteler kann sich solche Erwägung durchaus aufklärend üben. Es geschieht aber, daß auch Dante und Goethe und Dostojewskij betrachtet werden, und dann geschieht dem sehr umfassenden Genie unrecht, weil es in eine Weltanschauung des Kritikers eingekeilt werden soll, die sich um viele Mannigfaltigkeiten der unendlich mannigfaltigen Geistesexistenz mit klarem Bewußtsein betrügt.

Der Satiriker *Adolf Uzarski* geniert sich nicht. Er greift sehr derb an, wenn er die Reise nach Deutschland erzählt (siehe diese Rundschau, 1924 Seite 798 und folgende), die er, gut gelaunt, aber auch böse geladen, für einen entdeckten und übersetzten spanischen Roman ausgibt. Die Galle sprüht in Uzarski. Er ist boshaft bis zur Unflätigkeit, ein Feind der Spießbürgerei, ein Zerstörer der Tradition. Man gibt ihm nicht immer recht. Aber man liest ihn doch gern. Ebenso den ihm verwandten *Martin Hürlimann*, der ein ebenso bissiges, romanhaft zugestutztes Reisebuch, betitelt Tut Kung Bluff /Leipzig, Grethlein & Co./, schrieb, den Sinnen einprägsam und mehr noch den Verstand vorwärtsstoßend. Mit großer Frische wird hier, wengleich uneigene, ungeprüfte Urteile nicht immer vermieden werden, einer neuen Konvention zu Leibe gerückt.

Neuausgaben Kurt Offenburg hat die Canterburygeschichten *Geoffrey Chaucers* neu verdeutscht und eingeleitet /Dresden, Sibyllenverlag/. Chaucer versuchte sich an den gleichen Stoffen, die Boccaccio nach alten Chroniken erzählt hat, und die so viel Nachahmung gefunden haben. Die Arbeit des Herausgebers, der ein philologisch berühmtes Werk in flüssige Prosa umgoß, ist nicht gering zu schätzen.

Der Deutschmeisterverlag in München gibt eine Sammlung Bücher der deutschen Geister heraus. *Hebbels* Epos Mutter und Kind erschien in dieser Sammlung, in einer schönen deutschen Schrift gedruckt und geschmackvoll gebunden. Man weiß, daß Hebbel die tragische Idylle von Hermann und Dorothea zum Vorbild nahm, als er die herzliche Geschichte von der geprüften Mutterliebe dichtete. Noch heute kann dieses Epos in seiner volkstümlichen Reinheit erfreulich wirken.

Der Belgier *Camille Lemonnier*, der nun auch schon 12 Jahre unter dem Rasen liegt, hat das große Epos des belgischen Metallarbeiters geschrieben: Happe-chair, wörtlich Die Fleischfalle. Das Buch erschien noch zu Lebzeiten Lemonniers in deutscher Sprache unter dem Titel Der eiserne Moloch. Es wäre wegen der großen finanziellen Schwierigkeiten, die sich dem Neudruck entgegenstellten, in Vergessenheit geraten. Jetzt hat der Verlag Axel Juncker in Berlin eine Neuausgabe des Werkes besorgt. Das Epos des französischen Bergarbeiters ist Zolas *Germinal*, und ein würdiges Gegenstück hierzu Lemonniers *Eiserner Moloch*.

Der Verlag Hesse & Becker in Berlin brachte eine Gesamtausgabe der Werke *Dostojewskijs* heraus. Das vielbändige Werk umfaßt nicht nur die großen Romane des Russen (einen von ihnen um bisher unbekanntes Kapitel ergänzt) sondern auch die kleinen Erzählungen, in denen Dostojewskij so viel Selbstbiographisches heimlich unterbrachte. Man vergesse nicht, daß dieser große Tragiker auch ein bizarrer Humorist war. Er verstand es die Qualen, die seiner schwer belasteten Seele und seinem leidenden Körper von der Natur angetan wurden, in fröhliche Geschichten umzusetzen. Aber auch in diesen Geschichten lebt ein großes Grauen. Dostojewskij war bisher trotz all seiner Volkstümlichkeit für Deutsche ein teurer Schriftsteller. Man konnte ihn nur in einer schönen und kostspieligen Ausgabe lesen. Nun schaffen Hesse & Becker die volkstümliche Gesamtausgabe Dostojewskijs, die trotz ihrem wohlfeilen Preis der Ästhetik des Buches nicht entbehrt. Die stattlichen Bände sind in gutes Halbleinen gebunden, der deutsche Druck ist deutlich, das feine Papier ist tadellos weiß und allem Anschein nach auch für die Ewigkeit bestimmt.

Der Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger in Berlin nimmt sich mit großer Unternehmungslust des Dichters *Arno Holz* an. Er stattet die alten Bücher dieses unermüdlichen, genial fruchtbaren literarischen Pioniers verschwenderisch aus. Die beiden Bände der Blechschmiede sind ein wohlfeiles und bibliophiles Meisterstück des Verlags (leider arg entstellt durch den vertikalen Titel des Rückens, der wahrhaftig breit genug war einen horizontalen Titel in deutlichsten Buchstaben zu tragen). Als Arno Holz vor vielen Jahren die Blechschmiede hämmern ließ, sang in ihm die ungeheure parodistische Ergiebigkeit. Vorurteile entgötternd, verbrauchte Kunstformen lächerlich machend, soziale Ungerechtigkeiten hechelnd und enthüllend, so bemühte sich Arno Holz unentwegt. Er tat es in Versen, die ihm märchenhaft leicht aus der Feder flossen. Er ist das unvergängliche Phänomen, ein Formkünstler, der seinesgleichen nicht in den letzten 30 Jahren gefunden hat.

Sehr verdienstvoll ist es, was die Allgemeine Verlagsanstalt in München betreibt. Sie veröffentlicht eine *Bibliothek der Groschenbücher* und druckt hierin Storm, Puschkin, E. T. A. Hoffmann, Balzac, Gozzi, Heine, Poe usw. Man kann diese durchaus anständig ausgestatteten Hefte mit bestem Gewissen empfehlen.

Kurze Chronik In der Monatsschrift *Russkij Sowremennik* wurde eine Reihe von *Briefen Leonid Andrejews* an seine Mutter und seine Geschwister, mit denen er in engster Freundschaft lebte, veröffentlicht. ◊ Der *Goncourtpreis* ist Thierry Sandre für seine 3 Bücher *Le chèvrefeuille*, *Le purgatoire* und *Athénée* zuerkannt worden. ◊ Die *polnische* Regierung hat den Dichtern Kasimir Temajer und Josef Weyssenhoff eine lebenslängliche Rente von 400 Zloty monatlich bewilligt. Wann geschieht so etwas in Deutschland?

Literatur

Anna Dostojewskaja, die *Dostojewskij* als ein blutjunges Mädchen geheiratet hatte, war eine tapfere und liebeserbene Frau. Sie opferte sich für den alternden Schriftsteller, der schon häufig von Vorahnungen seines baldigen Untergangs gequält wurde. Sie wollte diesem Mann, dessen Genie sie bewunderte, eine hilfreiche Gefährtin sein und ihm ein Lächeln bringen, das er bisher entbehrt hatte. So ging Dostojewskij, der gerade an einer Periode der Erschöpfung litt und nicht produzieren konnte, mit Anna Grigorjewna nach Deutschland. Man landete zunächst in Dresden, dann übersiedelte man nach Baden-Baden, um schließlich in die Schweiz weiter zu eilen. In Baden-Baden hat sich eine der größten und intimsten Tragödien des Dostojewskijschen Daseins abgespielt. Der Dichter war von Natur dazu verdammt der Spielerleidenschaft zu huldigen. Schon als er in Rußland den Zug bestieg, träumte er von der Erfüllung phantastischer Gewinnpläne. Kurze Zeit nur hielt er es in Dresden aus. Dann hastete er wie ein Besessener mit seiner jungen Gattin nach Baden-Baden. Und dort begann dieses entsetzliche Dasein, das Anna Dostojewskaja in ihrem Tagebuch /Berlin, E. Laub/ erzählt. Obwohl Dostojewskij mehrmals an den vollständigen Ruin und an den Rand der Todesverzweiflung geführt wurde, zog es ihn immer wieder in den Spielsaal zurück. Er versetzte die Kleider seiner Frau und seine eigenen Kleider, wenn die Schmucksachen schon verloren waren. Er hungerte manchmal, um nur spielen zu können. Er glaubte daran ein besonderes System erfunden zu haben, auf das er schwor. Natürlich zerrann auch dieser Glaube. Und gefleddert und gebrochen und enttäuscht und innerlich krank und noch mehr ausgeliefert an die Fallsucht, zu der die Natur ihn verflucht hatte, mußte er weichen. Das Tagebuch

der Gattin Dostojewskijs berichtet ohne Schwung, ja sogar einfältig von diesen Ereignissen. Diese Frau war eine unermüdlige Dulderin, die alles ertrug, ohne zu murren. Sie weinte kaum. Gewiß, sie verstand das Genie kaum. Sie war auch nicht seine Muse. Aber sie war eine kindlich-heroische Natur. Und wenn es ihr schließlich gelang Dostojewskij aus seiner Hölle zu entführen, so darf sie auch das Verdienst für sich rechnen dem Mann die Kraft gerettet zu haben, um eines der merkwürdigsten und tiefsten Werke der Weltliteratur zu schreiben, nämlich jenen Spielerroman, in dem Dostojewskij die Seele des Fanatikers von Roulette und Bakkarat enthüllt. So darf Anna Dostojewskaja durchaus Anspruch auf die Unsterblichkeit erheben. ◊ Stürmer gegen das Philistertum nennt *John Schikowski*, der über Grabbe, Glasbrenner, Hartleben und Liliencron unterhaltende und mit Abneigung gegen den Spießbürger geladene Studien schrieb, den Sammelband, der diese Arbeiten enthält /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/. Der Titel bekundet seine Grundstimmung. Er will eben allen Kleinmütigen, die den Dichter zum Kannegießer und lieblichen Kompromissionär erniedrigen wollen, gründlich seine Meinung sagen. Diese Absicht gelang ihm. ◊ 3 Studien: über Kleist, Hölderlin und Nietzsche, veröffentlicht *Stefan Zweig* unter dem Titel *Der Kampf mit dem Dämon* /Leipzig, Inselverlag/. Er widmet sein Werk dem Seelenforscher Sigmund Freud und deutet hiermit an, welche kritischen Wege er beschreitet. Er sucht nämlich das Einsame, eben jenen Dämon auf, der den Dichter und den dichtenden Philosophen von der menschlichen Gesellschaft fortreibt und zum genialen Sonderling macht. Die Kunst Stefan Zweigs ist sehr groß. Er versteht es mit Anmut schwierige Probleme zu behandeln. Und wer empfindsam ist, kommt zu reicher Belehrung. ◊ In »Versuchen« deutet *Arnold Zweig* Lessing, Kleist und Büchner aus /Berlin, J. M. Spaeth/. Auch er will das geniale Individuum als Opponenten seiner Zeit, nicht als deren Exponenten erklären. Der Durchschnittsbürger nimmt gewöhnlich, ohne es zu wissen, auch das Genie als Bürger, freilich als Überphilister oder Übernachtwächter oder auch Übermorphinisten. Es ist erfreulich, daß diese hausbackene Erklärung des Genies heute nicht mehr beliebt ist. Von Lessing, von Kleist und Büchner ist unter Anwendung solcher Theorie immer noch neue Erkenntnis einzuholen.

KULTUR

Kolonisation / *Herman Kranold*

Kautschuk Dadurch, daß plötzlich im englischen und niederländischen Ostindien riesige Kautschukplantagen heranreiften, war zu Ende des Krieges eine gewaltige Überproduktion an Kautschuk entstanden. Die Preise erreichten einen Tiefstand, den man bis dahin für undenkbar gehalten hätte. Zahlreiche Pflanzungen mußten den Betrieb einstellen, weil die Preise nicht einmal die laufenden Betriebskosten mehr deckten. Der Wildkautschuk ist heute beinahe ganz aus dem Markt verdrängt. Nur 5% des Kautschukverbrauches der Welt kommen heute noch aus den Urwäldern Brasiliens, 70% kommen aus englischen Kolonien, 25% aus Niederländisch Indien. Das Kongogebiet hat für die Kautschukerzeugung überhaupt keine Bedeutung mehr. Zunächst suchte man der Überproduktion durch Auffindung neuer Verwendungszwecke abzuwehren; doch hatten die Versuche Kautschuk als Papierzusatz, zur Straßenpflasterung usw. zu benutzen, über die auch in dieser Rundschau berichtet wurde, auf die Dauer keine günstigen Ergebnisse. Nun nimmt zwar der Kautschukverbrauch infolge des Aufschwungs der Automobil- und Elektroindustrie und der ausgedehnten Herstellung von Kleidungsstücken aus Gummistoff schnell zu; in der letzten Zeit betrug die jährliche Steigerung des Weltverbrauchs etwa 13%, was eine Verdoppelung des Verbrauchs in etwa 5 Jahren bedeutet. Trotzdem war der Zuwachs an volltragsfähigen Kautschukbäumen in den letzten Jahren immer noch beträchtlich größer als die Verbrauchszunahme. Deshalb ist für die Gebiete des Britischen Reichs seit dem 1. November 1922 gewaltsam eine Reihe von Ausfuhrzollmaßnahmen durchgeführt worden, durch die man die Kautschukangebote künstlich einschränkte. Zurzeit dürfen die Kautschukpflanzler in jedem Jahr nur zwei Drittel ihrer Bäume anzapfen. In den niederländischen Kautschukgebieten hat man die Produktionsmöglichkeit voll bestehen lassen, so daß deren Anteil am Kautschukabsatz der Welt neuerdings von 25 auf 32% gestiegen ist. Dabei kam die durch die britische Produktionseinschränkung bewirkte Verdoppelung der Kautschukpreise natürlich auch den Niederländern zugute. Schon in den letzten Wochen ist der Kautschukpreis sehr erheblich gestiegen, so daß eine Vergrö-

Berung des Kontingents unmittelbar bevorsteht. Es ist damit zu rechnen, daß man in 2 bis 3 Jahren die Produktionsfähigkeit der jetzt vorhandenen Plantagen voll in Anspruch wird nehmen müssen. Für diese Zeit rüsten sich jetzt schon die Kautschukinteressenten der Vereinigten Staaten; sie gehen allmählich daran nunmehr auch in Brasilien, wo bisher lediglich Wildkautschuk gewonnen wurde, Kautschukplantagen anzulegen. Kautschukbäume werden aber erst innerhalb von 6 Jahren ertragsfähig und erreichen erst nach 10 Jahren ihre volle Produktionskraft. Für die Jahre von 1928 bis 1934 wird man also mit einem erheblichen Mangel an Kautschuk auf dem Weltmarkt zu rechnen haben, falls es nicht gelingt für die Pneumatikerzeugung einen Stoff zu finden, der den Gummi teilweise oder vollständig ersetzt.

Canada

Schon seit längerer Zeit dringt im westlichen Canada das *Kapital der Vereinigten Staaten* ständig vor. Interessante Einzelheiten gibt ein Bericht des Handelsdepartements der Vereinigten Staaten vom 23. November 1924 an. »Canada«, heißt es dort, »kann wirtschaftlich und sozial als eine nördliche Verlängerung der Vereinigten Staaten angesehen werden, und unser Handel mit Canada gleicht in vieler Beziehung mehr dem Inlandshandel als unser auswärtiger Handel mit anderen Ländern.« Der Bericht illustriert diesen Stand der Dinge, indem er dartut, wie weit die ökonomische Durchdringung Canadas bereits fortgeschritten ist. Nach einer Zusammenstellung der *Financial Post* war im Jahr 1923 in Canada amerikanisches Kapital im Betrag von 2,4 Milliarden Dollars, englisches dagegen nur im Betrag von 1,9 Milliarden Dollars angelegt. Der Weg dazu war hauptsächlich der, daß große Industrien der Vereinigten Staaten Filialen in Canada anlegten, um so die Zollschatzbestimmungen des Britischen Reichs für das Mutterland und die Kolonien zu umgehen. So sind zum Beispiel 80% des Kapitals der Automobilindustrie Eigentum von Bürgern der Vereinigten Staaten. Es war auffällig, daß die gewaltige Automobilindustrie der Vereinigten Staaten eine relativ nur geringe Anzahl Automobile exportierte; dies erklärt sich jedoch eben daraus, daß die Automobilfabrikanten der Vereinigten Staaten ihre Exportgeschäfte von ihren canadischen Betrieben aus besorgen und dabei außerordentlich große Gewinne erzielen. Zu-

dem geben sämtliche canadischen Behörden die Staatsgelder mit Vorliebe für im Land selbst produzierte Waren aus, was jene Kapitalpolitik der Vereinigten Staaten noch verstärkt. Der Gewinn aus solchen Waren wandert jedoch nach den Vereinigten Staaten. Besonders groß ist er in einigen Industrien, deren Produktionskosten durch die in Canada sehr billige, aus Wasser gewonnene elektrische Kraft erheblich vermindert werden. So haben die nordamerikanischen Unternehmer in British Columbia große Anlagen für die Erzeugung von Holzschliff und Papier geschaffen. Von 1890 bis 1908 betrug ihr Anteil an dem Export, der fast ganz nach den Vereinigten Staaten geht, 98%. Von 1903 bis 1923 ist Holzschliff aus Canada überhaupt nicht mehr nach Großbritannien ausgeführt worden. Der größte Teil der canadischen Bergwerke befindet sich in gleicher Lage, 250 Millionen Dollars nordamerikanisches Kapital steckten in ihnen. Die größte Gold- und die größte Kupfermine British Columbiens gehören den New Yorker Guggenheims. Das canadische Nickelerz wanderte bisher zur Verhüttung und Raffinierung ausschließlich in die Vereinigten Staaten; die Versuche canadischer Unternehmer dem abzuwehren hatten nur den Erfolg, daß nunmehr die Verhüttung in Canada mit Kapital aus der Union vor sich geht.

In England sieht man diese Dinge natürlich mit Mißbehagen an. Ein Aufsatz Sir Charles Piers' im *Manchester Guardian Commercial* vom 5. Februar 1925 macht sich zwar über die oben erwähnte Feststellung des amerikanischen Berichts mit folgenden Worten lustig: »Weder Ost- noch Westcanada wünschen im geringsten »wirtschaftlich und sozial als eine nördliche Verlängerung der Vereinigten Staaten« angesehen zu werden sondern sind jeden Tag stolzer auf die Tatsache, daß Canada eine der führenden verbündeten Nationen des Britischen Reiches ist.« Aber er kann sich nicht enthalten die Zahlen der Kapitalsanlagen mit dem Kommentar zu begleiten: »Das ist auffallend.« Die Entwickelung der Dinge sucht er folgendermaßen zu erklären: »Der gegenwärtige canadische Zolltarif, so niedrig er ist, entspricht dieser Lage, die vom Standpunkt des einheimischen Fabrikanten und auch von dem des Produzenten von Erzeugnissen des Britischen Reichs beklagenswert ist.« Es berührt zum mindesten recht eigentümlich einen solchen Ausspruch ohne eine Einschränkung oder einen Widerspruch der Redaktion in einem Blatt zu

lesen, das gerade jetzt wieder der eifrigste Fahnenträger der englischen Freihandelspartei in dem Kampf ist, den diese mit allen Waffen gegen die britischen Zollschatzbestrebungen führt. Im Gegensatz zu Australien und Südafrika hat das Dominion Canada nicht eine eigentliche *Verfassung*, die es sich selbst gegeben hätte und also auch selbst ändern könnte; vielmehr beruht die Verfassung dieses Bundesstaats (der charakteristischerweise auch in seinem Namen seine Eigenstaatlichkeit nicht erkennen läßt) auf einem vom britischen Parlament beschlossenen Gesetz, dem *British North America Act*, das nur vom britischen Parlament abgeändert werden kann. Daraufhin hat jetzt der *Privy Council of the King* einen Beschluß gefaßt, durch den ein canadisches Gesetz für ungültig erklärt wird, weil es der canadischen Verfassung widerspreche. Es handelt sich um ein Gesetz, das vor 17 Jahren geschaffen wurde, um Streiks und Aussperrungen vorzubeugen; das *Lemieux Act*. Bisher blieb dieses Gesetz unbeanstandet bestehen; 441 Schlichtungsausschüsse wurden auf Grund seiner Vorschriften im Lauf der Jahre eingesetzt, und nur in 37 Fällen gelang es diesen Ausschüssen nicht einem Arbeitskampf vorzubeugen. Gerade jetzt stand ein solcher Kampf zwischen der *Hydro-Electric Commission* der Provinz *Ontario*, einer provinziellen Unternehmung zur Gewinnung elektrischen Stroms aus Wasserkraft, und deren Arbeitern bevor, und in diesem Streik erhob die Kommission die Einrede der Verfassungswidrigkeit des *Lemieux Act*. Dies rief in Canada allgemeine Entrüstung hervor, und die Propaganda für die Forderung, daß Canada das Recht habe seine Verfassung selbst zu ändern, flammte von neuem auf. Der *Manchester Guardian* schreibt: »Wenn die ehrwürdigen Mitglieder des Richterlichen Ausschusses des Geheimen Reichsrats in jedes Industriezentrum in Canada Bomben geworfen hätten, so hätten sie kaum eine größere Sensation geschaffen.« Besonders erbitterte es, daß man zu der Beratung keinen canadischen Richter hinzuzog, obwohl die Berufungsgerichte in *Ontario* und *Quebec* die Rechtsgültigkeit jenes Gesetzes anerkannt hatten.

Zeitschriften Die *Koloniale Rundschau* /Berlin, Verlag Kolonialkriegerdank/ erscheint in diesem Jahr wieder regelmäßig jeden Monat. Die ersten Hefte brachten eine Anzahl sehr bemerkenswerter Beiträge,

mit denen sich jeder für Kolonialfragen Interessierte bekanntmachen sollte. Mit Recht verteidigt die Zeitschrift auch eifrig die frühere deutsche Kolonialverwaltung gegen gehässige englische Angriffe. Dieser Aufgabe entledigt sich zum Beispiel ein Beitrag Heinrich Schnees Ostafrikanisches im allgemeinen recht geschickt. Man sollte bei solchen Dingen nur Phrasen und Allgemeinheiten streng zu vermeiden suchen. Als solche müssen aber Sätze bezeichnet werden wie etwa folgende: »Auch er [Lord Buxton] behauptet, daß die Deutschen sich von den Eingeborenen ferngehalten hätten, und führt aus seinen eigenen Erfahrungen bei einem Besuche Deutsch-Südafrikas an, daß die Eingeborenen äußerst überrascht gewesen wären, daß ein Beamter von seinem Rang sich mit ihnen in freundlicher Weise abgeben und ihre Wünsche angehört hätte. Tatsächlich haben die deutschen Beamten die Verwaltung in engster Fühlung mit den Eingeborenen geführt und deren Wünsche angehört und nach Möglichkeit berücksichtigt. Insbesondere galt dies auch von dem Gouverneur der Kolonie, und zwar nicht nur von dem letzten sondern auch von seinen Vorgängern, wie mir von zuverlässiger Seite mitgeteilt ist.« Tatsächlich wurden doch von den Deutschen viele Fehler bei der Behandlung der Eingeborenen gemacht, die gerade auch in den früheren Jahrgängen der *Kolonialen Rundschau* gerügt worden sind. Im gleichen Heft wird in einem Nachruf auf Morel über die Agitation *Morels* und *Casements* gegen die belgischen Kolonialgreuel gesagt: »Dieser Bericht fiel ebenso erschütternd aus wie *Morels* Buch und war die beste Rechtfertigung für dessen Vorgehen. In Deutschland hat man sich um diese Vorgänge so gut wie gar nicht gekümmert, obwohl die *Koloniale Rundschau* immer wieder auf sie aufmerksam zu machen gesucht hat, und obwohl Deutschland die moralische Pflicht hätte fühlen können auf die Innehaltung der auf der Berliner Konferenz 1885 unter *Bismarcks* Vorsitz geschaffenen *Kongoakte* zu dringen: eine der Grundforderungen dieser Akte war die anständige Behandlung der Eingeborenen, und man sah in bequemer Opportunitätspolitik ruhig zu, wie diese in ihr grausames Gegenteil verkehrt wurde.«

Seit dem 1. Januar erscheint 14tägig eine neue Zeitschrift unter dem Titel *Industrial and Trade Review for India* /Berlin, Selbstverlag/. Sie bringt Aufsätze und Notizen über die wirtschaftliche

Entwicklung und die Außenhandelsbeziehungen British Indiens unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Interessen. Soweit die beiden ersten Hefte ein Urteil erlauben, kann die Zeitschrift wegen ihres instruktiven Inhalts und ihrer sachlichen Behandlung der Fragen denen empfohlen werden, die Information über Tatsachen suchen.

Totenliste Am 10. Februar starb in Nairobi in Britisch Ostafrika der Gouverneur der Kenyakolonie, *Sir Robert Coryndon*, 56 Jahre alt. Er hatte früher die Ugandakolonie verwaltet, die Grenzpolizei im Betschuanaland kommandiert und lange Zeit in Rhodesien unter der British South African Company gedient. In den letzten Lebensjahren wirkte er hauptsächlich für den Eingeborenenchutz und erwarb sich dadurch Verdienste. Einen heftigen Kampf führte er gegen die indischen Einwanderer.

In London starb am 20. März *George Nathaniel Earl Curzon of Kedleston*, im Alter von 66 Jahren. Er war von 1891 bis 1892 Unterstaatssekretär für Indien und von 1899 bis 1905 Vizekönig von Indien und verfocht als solcher eifrig den Ausbau des britischen Imperiums durch Annexion der Länder an der Nordwestecke des Indischen Ozeans. Auch die Expedition des Obersten Younghousband nach der Hauptstadt Tibets, Lhasa, im Jahr 1903 ist auf seine Initiative zurückzuführen. Doch hatte Curzon keinen Erfolg in den Wünschen, die jener Expedition zugrunde lagen: Tibet zum Glacis British Indiens zu machen.

Kurze Chronik In Nepal, dem Staat, der zwischen British Indien und Tibet im Himalajagebiet liegt, bestand bisher gesetzlich noch die *Sklaverei*. Nach einer Statistik der Regierung (die wahrscheinlich zu niedrige Zahlen annimmt) gibt es jetzt dort noch 15 000 Eigentümer von Sklaven und 50 000 Sklaven. Die Regierung beschloß nunmehr die Sklaverei abzuschaffen. Die Sklavenbesitzer sollen von Staats wegen entschädigt werden, die bisherigen Sklaven aber verpflichtet sein gegen Gewährung von Nahrung und Kleidung noch 7 Jahre lang für ihre früheren Herren zu arbeiten. \diamond Offenbar zum Schutz der *ägyptischen* Industrie gegen die Konkurrenz anderer Länder, vor allem Englands und Amerikas, will die Regierung Ägyptens zum nächsten vertraglich zulässigen Termin (spätestens zum 1. Januar 1931) eine allgemeine Erhöhung

der Einfuhrzölle durchführen, und zwar von jetzt 8 % auf 15 %. Da Italien bei seiner niedrigen Valuta ein Interesse an dieser Heraufsetzung hat, und der jetzige Zollsatz auf einem Vertrag mit Italien (mit Meistbegünstigung der anderen Staaten) beruht, so ist es möglich, daß dem Wunsch der Italiener Rechnung getragen wird, die eine frühere Erhöhung der Zölle, und zwar auf 12 %, vorschlagen. Das ägyptische Budget schloß in den letzten Jahren sehr günstig ab. Die letzten 5 Jahre brachten dem Staat einen Überschuß von 18 Millionen ägyptischen Pfund; man will deshalb die Baumwollproduktionssteuer, die jährlich 2 Millionen Pfund einbrachte, abschaffen. Fiskalische Gründe können demnach für die beabsichtigte Erhöhung der Zollsätze nicht ins Feld geführt werden. \diamond In England wurde zur Erinnerung an den englischen Afrikaforscher, Missionar und Eingeborenenbeschützer David Livingstone ein großer *Livingstonefilm* aufgenommen. Der Film spielt in Afrika selbst, und zwar vorwiegend in den Teilen Zentralafrikas, in denen Livingstone lebte.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Vorgeschichte In den Rundschauen Geschichte (1922 I Seite 547) und Neuerscheinungen (1924 Seite 212) wolle der Leser einiges über *Gustaf Kossinna* nachlesen. Nun ist sein Werk Die deutsche Vorgeschichte eine hervorragende nationale Wissenschaft, mit 516 Abbildungen im Text und auf 62 Tafeln, in 4., vermehrter und verbesserter Auflage erschienen /Leipzig, Curt Kabitzsch/. Das erste der Adjektiva in seinem Titel ist Streittruf im Kampf gegen Überschätzung der klassischen Archäologie, der der Berliner Gelehrte in der viele Jahrtausende langen Entwicklung der Menschheit nur die Säkula zugesteht, die ihr tatsächlich gebühren, aber nicht den Hochmutskranz, den sie, als gäbe sie alleinseligmachenden Bildungswert, auf dem Haupt zu tragen sich anmaßt, als verstaubte Erbschaft aus jener Zeit, von der sich 1838 Leopold von Ledebur in der Vorrede zu seiner Beschreibung der im Schloß Monbijou zu Berlin untergebrachten vaterländischen Altertümer vernehmen ließ: »Das eigentlich Heimatliche, als Barbarisches verachtet, hatte sich gar keiner Aufmerksamkeit zu erfreuen; und brachte ja einmal der Zufall der Beachtung Werteres und Ausgezeichneteres zutage, so war

man weit entfernt es für germanisch oder slawisch zu halten, sondern man trug gar kein Bedenken es sofort für römisch zu erklären.«

Das »deutsche« im Titel macht es begreiflich, daß die ältere Steinzeit, mit dem Neandertaler zum Beispiel von der Ilm, im Werk keine Stätte findet, und daß die Megalithgräber der Indogermanen an seinem Beginn stehen. Mit besonderer Liebe umfaßt der Altmeister die Bronzezeit, die Epoche von vor 2000 etwa bis zur Gründung Roms, ihre wunderbare Kunst des Gießens und Gravierens, den Schmuck der Gürtelplatten, der Hängedosen, die aller Töne, aller Klangstärken fähigen Luren, den Kult jener Tage, den Sonnendienst.

So geht das Buch seit seinem ersten Erscheinen im Jahr 1911 (man wolle das »nationale« im Titel nicht mißverstehen und als nationalistisches Fahnen-geschwenke deuten) jenem erlaubten Bodenstolz parallel, den *Camille Jullian* in seiner neuesten Schrift *De la Gaule à la France, nos origines historiques* /Paris, Hachette/ für sein Vaterland zum Ausdruck bringt: daß es das Erbe der ältesten Zeit in sich trage und ein Produkt ununterbrochener menschlicher Arbeit von den ersten Tagen seiner fernsten Generationen an sei. So mag für den Forscher drüben, wie für Kossinna, das Wort Fontanes, des Markdurchwanderers, gelten:

»Der ist in tiefster Seele treu,
Der die Heimat liebt wie du.«

Mit diesem Lob freilich muß sich der Prähistoriker zufrieden geben. Denn die Stellung des Fachs an den Universitäten ist fast noch überall die des 5. Rads am Wagen, und auch Kossinna hat es zwar zum Weltruf bei Fachgenossen, aber noch nicht zum "Ordentlichen" gebracht. Zumeist ist Zulassung der Urgeschichte zur Promotionsprüfung an die gute Laune der Fakultätsmitglieder gebunden, die "von Fall zu Fall" darüber zu Gericht sitzen. In Greifswald tritt die Urgeschichte sogar nicht einmal ins Bereich der Examensmöglichkeit. Das dürfte vielleicht einmal geschehen, wenn der jetzige Inhaber des Lehrstuhls, der Schöpfer eines hübschen Rügenmuseums, an Altersschwäche verschieden ist. In Heidelberg ist es, wie ich höre, ähnlich. In Tübingen wird Urgeschichte im Vorlesungsverzeichnis ausdrücklich als vollwertiges Fach der Naturwissenschaftlichen Fakultät aufgeführt, gleich der Mathematik etwa (ob sie dahin gehört, bleibe hier unerörtert), und die Promotionsordnung erlaubt,

schwarz auf weiß, daß neben einem Fach der Naturwissenschaftlichen Fakultät (also der Vorgeschichte) 2 aus dem Bereich der Philosophischen Fakultät gewählt werden können. Daraufhin empfiehlt der maßgebende Prähistoriker im vorigen Sommer dringend die Dissertation eines schon ältern, wissenschaftlich bereits erprobten Mannes; aber nun gefällt es plötzlich, dem verpflichtenden Druckwerk entgegen, die Urgeschichte nicht zum naturwissenschaftlichen Studium zu rechnen und dem Petenten mit dem ergauenden Haar mitleidslos die Tür zu zeigen; er habe zwar 11 Semester studiert, aber weder Zoologie noch Botanik noch Geologie. Dulce et decorum est den Kollegen von der Prähistorie geärgert zu haben. Bringt das württembergische Ministerium das Gerechtigkeitsgefühl auf die rücksichtslose Härte der Fakultät auszugleichen? Tübingen, Tübingen, du bist eine hübsche Stadt, Uhländ hat sich in dir wohl gefühlt, und um 9 Uhr abends liegen deine Bewohner sitzsaam im Bett; aber der Geist derer, die in dir den der Jugend weiten, ist eng wie deine Gassen, und die wenigen großzügigen Gestalten, die in dir hausen, wie der Afrikaforscher Uhlig, dürften sich in dir mehr verlassen fühlen als in der Wüste am Kilimandscharo. Seltsame Kunde kommt aus der Prinz Albrecht-Straße in Berlin. Karl Schuchhardt hat dort seiner 65 Jahre wegen das vorgeschichtliche Museum verlassen müssen. An seine Stelle soll, zunächst mit dem Etikett des Kustoden beklebt, ein junger klassischer Archäologe treten, ein Gelehrter, dessen Tüchtigkeit sich im Berliner Alten Museum sicher wird bewähren können, der aber nur für 3 der 16 Säle der prähistorischen Sammlung zuständig wäre. Schuchhardt waren, als dem Direktor, 2 in Fachkreisen hochgeschätzte Forscher beigegeben: Alfred Götze, mehr heimatlich, Hubert Schmidt, mehr international eingestellt, der letzte zudem als Lehrer an der Berliner Universität im Amt. Sollte man wirklich, insbesondere an diesem, stumm vorübergehen, wo ihm mindestens noch 6 der Jahre bleiben, ehe das Altersgesetz ihm die Laufbahn abschneidet? Und hat man sonst an maßgebender Stelle Mangel an Adressen tüchtiger Prähistoriker, so schreibe man sich ins Notizbuch: Hans Kahne in Halle, falls Versprechungen den je aus seinem Museum am Wettiner Platz herauslocken, Walther Schulz, seinen 1. Assistenten, Hans Reinert in (nicht aus) Tübingen.

Hans Fleming